

Ansteigen der Finanzschuld auf 27 Milliarden Schilling bis zum Jahr 1996. Meine Damen und Herren, können Sie sich einen Schuldenberg von 16 Milliarden oder von 27 Milliarden Schilling überhaupt vorstellen?

Ich habe versucht, diese Frage für mich zu beantworten. Ich bin in eine Bank gegangen und habe mir eine Million Schilling in 1000-Schilling-Noten, gebündelt und eine Schleife darüber, vorlegen lassen. Ich habe diesen Stapel abgemessen. Eine Million Schilling in 1000-Schilling-Noten gestapelt ergibt einen Berg von 12 Zentimeter Höhe. Bei einer Milliarde Schilling ist dies kein Stapel mehr, sondern bereits ein großer Berg, ein ansehnlicher Berg von 120 Meter. Sie haben richtig gehört, 120 Meter.

Ich habe weiter gerechnet. Bei einem Schuldenstand von 16 Milliarden beträgt der Berg 1920 Meter, das ist viel höher als unser Schöckl, und bei 27 Milliarden, jenem Betrag, Herr Landesrat Ressel, den das Wirtschaftsforschungsinstitut Ihnen prognostiziert hat, wenn wir so weitermachen, beträgt dieser Berg 3240 Meter, höher als der Dachstein. Ich möchte Ihnen das nur sagen, damit Sie sich vorstellen, worüber wir heute sprechen.

Meine Damen und Herren! Auf Pump zu leben ist heute im privaten wie im öffentlichen Bereich weit verbreitet. Keine Frage, es gibt sowohl im privaten als auch im öffentlichen Leben Situationen, wo es sinnvoll ist, eine vorausgreifende Kreditfinanzierung zu tätigen. Auch das Deficitspending als Mittel der antizyklischen Budgetpolitik kann sinnvoll sein. Wir brauchen dieses Instrument. Doch das andauernde Schuldenmachen, das langfristige Mehr-Ausgeben als man einnimmt, hat sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich böse Folgen. Der Herr Kollege Flecker hat gesagt, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek wolle die Steiermark wohin bringen: Ich sage, wir wollen und dürfen sie nicht in Schwierigkeiten bringen im finanziellen Bereich, nicht in den Konkurs bringen.

Bruno Kreisky hat seinerzeit uns Österreichern Schweden als Musterland vorgeführt, das sich so viel mehr leisten könne, und er hat leider das Schuldenmachen im großen Umfang in Österreich salonfähig gemacht.

Er hat sich selbst durch das Verteilen des Geldes zwar recht beliebt gemacht, dem Land und uns allen letztendlich aber einen Bärenienst erwiesen. Nicht zuletzt die heutige finanzielle Situation von Schweden – wir haben in den letzten Tagen in den Medien gelesen, daß es so manchen Standard wieder abbauen muß – beweist, daß dieser Weg falsch war. Die Schweden haben Urlaubstage gestrichen, sie haben Renten und Kinderbeihilfen gekürzt. (Abg. Gennaro: „Stummvoll ist auch nicht schwach bei seinen Forderungen!“) Leider hat dieses übermäßige Deficitspending von Bruno Kreisky in Österreich bei manchen Finanzreferenten Schule gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen eine kleine Geschichte erzählen zum Verständnis, auch für die Schüler. So etwas Trockenes wie das Budget und die Haushaltsgebarung kann man eigentlich nur an Beispielen erläutern. (Abg. Gennaro: „Reden Sie für die Schüler oder für den Landtag?“)

Ein Mann, der ohne einen Groschen Geld in der Tasche in ein Gasthaus geht und Muscheln bestellt in der Hoffnung, darin eine Perle zu finden, mit der er dann die Rechnung bezahlen kann, ist ein Spekulant und handelt verantwortungslos. Er wird, wenn er die Perle nicht findet, als Zechpreller bestraft. Bei den öffentlichen Haushalten ist das leider anders. Man kann dort die Bezahlung der Zeche auf die Allgemeinheit oder auf die nächste Generation verschieben und muß kaum befürchten, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Die laufende Zunahme unserer Budgetdefizite hat erhebliche Auswirkungen auf unsere Kinder, auf den Generationenvertrag. Die hohen Ausgaben für Zinsen und andere Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, belasten die künftige Generation erheblich. Wir werden uns in zehn oder fünfzehn Jahren den Vorwurf von der jungen Generation gefallen lassen müssen, daß wir ihnen die Konflikte aufgebürdet haben, die wir mit der steigenden Kreditfinanzierung nur überbrücken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben kein Recht, heute auf Kosten der nächsten Generation zu leben und ihr neben der beträchtlichen Umweltbelastung auch noch einen großen Schuldenberg zu hinterlassen. Wir selbst müssen den Gürtel enger schnallen. (Abg. Dörflinger: „Sagen Sie uns wo!“) Wir werden uns darüber im Finanz-Ausschuß sicher unterhalten. (Abg. Dörflinger: „Ach so!“) Ich weiß schon, daß das laufende Verteilen für uns Politiker eine schöne Aufgabe ist und auch andauernd von uns gefordert wird. Politiker, die den Wünschen nach mehr öffentlichen Leistungen oder Subventionen nicht nachgeben oder möglicherweise sogar versuchen, Ausgaben einzuschränken, stoßen auf erhebliche Widerstände. Auch Politiker, die danach trachten, neue Einnahmequellen zu erschließen, um zusätzliche Wünsche finanzieren zu können, haben mit einer gewissen Ablehnung zu rechnen. Der Ausweg aus dieser Konfliktsituation war bisher die steigende Kreditfinanzierung, waren die zunehmenden Schulden. Budgetdefizite kommen auch irgendwie dem Harmoniebedürfnis der Bevölkerung entgegen. Alles geht glatt und läuft wie geschmiert. Wer kümmert sich schon um öffentliche Budgets! Doch man muß die zunehmende Verschuldung mit einer schleichenden Krankheit vergleichen, die irgendwann einmal zu einem plötzlichen Ausbruch führt und dann nur noch mit sehr schmerzlichen Lösungen zu heilen ist. Mit schmerzlichen Lösungen, die bei einer zeitgerechten Behandlung vermieden oder zumindest hätten gemildert werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir nähern uns so einer Situation, die schmerzliche Lösungen erfordert, das heißt, wir stehen eigentlich schon davor. Unser Budgetspielraum hat sich in den letzten Jahren beträchtlich verkleinert. Die Pflichtausgaben wuchsen, der Ermessensspielraum nahm ab. Ein paar Zahlen zur Illustration:

1976 betrug die gesetzlich festgelegten Pflichtleistungen 77 Prozent der Ausgaben, 1988 91,2 Prozent – Tendenz steigend.

1976 betrug die Ermessensausgaben, die sowohl dem Inhalt als auch der Höhe nach im freien Ermessen des Landes veranschlagt werden, noch 11,9 Prozent

der Ausgaben, 1988 nur noch 4,3 Prozent, und ich bin überzeugt, heute sind sie noch geringer.

Der Gestaltungsspielraum des Landes ist sehr klein geworden. Nichts geht mehr. Neue Belastungen sollten nach Empfehlung des Rechnungshofes nur übernommen werden, wenn gleichzeitig weniger dringliche Aufgaben abgebaut werden, und ich glaube, wir werden an das Abbauen von gesetzlichen Pflichtausgaben und von vertraglich vereinbarten Pflichtausgaben gehen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche mir, daß der Ermessensspielraum wieder größer wird. Das geht nur, wenn wir den Wald unserer Pflichtausgaben durchforsten und wieder Platz und Licht für neue Bäume, für neues Leben schaffen. Ich wünsche mir von unserem Finanzreferenten die Vornahme einer Null-Basis-Budgetierung, auch wenn sie heute schon abgelehnt worden ist, ich unterstütze hier den Kollegen Frizberg. Ich wünsche mir die Vornahme einer Null-Basis-Budgetierung als Grundlage für die Entscheidung, welche Bäume im Wald der Pflichtausgaben zu fällen sind. Den Skeptikern der Null-Basis-Budgetierung, die damit argumentieren, daß die vor einigen Jahren vorgenommene Null-Basis-Budgetierung keine Einsparung gebracht hätte, möchte ich entgegen, daß die Null-Basis-Budgetierung keine Säge ist, die von alleine Bäume fällt. Sie ist vielmehr ein Lageplan mit Bestandsaufnahme des Waldes, die uns zeigt, wo sinnvollerweise geschlägert werden kann und soll. Das Fällen der Bäume nimmt sie uns nicht ab. Die Budgetkonsolidierung, meine Damen und Herren, und das sage ich uns ins eigene Stammbuch, ist keine Frage des Könnens, sondern eine Frage des Wollens, und wir werden wollen müssen. Wozu, so wird sich vielleicht der eine oder andere fragen, brauchen wir mehr Budgetspielraum? Ein größerer Budgetspielraum ist kein Selbstzweck, auch kein theoretisches und akademisches Unterfangen. Der Budgetspielraum ist Grundlage und Voraussetzung für politisches Handeln und Beweglichkeit. Wir leben in einer neuen Zeit. Wir müssen mit neuen Aufgaben fertig werden, wir müssen neue Maßnahmen treffen. Das können wir nur, wenn wir Spielraum haben.

Politische Freiheit, meine Damen und Herren, braucht Handlungsspielraum, auch und vor allem im finanziellen Bereich. Es gibt ein altes Sprichwort, das definiert die Sparsamkeit als eine Tochter der Weisheit und als die Mutter der Freiheit. Da uns allen, davon bin ich überzeugt, die Freiheit des Handelns und der politischen Gestaltung in unserem Land auch für die Zukunft wichtig ist, sollten wir mit der Sparsamkeit beginnen, und zwar sofort, das heißt bereits im Budget 1993! Ich bitte unsere Regierungsmitglieder, die sich derzeit mit diesem Budget 1993 befassen, dies zu beherzigen.

Meine Damen und Herren! Wir haben große Aufgaben vor uns. Wir haben in den letzten Wochen immer wieder davon geredet, die Medien waren voll. Der Wohnbau, die Spitäler, Pflegevorsorge, Ausbau des Kindergartenwesens, um nur ein paar zu nennen. Neues Schuldenmachen allein ist keine Lösung, ebensowenig das Einführen von neuen Steuern. Bevor man an einen Gesundheitsschilling oder an einen Kindergartenroschen denkt, den ich mir unter Umständen vorstellen könnte in einem gewissen Bereich, muß

man einmal sparen. Das Sparen haben wir nicht getan. Wir haben es vor allem im Krankenhaus nicht getan. Wir werden heute noch einen Rechnungshofbericht hören, da steht klar drinnen, daß im Krankenhaus nicht gespart worden ist, daß es ein Krankenhaus gegeben hat, das der Bevölkerung nicht mehr zumutbar war, daß vieles schiefgelaufen ist. Es gibt keine Planung und kein Sparen. Das ist nur ein Beispiel, wir können das für viele Bereiche feststellen.

Dieses Sparen hat also noch zuwenig stattgefunden. Ich habe mich sehr geärgert, Herr Landesrat Ressel, daß im Budget 1992 nicht durchforstet wurde. Wir Abgeordneten haben das natürlich beschlossen, aber wir hatten infolge der späten Budgetvorlage keine Möglichkeit der Veränderung mehr. Es war bereits April, Sie erinnern sich. Wir hätten einen budgetlosen Zustand bewirkt.

Ich hoffe, Herr Landesrat Ressel, Sie haben für 1993 nicht nur neue Steuern, sondern auch ein Einsparprogramm. (Landesrat Ing. Ressel: „Ich warte auf Ihre Mithilfe!“) Ich werde Sie gerne dabei unterstützen im Finanz-Ausschuß. Sie haben uns heute ein Angebot gemacht, viermal im Jahr die Finanzreferenten zu empfangen. Das ist schön, mir ist dieses Angebot aber zuwenig. Ich könnte mir vorstellen, daß Sie, na ja, ich könnte mir noch mehr vorstellen, nachdem wir ja neuen Zeiten entgegengehen.

Ich bitte den Herrn Landesrat Ressel, viermal im Jahr in den Finanz-Ausschuß zu kommen und uns darüber zu berichten, wie es um den Vollzug des Budgets steht, uns zu informieren. Dann werden wir das bei unseren Anträgen auch entsprechend berücksichtigen. (Abg. Gennaro: „Ihr braucht nur eure Anträge durchzulesen!“)

Meine Damen und Herren, ich stehe dazu, daß wir neue Aufgaben haben. Wir werden sicher die eine oder andere neue Aufgabe zu finanzieren haben. Wir werden uns aber überlegen müssen, was wir an alten Aufgaben nicht mehr finanzieren müssen, und wir werden abwägen müssen, was ist wichtig und was ist weniger wichtig. Ich bin die erste – (Abg. Gennaro: „Wenn Sie so groß reden, sagen Sie gleich, wozu sparen ist!“) Herr Kollege Gennaro, lassen Sie mich ausreden, Sie kommen noch dran. (Abg. Vollmann: „Sagen Sie endlich konkret etwas. Sagen Sie, bei welcher Post!“) Sage ich konkret. Lassen Sie mich ausreden! Wenn Sie still sind, dann werde ich weiterreden, das hat ja keinen Sinn, es ist wie im Kindergarten. (Präsident Mag. Rader: „Ich bitte, die Frau Abgeordnete fortfahren zu lassen!“) Ich bin die erste, die auch von einem eigenen Antrag heruntersteigt, wenn ich überzeugt bin, daß in der Gesamtzusammenschau das nicht sinnvoll ist. Mir fehlt aber die Gesamtzusammenschau, mir fehlt die Nullbudgetierung. Die Nullbudgetierung fehlt mir, die möchte ich. Wenn wir sie diskutieren im Finanz-Ausschuß, dann können wir sagen, wir haben den Überblick, was wollen wir, und was wollen wir nicht.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch etwas Tröstliches, man soll ja positiv schließen, etwas Tröstliches noch zum Schluß. Ich möchte Ihnen mitteilen, der Abbau von Schulden ist durchaus möglich. Das Land Niederösterreich hat uns das in den letzten Jahren vorgeführt, auch das Land Vorarlberg zum Beispiel hat ein sehr ausgeglichenes Budget. Herr Landesrat

Ressel, wenn Sie Hilfe brauchen, wenn wir Hilfe brauchen, ich bin überzeugt, daß die Finanzreferenten dieser Länder uns mit Rat (Landesrat Ing. Ressel: „Ich nehme jeden gern an!“) und Tat zur Verfügung stehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.40 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Als nächster Taucher nach jenen Perlen, mit denen wir unsere Schulden zahlen werden, ist der Herr Abgeordnete Trampusch am Wort.

Abg. Trampusch (14.40 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Frau Abgeordnete Karisch hat einige Beispiele gebracht. Nur, ich kann also dem Präsidenten Rader nicht folgen, der gesagt hat, wir sollen die Frau Abgeordnete fortfahren lassen. Ich glaube, sie soll eher dableiben und sehr konkrete Vorschläge dazu einbringen.

Nur, es sagt sich halt so leicht, Pflichtausgaben streichen oder, wie es genannt wurde, welche Bäume im Wald der Pflichtausgaben können geschlägert werden. Wenn man dann konkret wird, dann sagt jedes Regierungsmitglied – und ich nehme jetzt niemanden aus –, das ist mein Baum, das ist Besitzstörung. Das ist nämlich dann die Praxis. Das heißt, wenn man solche Forderungen erhebt, dann ist es viel vernünftiger, man setzt sich jetzt zusammen und versucht, das also nicht sehr populistisch zu machen, sondern dann anhand von Möglichkeiten.

Jetzt sage ich noch etwas dazu, Frau Abgeordnete, weil Sie gesagt haben, der Spitalsbereich hat sozusagen zur Schuldenexplosion beigetragen. Das wissen wir. Nun, wer aber 1986 schon im Landtag war, weiß, daß damals mit Prof. Schilcher an der Spitze ja gerade die Ausgliederung erfolgt ist, weil man gesagt hat, damit wird in Zukunft die Kostenexplosion für den Landeshaushalt vermieden. Wir haben damals schon gesagt, das wird nicht so eintreten. Man hat uns gesagt: „Na ja, ihr wollt das nur verhindern, weil ihr dann weniger Mitspracherecht habt, in Wirklichkeit wird ein Wunder geschehen“, das aber nicht eingetreten ist, leider. Aber Sparen im Krankenhausbereich heißt in erster Linie Zusperrern. Wer bitte übernimmt dann die Verantwortung, daß in Krankenhäusern zugesperrt wird? Daher soll man dies also bitte nicht so locker sagen.

Frau Abgeordnete, wenn Sie jetzt die Staatsverschuldung Österreichs so hingestellt haben und mit Schweden verglichen haben, ich habe kein Wort von den USA gehört, kein Wort von Großbritannien, und schauen wir uns dort die Haushalte im Vergleich zu Österreich an. Ich will jetzt Österreich nicht loben, aber ich bin froh darüber, in Österreich zu leben, wenn ich diese Haushalte vergleiche. Das darf ich wohl auch sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es klingt sehr populär, vor allem wenn junge Leute hier sind, zu sagen, wie hoch unser Schuldenberg ist. 1920 Meter, das ist optisch sehr gut, nur man muß erstens aber auch dazusagen, was ergeben Kredite, wenn man sie aufnimmt, an realen Werten, die damit geschaffen werden? Zweitens, wie viele Arbeitsplätze und auch Wirtschaftsbetriebe bleiben damit erhalten

oder werden neu geschaffen? Drittens kann ich mit Kreditaufnahmen nicht auch eine Verbesserung der Gesundheit, der Umwelt oder der sozialen Gerechtigkeit erreichen? Das sind bitte ja auch Werte, die ich dann einem Schuldenberg gegenüberstellen muß, und vielleicht sind diese Werte gar nicht niedriger als dieser Schuldenberg, den Sie genannt haben.

Weil Sie gesagt haben, man darf künftige Generationen nicht belasten. Ja, wir hätten Österreich nie aufbauen können, wenn es nicht damals schon die Erkenntnis gegeben hätte, daß man nicht aus der Vergangenheit heraus die Zukunft finanzieren kann. Die künftigen Generationen werden immer in einem gewissen Maße mitbelastet werden, denn wenn wir das nicht tun, dann verzichten wir einfach darauf, Politik für die Zukunft zu machen.

Zurück zu den grundsätzlichen Diskussionen heute, weil das immer so an die Adresse von Herrn Finanzlandesrat Ressel gerichtet wird, er soll die Finanzausgleichsverhandlungen im Sinne der Steiermark gut führen, und wir werden sehen, was er dabei herausbringt. Bitte, man muß eines klar unterscheiden, es gibt Bundesinteressen, und die sind leider immer sehr dominierend dabei, aber es gibt auch unter den Bundesländern verschiedenste Interessen. Das ist ja nicht so, daß die steirischen Finanzinteressen gleich sind wie die in Vorarlberg oder weil Niederösterreich genannt worden ist, diese haben andere Verhältnisse. Das heißt, die Bundesländer untereinander sind sich schon nicht einig, und dann kommen noch die Gemeinden dazu, und es unterscheiden sich wohl auch Gemeinden aus dem ländlichen Bereich und Industrie- oder Stadtgemeinden. Daher wird ein Finanzausgleich leider nie vom guten Willen eines einzigen Finanzlandesreferenten abhängen, sondern von der Gesamtsumme der Interessen und von der Möglichkeit, sie durchzusetzen. Da, glaube ich, können wir alle dazu beitragen, aber nicht durch Schwarzweißmalerei und auch nicht populistisch, sondern durch konstruktive Vorschläge. Es sind leider meinem Empfinden nach, und ich nehme an, auch nach dem anderer, zuwenig gekommen.

Jetzt konkret, weil der Abgeordnete Tasch gesagt hat Wasserwirtschaftsfonds, und weil das auch im Punkt 18 heute auf der Vorlage steht. Man kann auch das nicht so vereinfacht darstellen. Denn wenn gesagt wird, na, der Lacina hat sozusagen den Wasserwirtschaftsfonds aushungern lassen, es gibt einen gemeinsamen Ministerbeschuß – ich bitte das nachzuprüfen – vom 22. April 1992. Da waren nämlich vier Minister daran beteiligt: der Finanzminister, die Frau Minister für Umwelt, Jugend und Familie, der Land- und Forstwirtschaftsminister und der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten. Die vier haben gemeinsam beschlossen: Kein Schilling wird ausbezahlt, bevor nicht die neuen Richtlinien vorgelegt werden. Denn so ausgehungert und bankrott ist der Wasserwirtschaftsfonds nicht, es gibt ja Gelder. Sie sind nur nicht ausbezahlt worden, weil die vier Minister gesagt haben – da war ein bißchen Druck damit beabsichtigt –, der Wasserwirtschaftsfonds und die Länder sollen gefälligst neue Richtlinien vorschlagen und vereinbaren. Es ist leider dann nicht ganz so gelaufen, aber das muß ich hier auch sagen. Wenn man das auch vereinfacht darstellt, es gibt ja drei

große Brocken. Der große, der uns in der Steiermark besonders belastet, ist natürlich, daß man jetzt in den ländlichen Raum geht, in die dünner besiedelten Gebiete. Wir stehen dazu, daß dort genauso die Wasserqualität durch entsprechende Abwasserbauten verbessert werden muß. Der nächste Brocken ist schon, daß die Dichtheitsproben österreichweit ergeben haben, daß bis zu 64 Prozent der bereits bestehenden Sammler kaputt sind. Die müssen auch saniert werden. Und jetzt kommt noch dazu der Nachrüstungsbedarf nach den Bestimmungen der Wasserrechtsnovelle, die zum Teil ausgesetzt worden sind. Das sind ja drei sich widersprechende finanzielle Größenordnungen. Das alles unter einen Hut zu bringen ist nicht in einer kleinen Debatte, wie sie hier angeklungen ist, wenn der Wille dazu da ist, wahrscheinlich möglich.

Daher noch einmal: Wir haben als Steirer sicher sehr konkrete Forderungen, und ich mache es mir nicht so leicht, das nur an die Adresse eines Ministers zu schicken. Ich darf vielleicht in aller Kürze sagen, was der sozialdemokratische Landtagsklub gemeinsam mit Gemeindevertretern erst vor wenigen Tagen an die vier genannten Minister geschickt hat – an die Frau Minister und die drei Herren Minister. Ich zähle nur auf: Vom Bund sind weiterhin Investitionszuschüsse zu gewähren. Also das mit den Banken allein ist sicher nicht vertretbar. Alle im Jahre 1992 zugesicherten Projekte sollen zur Gänze zu den bis zur Zusage geltenden Richtlinien finanziert werden. Das heißt, man kann jetzt nicht hergehen und sagen, nun gelten neue Richtlinien. Alle Projekte sind aber nach den bisher geltenden Richtlinien sozusagen erstellt und berechnet worden. Das heißt, alle Förderungsrückstände, alle aus den Zusagen vergangener Jahre noch nicht abgewickelten Förderungen müssen ebenfalls zu den bisherigen Konditionen des Wasserwirtschaftsfonds, sprich Ökofonds, finanziert werden. Die zukünftigen Förderungsmodelle dürfen keine Parameter enthalten, die Anlagen auf Grund einer erstmaligen Inbetriebnahme ausgrenzen. Das ist ja ein gemeinsames Anliegen: Diese Maßnahmen, die jetzt für die Finanzierung errechnet werden, müssen in ihrer Summe sozial verträglich sein. Wir können niemanden ausgrenzen von einem Kanalanschluß, nur weil er sich das vom Einkommen her nicht leisten kann. Das sind einige Punkte, die wir als sehr gravierend sehen, und wenn es gelingt, das in dem Sinne zu vertreten, aber es ist immer der Finanzreferent angesprochen worden, in dem Sinne wird es wohl eine Koordinierung zwischen dem Landesrat Pörtl und dem Finanzlandesrat geben, weil die Wasserwirtschaftsangelegenheiten sind ja primär beim Herrn Landesrat Pörtl angesiedelt, der sich sehr dafür einsetzt.

Eingangs hat der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg ja einiges – ich muß sagen wirklich Polemisches – gesagt, denn von Ankündigungspolitikern zu reden und so weiter ist ja vom Kollegen Dörflinger schon gesagt worden, wie es wirklich ist. Ich habe aber eines in Erinnerung, diese heute wieder geforderte Nullbudgetierung ist bitte nichts Neues. Alle, die länger im Landtag sitzen, wissen, daß der Herr Landesrat Dr. Klauser, der ja heute da oben gesessen ist und sehr wissend gelächelt hat, ja das schon längst versucht hat. Aber ich erinnere mich, daß es die Herren aus der ÖVP-Regierungsriege waren, die das sofort umgebracht

haben. Wenn man mit Ausnahme der Spitäler schaut, wird ja der Großteil der Landesmittel ohnehin von ÖVP-verwalteten Ressorts ausgegeben. Jetzt ist es durch die Wohnbauförderung ein wenig anders geworden. Das heißt, nicht die Sozialdemokraten im Landtag wollten diese Nullbudgetierung vor Jahren schon nicht, sondern sie ist von der Mehrheit damals verhindert worden. Wir freuen uns darüber, daß wir jetzt wieder so „wertfrei“ – das ist es leider nicht – darüber reden können.

Zur Verwaltungsreform auch etwas zur Erinnerung. Man kann über vieles reden, aber wir sind das einzige Bundesland, das neben einer Landesamtsdirektion sich auch eine Landespräsidialabteilung leistet. (Abg. Dr. Maitz: „Das stimmt nicht!“) Nur, weil man mit dem Tropper nicht zusammenschaut, hat man eine eigene Präsidialabteilung geschaffen, und dann redet man von Verwaltungseinsparungen? Also setzen wir bitte dort an und machen das, was alle anderen Bundesländer auch machen, nämlich eine Abteilung, die zweifellos die Koordinierungsaufgaben hat. Aber wir reden dann schon von der Praxis. (Abg. Dr. Maitz: „Die Wahrheit sagen!“), und nicht von der Theorie. Nicht in der Form, Kollege Maitz, ich darf bitten, daß du dich erkundigst.

Nun zum Abschluß. Man kann die Aufgabenfinanzierung natürlich in einem Landesbudget aus drei Gesichtspunkten ersehen. Erstens durch Einsparungen, davon reden alle, aber die Praxis wird nicht so leicht sein und wird nicht so ohne weiteres funktionieren. Zweitens durch Umschichtungen, da ist dann auch sofort die große Auseinandersetzung, wer läßt es zu, daß sozusagen sein berechtigter Anteil umgeschichtet wird auf einen anderen Verantwortlichen. Drittens, wenn beides nicht ausreichend funktioniert, die Erschließung neuer Einnahmen. Nichts anderes hat der Finanzreferent einmal in Diskussion gestellt oder, wie er sagte, dazu einen Auftrag erbeten, daß er das überhaupt untersuchen und entwickeln kann. Man kann nicht multifunktional sein, meine geschätzten Damen und Herren von der ÖVP. Bei der Einnahmenschließung ist man Opposition, und bei den Ausgaben ist man dann verantwortlicher Regierer. Auch hier muß die Verantwortung gemeinsam getragen werden. Das Geld wird ja auch nicht von einem ausgegeben. Der Finanzreferent verwaltet es ja nur, aber er gibt das Geld ja nicht aus. Denn beim Ausgeben sagen ja alle, sie haben es erfreulicherweise erreicht, daß und so weiter. Es gibt ja genug Briefe darüber.

Ich wollte nur abschließend sagen, und das ist ein Appell, und ich nehme an, daß der Kollege Hirschmann, der nach mir redet, wenn er nachdenkt, zu Ähnlichem kommen wird. Es gehört wenig Mut dazu, in der Öffentlichkeit lautstark gegen Belastungen aufzutreten, aber es gehört sehr viel Mut dazu, dann entweder daraus Konsequenzen zu ziehen im eigenen Ressort durch Einsparungen und Streichungen, aber es gehört noch mehr Mut dazu, konstruktive Vorschläge zu prüfen, wie wir die eigenen Einnahmen verbessern können im Sinne der Ausgaben, die wir dann alle gemeinsam für richtig empfinden. Ich sage noch einmal: Das Budget ist nicht nur das Budget des Finanzreferenten, das ist es bis zur Einbringung, aber dann ist es das Budget von allen. Man soll auch dann

dazu stehen und diesen Mut, sich neue Einnahmen zu erschließen, auch wenn es unpopulär ist, finden. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 14.52 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die Rednerliste schließt der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann.

Abg. Dr. Hirschmann (14.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Kollege Trampusch, wir können uns ganz rasch finden zu dem Punkt, den du am Schluß angesprochen hast, was den Mut anlangt. Ich glaube in der Tat, daß es eine Situation ist, in der wir uns befinden, wo man in verschiedenen Bereichen Mut brauchen wird, um einige Dinge, die wir uns vorstellen, gemeinsam auch durchzusetzen. Da sind wir ganz einer Meinung. Ich kann auch vieles unterstreichen, was du sonst hier gesagt hast. In einem bitte ich, die Frau Kollegin Karisch nicht nur in Schutz nehmen zu dürfen, sondern auch das heraushören zu wollen, was sie gemeint hat, nämlich, daß wir insgesamt budgetär heute in einer außerordentlich problematischen Situation sind. Du hast gesagt, Kredite kann man tätigen, um auch für die Zukunft Investitionen zu tun, die den künftigen Generationen auch etwas bringen, gar keine Frage. Insofern ist auch eine Verschuldungspolitik durchaus legitimierbar, hat aber eine zweite Seite: nämlich nur im begrenzten Rahmen zu verantworten. Was sie gemeint hat, muß allen, ob etwas jünger oder älter, ein Anliegen sein, denn wenn man alles in allem heute nimmt, Bund, Länder und Gemeinden, dann ist die Verschuldungspolitik ja nicht nur eine, die Investitionen für die Zukunft und für künftige Generationen bringt, sondern wir leben in weiten Bereichen auf Kosten künftiger Generationen, und zwar für unseren täglichen Hausgebrauch, die überhaupt nichts damit zu tun haben mit Investitionen, die diesen jungen Menschen einmal zugute kommen können. Das muß man einmal ehrlich sagen, das gehört auch zum Mut, und so hat es die Frau Kollegin Karisch auch gemeint. Da bin ich mir sicher, gibt es mit dir auch keinen Widerspruch. Du hast schon recht, ich fange gar nichts damit an, daß man Schweden gegen die USA oder was immer ausspielt. Alle, auch die sogenannten wohlhabenden Staaten, haben größte budgetäre Probleme, und die OECD hat dieser Tage auch einen Bericht versandt rund um die Welt und vor einer großen Verschuldungskrise in den entwickelten wohlhabenden Staaten gewarnt.

Ein Zweites. Zum Herrn Landesfinanzreferenten. Auch da gilt für unsere Fraktion, für Ihre sowieso und auch für die FPÖ, wenn ich den Kollegen Vesko richtig verstanden habe: Selbstverständlich werden wir schauen, daß wir die Lasten, die zu tragen sind, auch gemeinsam tragen.

Das heute ist ja nur ein Anfang dieser Debatte, die wir in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten führen werden. Sie erlauben aber, daß wir auf einige Dinge schon hinweisen und einige Dinge auch richtigstellen dürfen, die hier gefallen sind. Wenn der Hofrat Flecker hier über das Niveau von gewissen Leuten spricht, bedarf das keines Kommentares, jedenfalls nicht von mir. Bleiben wir beim Finanzausgleich.

Herr Landesrat, Sie haben hier alle hinter sich, wenn es darum geht, die Anliegen, die die Steiermark und

ähnlich strukturbelastete Länder haben – Kärnten, Burgenland, auch Teile von Niederösterreich –, zu vertreten. Daß wir dort keine Front bilden können, da hat der Trampusch vollkommen recht. Aber daß wir diese berechtigte Sorge gemeinsam in Wien vortragen und sagen: „Freunde, eine Bundesregierung hat ihren Sinn verloren, wenn sie nicht dafür Rechnung trägt, daß es einen Ausgleich von unterschiedlichen Startbedingungen gibt“, das liegt wohl auf der Hand. Ich sehe als eine der primären Aufgaben einer Bundesregierung, daß sie dafür Sorge zu tragen hat, hier für einen Ausgleich zu sorgen, und zwar nicht nur in deklamatorischen Erklärungen bei einem Regierungsantritt oder bei irgendwelchen festlichen Jubiläen, sondern dann, wenn es um das Geld geht.

Auch da etwas, verehrte Damen und Herren von der SPÖ. Wenn wir oft – und ich gebe zu, sehr oft – unsere Forderungen in Richtung Bundesregierung erheben, dann hat das nur einen Grund, nämlich den, daß die Steiermark bekanntermaßen auf Grund verschiedener historischer, wirtschaftspolitischer und sonstiger Rahmenbedingungen eben Startnachteile im Vergleich zu Vorarlberg, Oberösterreich oder anderen Bundesländern hat. Daß wir der Meinung sind, daß wir auch etwas mehr Anspruch hätten, aus dem gemeinsamen Bundestopf da oder dort zu bekommen, dazu möchte ich dann noch einige wenige Anmerkungen machen.

Lieber Kollege Trampusch, du hast am Schluß aufgezeigt, was eigentlich unsere Grundprämissen wären für künftige Budgetpolitik. Ich habe das sehr ernst genommen, wie im Vorjahr der ÖGB-Vorsitzende und nunmehrige Landesrat ans Werk gegangen ist und gesagt hat, er möchte hier einige Dinge neu machen.

Verehrte Damen und Herren von der SPÖ, jedenfalls jenen, die vernünftig anzusprechen sind, und das ist eine Mehrheit, darf ich folgendes sagen – (Abg. Trampusch: „Du meinst uns alle!“) nein, der ist nicht da im Moment, den ich gemeint habe, lieber Franz, ja, der eine fehlt, okay, spielt auch keine Rolle. (Abg. Trampusch: „99 Prozent sind da!“) Ich bitte Sie schon, einiges zu beherzigen: Sie sind seit 1945 in dieser Landesregierung. Sie haben, wenn ich mich recht erinnere, immer den Finanzlandesreferenten gestellt, und der Dr. Klauser – er ist im Moment nicht da –, so schlecht, wie Sie tun, hat er seine Sache nicht gemacht. Wenn ich mich recht erinnere, hat es durchwegs einstimmige Beschlüsse gegeben, und ich würde schon meinen, daß man dazu auch stehen soll.

Trotzdem, ich komme, Herr Landesfinanzreferent Ressel, zu Ihnen noch einmal. Ich habe das im Vorjahr – wie gesagt – sehr ernst genommen, was Sie gesagt haben. Wir müssen neue Akzente setzen, gar keine Frage, und die Rahmenbedingungen sind andere geworden. Machen wir uns nichts vor, wir sind verwöhnt auch durch eine Politik der 70er Jahre, der 80er Jahre, und ich sage nicht, daß das allein eine sozialistische Politik war. Sie wurde praktisch von allen Parteien getragen, nämlich, daß man die Leute glauben machte, man kann alles haben und schlußendlich alles zum Nulltarif haben. Da stecken wir alle gemeinsam drinnen. Ich möchte mich da gar nicht abseilen, das war ganz gewiß eine Philosophie, die von einer bestimmten politischen Richtung massiv gekommen ist, die aber schlußendlich viele andere auch zumindest über weite Strecken übernommen haben.

So, es geht also um neue Akzente. Wenn wir dabei bleiben, ja, dann hat sie schon einen Sinn, diese Trias, die der Kollege Trampusch aufgezählt hat, nämlich nachzudenken erstens über Möglichkeiten des Sparens, zweitens des Umschichtens, drittens würde ich dazusagen, für Notgeschichten zu schauen, wo kann man etwas verkaufen, und viertens sind wir dann wieder beim Finanzausgleich.

Kollege Trampusch, ich glaube, ich habe dich nicht ganz mißverstanden, daß du gesagt hast, unter dem Strich hilft das alles miteinander nichts, sondern du hast leicht resignativ angedeutet, daß es unter Umständen tatsächlich nichts hilft. Aber ich glaube, wenn wir schon in einer solchen Situation sind und uns darauf verständigen können, daß wir gemeinsam hier wirklich nachdenken, beginnend bitte beim Kollegen Tschernitz, über Dieter Strenitz bis zum Michael Schmid, und einmal schauen, was geht wo nicht mehr, was ist völlig undenkbar an neuen Erwartungen und Hoffnungen. Daß wir uns der Mühsal eines solchen Prozesses unterziehen – das können wir nicht in fünf Tagen machen, auch nicht in einer Woche, vielleicht oder ganz sicherlich bringen wir es bis zum von der Terminabfolge gesehenen erforderlichen Budgetbeschluß in der Regierung gar nicht zusammen, auch nicht im Landtag. Aber ich glaube, daß man sich das vornehmen soll als die Mühsal unserer Arbeit der nächsten zwei, drei oder vier Jahre.

Dann, meine verehrten Damen und Herren, einige konkrete Anmerkungen schon noch. Wenn der Herr Hofrat Flecker hier spricht von ÖVP-Versäumnissen, bitte schön, es ist niemandem unbenommen, auch hier seine Wählreden zu halten an dem Pult, ich habe das mitunter auch schon gemacht, nur weiß ich, wann ich das mache, okay. Aber wenn wir die Dinge, und im Moment haben wir Gott sei Dank keine Wahlen vor uns, bei Lichte besehen – verstehen Sie mich jetzt nicht falsch, weil vorhin auch gefragt worden ist nach Möglichkeiten des Einsparens –, und, lieber Kollege Trampusch, du hast die Spitäler angesprochen. (Abg. Trampusch: „Ich habe nur gesagt, am ÖVP-Parteitag gibt es eine Wahl, weil du gesagt hast, es gibt keine Wahl!“) Das ist für uns kein Problem, weißt du, Franz, es ist vielleicht bei euch manchmal ein Problem, bei uns ist es überhaupt keines. Aber bleiben wir beim Stichwort Spital. Der zuständige Referent sitzt hier. Eine kleine Ergänzung zu deiner Bemerkung darf ich machen. Wenn ich mich recht erinnere, hat die Ausgliederung zunächst einmal – Dieter Strenitz, korrigiere mich – über die ersten Jahre hindurch in der Tat einigermaßen die Abgänge abgeflacht, oder zumindest ist es in der Explosion nicht so weitergegangen wie vorher. Dann kam, ich glaube, es war im Zuge der Ereignisse rund um Lainz, der Zustand, daß alle Dämme wiederum gebrochen sind. Vielleicht gibt es auch andere Komponenten, die dazu geführt haben. Faktum ist, das ist ein Riesenbrocken, der uns enorm belastet, und wir werden nur schauen können, wie wir hier einigermaßen zu der einen oder anderen Eingrenzung kommen. Daß wir wieder weiter hinunterkommen, wo wir sind, dieser Illusion geben wir uns ja nicht hin.

Aber, meine verehrten Damen und Herren, jetzt muß ich da heute schon etwas fragen, ohne daraus eine Spitalsdebatte zu machen. Es gibt jetzt einen Referenten, der ist bald 13 Monate zuständig für Ge-

sundheit und Spitalswesen, und wir erwarten uns, daß er erstens in Frieden seine Arbeit machen darf und zweitens, daß er bald ein Konzept vorlegen darf, nämlich dahin gehend, wie man die Erfordernisse unserer Spitäler, unserer Gesundheitspolitik und letztlich, weil es dazugehört – Kollege Tschernitz sitzt auch noch da –, der Pflegeeinrichtungen unter einen Hut bringt, denn dann, liebe Freunde, wäre es durchaus denkbar, daß wir die Betten am Gang zumindest relativ rasch wegbringen.

Ich sage noch etwas, weil du gesagt hast Franz, wer wird sich denn trauen, irgendwo ein Spital zuzusperren. Ja bitte, wenn wir uns dahingehend verständigen können, daß das billiger Polemik nicht mehr unterzogen wird, dann können wir uns, meine verehrten Damen und Herren, selbstverständlich darüber unterhalten. Erstens, welchen Standard sollen unsere Spitäler haben, denn der Illusion geben wir uns ja bitte hoffentlich nicht hin, daß alles Spitzenmedizin sein kann und sein muß. Das ist unfinanzierbar, das ist unmöglich, und da muß einmal bitte ein Vorschlag auf den Tisch. Ich weiß, daß der Landesfinanzreferent hier so denkt, wie ich es soeben gesagt habe.

Zweitens, bitte schön, wir brauchen ein integriertes Konzept für alles zusammen, und wenn ich mich recht erinnere, lieber Dieter Strenitz, hat der Ärztekammerpräsident Dr. Routil zum Beispiel einen Vorschlag gemacht, durch Schaffung und Ermöglichung von Gruppenpraxen unter anderem eine Entlastung möglicherweise auch für Spitäler herbeizuführen. Du wirst mit Recht sagen, das ist kein hinreichender Vorschlag für das, was wir vorhaben, aber ich würde nur meinen, wenn ich mich recht erinnere, wie rasch von einem Herrn da drüben und dann letztlich auch von dir die Antwort gekommen ist, das ist ungeheuerlich, die wollen uns die Spitäler zusperren. Ja, Freunde, das wird nicht möglich sein, daß wir auf der Ebene dann einen Schritt weiterkommen.

Ich meine das ganz unpolemisch. Wenn wir hier von Versäumnissen reden, von denen der Herr Hofrat gesprochen hat, dann bitte bei Licht schauen, wo die Versäumnisse liegen. Wir reichen gerne die Hand für schwierige Arbeit, wo Überzeugungsarbeit zu leisten ist, draußen, wie gesagt wurde, bei den Betroffenen, aber man wird Wege und Lösungen suchen, die wir gemeinsam verantworten können. Das Zweite, Kollege Vesko hat es angesprochen, es bringt ja nichts, wenn wir uns ständig vorrechnen, wer für was und so weiter schuld ist. Wenn ich ständig höre, auch der Kollege Dörflinger hat sich heute wieder bemüßigt gefühlt – oder war es der Flecker? – zu sagen, ja, dieses Land Steiermark darbt dahin, wieder wirtschaftspolitisch das Schlußlicht. Bitte, nennen wir die Dinge beim Namen, ich kann es besser nicht formulieren als der Kollege Vesko: Die verstaatlichte Industrie lastet auf unseren Schultern, und wer war dafür zuständig? Es bringt nichts, so zu reden, das hilft uns nicht weiter, ich bitte Sie nur, der Schmach geht bei euren Leuten da oben schon lange nicht mehr hinein, den ihr hier da versucht, der geht nur in dem Haus da hinein. (Abg. Gennaro: „Die Wahlergebnisse waren nicht schlecht!“) Lieber Kollege Gennaro. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Auch der Personalterror war nicht schlecht!“ – Abg. Vollmann: „Der arme Rader sitzt oben, und ihr redet gar nicht mit ihm!“ – Präsident

Mag. Rader: „Jetzt redet der Herr Dr. Hirschmann!“) Noch eine kleine Anmerkung. Ich glaube, es war wieder der Hofrat Flecker, der hier die Verwaltungsinnovation angesprochen hat. Bitte schön, die meisten von Ihnen werden es nicht wissen können, der Flecker sollte es wissen. Der Herr Landeshauptmann hat vor dem Sommer ein umfassendes Paket zur Reform der Verwaltung, genannt Verwaltungsinnovation, vorgelegt. Es ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, von der sozialistischen Fraktion, wie so vieles – ich möchte nicht sagen alles – zurückgestellt worden mit der Bemerkung Ihres Parteivorsitzenden, er werde dazu selbst Vorschläge einbringen. Bis zur Stunde ist nichts amtsbekannt. Vielleicht hat er sie mit dem Flecker in Vorbereitung, auf jeden Fall ist nichts gekommen, wie so oft. (Abg. Trampusch: „Die Wahrheit ist, daß die ÖVP versucht, das, was sie bei der Landtagswahl an Mehrheit verloren hat, bei der Verwaltungsreform wieder zu gewinnen!“) Ich weiß nicht, lieber Franz Trampusch, wo sie dich wieder äußerlich geführt haben in der Partei, jedenfalls nicht im richtigen Revier. (Abg. Gennaro: „Bei uns wird niemand äußerlich geführt!“) Da mußt du reden. (Abg. Vollmann: „Bei uns muß niemand an der Leine gehen!“)

Wenn der Kollege Flecker auch heute davon gesprochen hat, daß der Landeshauptmann nichts in dieses Land gebracht hat, bedarf das an sich auch keiner Kommentierung. Man könnte hier vieles aufzählen, aber lassen wir das. Nur ein Wort noch zu Ihnen, Kollege Dörflinger. Wenn hier gesprochen wird von Anträgen, die die Frau Kollegin Karisch und sonst wer eingebracht hat, damit wir uns verstehen, wenn wir heute hier paktieren, die Damen und Herren des Hohen Hauses bringen ein oder zwei Jahre keinen Antrag mehr ein, der Geld kostet, haben Sie sofort unsere Zustimmung. Denn, du hast natürlich vergessen, daß die SPÖ durchaus einige Anträge in den letzten Wochen, Monaten eingebracht hat, die alle sehr viel Geld kosten. Wenn es gewünscht ist, ich würde das sogar als eine sinnvolle, entlastende Entspannungsetappe finden, einmal ein Jahr lang keinen Antrag einzubringen. Über so etwas kann man reden, nur muß es ernst gemeint sein, und es darf nicht so töricht einseitig vorgebracht werden, wie es hier eingebracht wurde.

Lassen Sie mich zum Landesfinanzreferenten noch eines sagen. Herr Finanzreferent, ich komme auf das zurück, was ich eingangs gesagt habe. Sie haben uns auf Ihrer Seite, und wir werden uns da nicht lumpen lassen, wenn es darum geht, Dinge auf das richtige Gleis zu bringen. Aber wir würden um eines schon bitten, ein paar Dinge müssen besser bei Ihnen koordiniert werden, und ein paar Dinge müssen doch wohl einen geraderen Weg aufweisen. Denn, ich kann es Ihnen nicht ersparen, und mir fällt dazu auch nichts anderes ein, folgendes Spiel geht nicht, daß die Presseferenten des Parteivorsitzenden Ihrer Partei unter Mißbrauch seines Namens, denn ich kann nicht glauben, daß er dafür seinen Namen hergibt, monatlich eine Milliardenforderung in die Öffentlichkeit treiben und dann Sie, Herr Landesfinanzreferent, ausgesandt werden, um die Bürger abzukassieren. Das geht sich unter dem Strich nicht aus, und das verstehen wir nicht unter einer Politik, die sagt: Die Wahrheit sagen, auch wenn es weh tut. Das verstehen wir nicht unter einer

Politik, wo es heißt: Mut haben. (Abg. Trampusch: „Du warst im ersten Teil deiner Rede sachlich, jetzt vergißt du wieder deine guten Vorsätze!“) Ich komme gleich zur Sache. Schachner hat 1,7 Milliarden für irgendwelche Museen gefordert. Ich gestehe ihm zu, daß er vielleicht nicht weiß, was seine Pressereferenten täglich auslassen. 12 Milliarden für die Spitäler. Sie, Herr Landesfinanzreferent, sagen heute, daß Sie die 350 Millionen, die wir im Moment für Bruck und Feldbach brauchen, nicht einmal im Budget nächstes Jahr drinnen haben. Verstehen Sie, dann begreife ich das einfach nicht mehr. Es gibt kein Konzept, wofür die 12 Milliarden sind. Ich weiß, daß der Dieter Strenitz jetzt aufstehen wird und sagt: „Ja, das und das Spital müssen wir bauen.“ Wenn wir aber die 12 Milliarden verbraten, hat irgend jemand schon nachgedacht, was das an Folgekosten neuerdings bedeutet? Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß man 6 Milliarden oder 12 Milliarden schlußendlich investiert und das nicht neuerlich Folgekosten mit sich bringt. Dann will der SPÖ-Vorsitzende einmal für die Obersteiermark eine Milliarde, wo ich höre, wenn er nicht falsch zitiert ist. Kollege Schrittwieser hat unlängst sehr redlich gemeint, er weiß nicht, wofür sein Landesparteivorsitzender das gefordert hat. Dann wiederum geht es um 1 oder 2 Millionen Schilling netto für die Obersteiermark. Die Bundesheergeschichten, die von hier aus angezogen wurden, berühren uns insofern nicht, weil das wirklich nicht Aufgabe des steirischen Landesbudgets ist. Ich meine nur, wenn hier von Mut und ähnlichen Dingen gesprochen wird, dann paßt das nicht zusammen. Der Kollege Dörflinger meint, ein Monopol der Ideen. Das kann doch bitte jedes kleine Kind, seinen Wunschzettel schreiben, auch wenn jetzt gleich wieder Eiszeit ausbricht, täglich soll Weihnachten sein, täglich alles, täglich ein voller Christbaum. Daran kann ich doch einen Politiker nicht messen. Ich kann ihn doch nur daran messen, ob er das, was er verspricht, hält. Das ist doch der entscheidende Punkt, um den wir uns alle gemeinsam kümmern müssen. Da fehlt es mir auch an der Koordination.

Dritter und letzter Punkt dazu. Wenn ich an ein und demselben Tage, wo Sie einen Vorstoß machen, Herr Landesfinanzreferent, über den man, wenn man die Vorarbeiten alle getätigt hat, irgendwann sicherlich durchaus einmal reden kann, wenn ich aber am gleichen Tage sehe, daß die SPÖ hier einen Antrag einbringt auf Erlassung eines Landesumweltabgabengesetzes, eine Woche vorher der Kollege Tschernitz ausgeschickt wird, Pflegevorsorge, Volksbegehren, die Leute sollen sagen, wieviel sie zu zahlen bereit sind; dann haben wir noch ein anderes Volksbegehren im Haus oder irgendwo liegen, Recht auf Kindergartenplatz. Ja bitte, meine verehrten Damen und Herren, wie geht denn das zusammen? Für jede Geschichte eine eigene Steuer, das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Das meinen wir, wenn wir heute sagen, lieber Kollege Trampusch, es kann doch nicht darum gehen, daß wir die alte Masche der 70er und 80er Jahre voll wieder in Gang setzen und sagen, da eine gute Idee, und dort wird doppelt abkassiert. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Trampusch: „Ich habe noch keinen Vorschlag gehört, wie man diese notwendigen Maßnahmen finanzieren kann. Das ist wieder diese Schwarzweißmalerei!“) Es geht nicht um eine Schwarzweißmalerei. Ich habe vorhin gesagt, wenn

wir uns gemeinsam zusammensetzen, das bedarf bitte wirklich einer Einübung in bisher nicht gekannte Politik. (Abg. Trampusch: „Alte Taktik – vorher die anderen beschuldigen und dann sagen, setzen wir uns zusammen!“) Uns hat jedenfalls niemand informiert von dem Vorstoß heute, jedenfalls mich nicht, und, lieber Kollege Trampusch, ich darf das da sagen, was mich selber anbelangt. Ich spreche hier als Abgeordneter bitte, genauso wie du. Ich bin ihm gar nicht böse, weil ich könnte sogar sagen, ein mutiger Vorstoß, durchaus denkbar. Okay, wir sind die Abgeordneten hier.

Wir werden schon sehen, daß wir zusammenfinden in all diesen Fragen. Nur, ich sage, so leicht kann man es sich nicht machen, wie Sie glauben, daß das gehen wird. Ich kenne ja das Spiel dann, wie es dann über die Bühne geht, wenn wir zu Hause ankommen, wo immer zu Hause auch ist. Da wissen wir nicht mehr, was wir hier gesagt haben alle miteinander. Bitte, dort müssen wir anfangen, wenn wir schon von diesen Dingen reden. Ich verweise auf das, was der Kollege Vesko auch heute gemeint hat.

Ich hoffe, daß das nicht alles nur miteinander ein Mißverständnis war, und fasse zusammen: Wir werden das heute hier nicht ausreden können, überhaupt keine Frage, aber es ist wie beim Schnapsen, meine Damen und Herren, über die Spielregeln müssen wir uns schon im klaren sein, und wir müssen wissen, was gilt, bevor wir uns der Sache widmen. (Abg. Trampusch: „Wie beim Dreierschnapsen, wo einer nur mitschreibt, der selber keine Verantwortung trägt. Das passiert heute da!“) Ja, ich weiß nicht, warum du dich nicht verantwortlich fühlst, das weiß ich nicht, das ist mir entgangen. Du bist genauso verantwortlich wie alle 55 anderen hier. Du brauchst nicht an deine Brust zu klopfen, wir alle sind verantwortlich und stellen uns dieser Verantwortung. Noch einmal, wir werden schauen müssen, daß wir diese Prioritäten auch durchgehen und durchschauen, denn sonst werden wir schlußendlich zu keiner Lösung kommen. Wenn es um Mut und Phantasie geht, sind wir gerne bereit auszuweichen; nur, wie gesagt, dieses Doppelpaßspiel, hier fordern und dort kassieren, das kann so einfach unsere Zustimmung nicht finden. (Beifall bei der ÖVP. – 15.19 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (15.20 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Grundsätzlich stimme ich mit allen überein, die meinen, wir müßten sparen lernen, wir müßten versuchen, dieses Budget zu entlasten, nicht Unsummen auszugeben. Und der Herr Finanzreferent hat ja in seiner Zeit der Tätigkeit mit der Vorstellung des letzten Budgets auch damit begonnen, daß er gemeint hat, er stellt ein Budget vor, das die Ansprüche erfüllt. Er richtet aber gleichzeitig an alle die Bitte mitzuhelfen, daß dieses Budget auch erfüllt werden kann, und daß alle beim Sparen helfen.

Meine Damen und Herren, ein bißchen betroffen bin ich schon über die Aussage unserer Frau Dr. Karisch, die meint, sie schäme sich für alle, die heute an dieser Debatte, die wir abgeführt haben, vor diesen Zu-

schauern teilgenommen haben. Meine Damen und Herren, das ist lebendige Demokratie. Junge Menschen gehen in dieses Haus, damit sie sehen, wie Demokratie funktioniert und wie grundsätzlich mit den Problemen gerungen und gerauft wird. Ansonsten säßen wir alle im Grunde genommen umsonst hier, und das Land Steiermark könnte sich auf jeden Fall die Gehälter jener einsparen, die hier sitzen. Das wäre sicherlich auch viel Geld. Ich schäme mich, ich sage das immer wieder, nicht dafür, denn ich meine, ich leiste für das, was ich bezahlt bekomme, viel Arbeit. Und in meinem Bezirk könnte ich mir nicht vorstellen, daß ich einmal die Zeit hätte, irgendwo nur zu sitzen, denn ich meine, unsere Aufgabe ist es, bei den Menschen zu sein, die wir zu vertreten haben. Mit dem gegenseitigen Schämen, einer für den anderen, meine Damen und Herren, werden wir in diesem Hause, aber auch in diesem Lande nichts bewegen. Daher seien wir ehrlich, vertreten wir unsere Meinungen, vertreten wir unsere Forderungen und, wenn es notwendig ist, lehnen wir solche Forderungen auch ab!

Ich habe zugesehen, wie der Herr Landesrat Pörtl gelächelt hat, wie hier gemeint worden ist, wir kämen nicht mehr zu dem Lohn oder zu der Ernte für das, was wir gesät haben. Meine Damen und Herren, das Fällen der Bäume findet meist erst 80 bis 100 Jahre nach ihrem Setzen statt. Und der, der setzt, erntet meist nicht. Das ist eine alte Bauernweisheit, die in jedem Bauernkalender und in jeder Bauernregel zu lesen ist, und trotzdem, meine Damen und Herren, wundern wir uns alle nicht darüber, daß jeder für die nächste Generation baut und stolz darauf ist, daß die nächste Generation die Ernte davontragen kann. Ich meine also, wir sollten auch hier zufrieden sein. Ich freue mich, daß der Kollege Hirschmann gemeint hat, daß seit 1945 in dieser Landesregierung immer sozialdemokratische Finanzreferenten die Verantwortung getragen haben, und Klausner war auch nie ein schlechter. Ich kann mich an andere Aussagen in diesem Hause erinnern. Und ich freue mich heute für diese Bestätigung. Ich gratuliere dem Kollegen Klausner, denn er hat es 25 Jahre lang verstanden, die finanziellen Geschicke in diesem Lande, so scheint es, zu lenken, und all das, mit dem sich andere geprahlt haben, daß sie etwas weitergebracht haben, stimmt also nicht.

Nun, meine Damen und Herren, die ÖVP verkauft, so meine ich, immer wieder Leistungen von sich als Leistungen der Gemeinsamkeit. Und wenn ich mir hier nur allein anschau, weil heute vom Fordern geredet worden ist, ich zeige euch auch gleich ein Bild eures Häuptlings, denn hier im Hause ist er ja nie zu sehen, man sollte vielleicht auch einmal eines aufschlagen, dann ist es so, daß der Herr Landeshauptmann selber in der Öffentlichkeit die Meinung vertritt; die Steiermark und Graz sind aktives Zentrum im Süden Mitteleuropas. Meine Damen und Herren, warum sagt der Herr Landeshauptmann das? In der Überzeugung, daß wir alle gemeinsam das Beste tun für dieses Land, für diese Steiermark und für die Menschen, die hier wohnen. Und ich zweifle nie daran, daß wir das Beste wollen und das Beste tun. Daher kann es auch nicht verpönt sein, Forderungen an das Budget zu stellen, daß es einen Finanzreferenten und im Endeffekt eine Regierung und einen Landtag geben muß, der Beschlüsse faßt, der die eine Forderung ablehnt, die

andere befürwortet. Meine Damen und Herren, das liegt auch an der Verfassung, das liegt an der Demokratie, und das liegt an uns. Und wer die Forderungen einmal liest, die Ihre Fraktion, meine Damen und Herren, hier in diesem Hause schon aufgestellt hat, was alles zu fordern und was alles zu erledigen ist, den verstehe ich zwar, daß er vom Sparen redet, aber man sollte nicht immer nur dem anderen sagen, er soll sparen, sondern zuerst einmal in das eigene Buch hineinschauen, was es noch an Möglichkeiten des Einsparens gibt. Ich bin ein bißchen verwundert, daß der Kollege Hirschmann heute in seiner dramatischen Art das alles so darstellt, aber das ist schon seine Art, einmal himmelhoch jauchzend, dann wieder zu Tode betrübt (Abg. Purr: „In der Beziehung übertriffst du ihn!“), einmal, wie hast du gesagt, tölpisch, nein, den Tölpel zu spielen und auf der anderen Seite den Lehrer, der die ganze Zeit mit uns geht und sagt, Tölpel sind wir nicht. Wir sind Menschen, die denken, selbstverständlich, und ich stimme mit ihm da überein. Meine Damen und Herren, wir haben einige Dinge, so scheint es mir, an den Vorzeichen der heutigen Zeit vergessen. Und einige Redner sind auch sehr ernst darauf eingegangen. Wir befinden uns in der gesamten Welt, im gesamten Europa in einer sehr problematischen wirtschaftlichen Lage. Wer das „profil“ von gestern liest, „Wirtschaft“, der weiß, was in unserem Nachbarland passiert, vom Jubel 1989 mit der Vereinigung zu den Problemen, die es nun dort gibt, und ich darf nur einen Absatz zitieren, „viele deutsche Betriebe geben weitreichende Personalabbaupläne bekannt“. Beispiele: Opel will 6000 Beschäftigte entlassen, VW 12.000, Mercedes-Benz 20.000, der Computerhersteller Siemens-Nixdorf streicht 6000 Stellen, und in der Stahlindustrie wackeln weitere 15.000 bis 20.000 Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, über 100.000, ja 200.000 Arbeitsplätze sind in diesem Bereich bereits verschwunden. Und wer die neue Armut im Osten Deutschlands kennt, der weiß, was sich dort bewegt, mit welcher Verzweiflung die Menschen agieren und wo der beste Nährboden der nationalen Kravalle, die hier draußen stattfinden, im Endeffekt gegeben ist. Ich warne uns gemeinsam davor, diesen Weg zu beschreiten, weil ich glaube, daß kühle Überlegung, gute Verhandlungstaktik und Verantwortungsbewußtsein auch für das neue Budget und für die neuen Beschlußfassungen notwendig sind. Und ich fordere alle in diesem Hause auf, die guten Willens sind, diesen Weg zu gehen.

Es ist nicht das Budget des Finanzreferenten, wie manche heute tun. Er legt es vor, er geht auf die Verlangen der anderen Mitglieder der Landesregierung ein, hat nach Möglichkeit Wünsche und Anliegen – und wer hat keine – von ihnen einzubauen, zu berücksichtigen und dann dem Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen. Meine Damen und Herren, das ist der demokratische Weg, das ist das Verantwortungsbewußtsein! (Abg. Schützenhöfer: „Den formalen Vorgang kennen wir!“) Bei dir scheint mir manchmal, du kennst den formalen Vorgang nicht, lieber Kollege Schützenhöfer, denn dieses Doppelspiel, einerseits zu sagen, die Verantwortung für dieses Budget trägt der Finanzreferent, und andererseits sich mit dem in der Öffentlichkeit zu prahlen, was man alles leistet, so wird in diesem Hause auch nicht weiter gespielt.

Ich hoffe, im Endeffekt sind alle so vernünftig, daß sie mit Verantwortungsbewußtsein an dieses Budget herangehen, auch alle jene Landesräte, die für ihr Ressort verantwortlich sind, Wünsche und Verlangen haben und bereit sind, diverse Wünsche und Verlangen zurückzustellen, damit dieses Budget, so hoffe ich, den notwendigen Auswirkungen, die wir von ihm erwarten, auch folgen kann.

Zum Schluß, meine Damen und Herren: Am 14. September hat die „Kleine Zeitung“ einen Artikel von Bernd Kibitzi gebracht: Der Präsident des Landeschulrates Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher wehrt sich vehement gegen die geplante Lohnsteuersenkung und spricht von einer neuen öffentlichen Armut in Österreich. Ich sage das nur deshalb, weil viele heute gemeint haben, man sollte auch beim Bund sparen. Ja, meine Damen und Herren, in unserem Verlangen an den Bund und an andere, wenn Sie es nicht zu bezahlen brauchen, sind wir alle maßlos. Nachfahre in Not, heißt der Artikel, Bildung braucht 62 Milliarden. Sollten wir nicht wirklich darüber nachdenken, daß es Umschichtungen in bestimmten Bereichen geben muß? Lieber Kollege Hirschmann, die verstaatlichte Industrie, das behaupte ich, ist heute deshalb in dieser schwierigen Situation, weil deine Partei dir die nötigen Finanzmittel in den vergangenen Jahren verweigert hat. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 15.29 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Bevor ich den Mitgliedern der Landesregierung das Wort erteile, freut es mich als geborenen Kärntner ganz besonders, daß zwar nur für wenige Minuten, aber immerhin, die 3. Klasse der Volksschule Arnoldstein aus Kärnten unter der Leitung der Frau Lehrerin Kanduth unseren Ausführungen gefolgt ist. Herzlich willkommen bei uns! (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet ist nun der Herr Landesrat Dr. Strenitz.

Landesrat Dr. Strenitz (15.30 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist selbstverständlich, daß bei dieser vorgezogenen Grundsatzdebatte zum Landesbudget 1993 auch die Spitäler eine Rolle spielen, und es ist selbstverständlich auch die Frage berechtigt, was können wir uns heute, was in den nächsten fünf Jahren, was können wir uns in den nächsten zehn Jahren leisten? Vielleicht darf ich vorausschicken, daß der Schritt, den wir mit Wirkung vom 1. Oktober bei den Spitälern gesetzt haben, nämlich dieses Reformpaket über die Neuorganisation der Struktur, ein guter Schritt war, vor allem, weil er einstimmig von allen Parteien dieses Hauses getragen war und weil er die politische Verantwortung nicht aufhebt, aber sehr klar von der betrieblichen Verantwortung trennt. Der nächste Schritt, den wir zu setzen haben, ist die Frage, was wollen wir und wie definieren wir dieses Wollen. Welchen Leistungsstandard wollen wir für unsere Spitäler, welche Qualität, wie sichern wir sie, und vor allem, wie stimmen wir das Leistungsangebot der 21 Spitäler aufeinander ab? Die Regierung hat über meinen Antrag nach der vorliegenden Studie der Kommission Suter & Suter eine Kommission eingesetzt, die diese Fragen zu prüfen hat. An dieser Kommission nehmen teil neben den Herren der Kranken-

anstaltengesellschaft auch Vertreter des Hohen Hauses, weil wir uns bewußt sind, daß die Lösung dieser Frage zuallererst eine politische Frage ist. Und es ist, ohne daß ich polemisieren will, so, Kollege Hirschmann, daß Ihre Partei sich mit der Nominierung dieses Vertreters am allerlängsten Zeit gelassen hat. Wir sind ein bißchen zeitlich in Verzug geraten, aber das Mitglied der Kommission ist genannt worden. Und unabhängig von dieser Diskussion habe ich die konstituierende Sitzung dieser Kommission für den November einberufen. Die Aufgaben, vor denen wir stehen, werden uns allen keine große Freude bereiten. Denn allein heute in der Fragestunde haben zwei sehr geschätzte Mitglieder dieses Hohen Hauses an mich die Frage nach dem Baubeginn bei zwei Häusern gestellt. Aus Zeitgründen konnte ich diese Fragen nicht mehr hier beantworten, aber allein die Kosten, die hier nachgefragt wurden, betragen rund eine Milliarde Schilling. Das ist die Realität, meine Damen und Herren, und wir werden den Krankenanstaltenplan, den wir im Jänner 1991 verabschiedet haben, im Jahr 1993 sehr genau überdenken und mit Jänner 1994 neu beschließen. Ich gebe dem Abgeordneten Hirschmann recht, wenn er sagt, wir müssen die Anliegen der Steiermark gemeinsam bewältigen. Wir müssen auch die Lasten gemeinsam tragen. Ich sage dazu, daß die Lasten, um die es hier geht – Bauprogramm 12 Milliarden Schilling –, nicht aus einer Schuld dieser Generation erwachsen sind, sondern auf Grund der Tatsache vor uns liegen, daß unsere 21 Spitäler im Durchschnitt etwa 100 Jahre alt sind, damals in einer ungeheuren gründerzeitlichen Bauanstrengung des ausgehenden 19. Jahrhunderts entstanden sind, in der Zwischenzeit zu klein wurden und natürlich auch nicht den entsprechenden Funktionserfordernissen entsprechen. Aber wir haben, Kollege Hirschmann, nicht nur einen genauen zwölfjährigen Bauzeitplan mit drei Prioritäten und Kostenberechnungen für die Häuser, sondern wir haben selbstverständlich auch die Berechnungen für die Folgekosten vorgenommen, und diese Folgekostenberechnungen, die in einem mittelfristigen Finanzbedarfsprogramm der Krankenanstalten aufscheinen – ich kann das gerne zusenden –, diese Folgekosten haben selbstverständlich auch Eingang gefunden in die Budgetvorschau des Herrn Landesfinanzreferenten. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das kann nicht ganz stimmen! Wenn der Herr Landesfinanzreferent nicht einmal die 350 Millionen drinnen hat, kann das, was du behauptest, nicht stimmen!“) Das stimmt, und ich bin gerne bereit, die schriftlichen Unterlagen bereits morgen per Telefax zu übersenden. Es gibt sowohl das Bauzeitprojektprogramm als auch die Folgekostenberechnungen. Ich sage aber dazu, gewisse Dinge – und damit komme ich auch schon zum Ende – gibt natürlich auch die jetzige Generation sich selbst auf, nicht einmal das Land Steiermark, sondern wieder der Bund. Wenn der Bund die Kliniken teilt, von 17 Kliniken in 49 Kliniken und klinische Abteilungen, dann freuen wir uns sehr, aber das kostet in der Summe im Bereich des Landeskrankenhauses rund 6,7 Milliarden Schilling. Wenn der Bund ein Arbeitszeitgesetz beschließt, das uns insgesamt vorschreibt, rund 600 Dienstposten neu einzusetzen, sind das 600 Dienstposten. Und wenn der Bund ein Nachtarbeitszeitgesetz beschließt, dann kostet uns das wieder allein rund 400 Dienstposten, für deren Bezah-

lung wir eben zu sorgen haben. Aber ich sage, meine Damen und Herren, große Aufgaben erfordern große Anstrengungen, und ich hoffe, daß die Parteien des Hohen Hauses die richtige Entscheidung im Interesse der Steirerinnen und Steirer treffen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.36 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Tschernitz.

Landesrat Tschernitz (15.36 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich fühle mich eigentlich ein bißchen verpflichtet, im Rahmen dieser so engagierten Diskussion auf alle Probleme, die es mit dem Budget 1993 geben wird, hinzuweisen und Ihren Überlegungen mitzugeben, daß sich gerade im Sozialbereich so viele Rahmenbedingungen eigentlich verändert haben.

Ich persönlich, meine Damen und Herren, sehe immer die Sozialpolitik eines Landes als ganz große gesellschaftspolitische Frage. Und wenn ich meinte, daß sich die Rahmenbedingungen verändert haben, so sind eben neue, entscheidende Aufgaben in diesen Bereichen zu bewältigen, die natürlicherweise auch finanzielle Mittel bedürfen. Wer hätte vor Jahren noch gedacht, daß das Land oder zumindest auch die Sozialhilfeverbände, ich meine immer gemeinsam, Vorsorge treffen müssen, da es ältere Behinderte geben wird, die wohnversorgt werden müssen, die ein betreutes Wohnen brauchen? Wir wollen sehr wohl im Rahmen der Behindertenhilfe einen kontinuierlichen Aufbau der Frühförderung, ab der Geburt die Unterstützung, über die heilpädagogischen Kindergärten, Integration in die Regelkindergärten, Integration in der Schule, Integration am Arbeitsplatz, Beschäftigungstherapie bis zur geschützten Werkstätte und bis zum betreuten Wohnen. Vor Jahren ist diese Frage nicht aktuell gewesen. Die ist nur gekommen, und darum werden wir uns damit in diesem Bereich auseinandersetzen müssen. Wir werden uns mit der Jugendwohlfahrt und auch mit der Frage der Pflegeeltern in diesem Budget beschäftigen müssen, meine Damen und Herren. Wir alle nehmen erschüttert zur Kenntnis, welche Problematik es mit Kindesmißhandlungen immer noch und immer wieder gibt, und auf der anderen Seite stehen uns fast keine Pflegeeltern mehr zur Verfügung. Wir werden also in diesem Bereich etwas tun müssen, vor allem in der Entschädigung der Pflegemütter, wenn sie bereit sind, Pflegekinder zu nehmen, die irgendwo mißhandelt wurden. Und wir werden uns natürlich auch mit der Frage auseinandersetzen müssen, die das Ruhegeld betrifft. Es ist ja sowieso vereinbart, daß im November ein diesbezügliches Parteiengespräch zu führen ist. Und wir werden uns, und das möchte ich im besonderen sagen, mit den Fragen der älteren Menschen auseinandersetzen müssen, weil wir die demographische Entwicklung kennen, daß die Menschen älter werden, was uns alle gemeinsam freut, die Pflegebedürftigkeit allerdings in einem höheren Alter immer schwieriger wird und damit größere Anforderungen auch an die Sozialpolitik gestellt werden. Und wenn hier von diesen 3 Milliarden Schilling in der Pflegevorsorge gesprochen wird, dann ist es jener Teil, der als Vorgabe in diesem Bundespflegegeldgesetz verankert ist, nämlich den Betreuungsschlüssel dementsprechend in

gewissen Abständen auf eine sehr vernünftige Art hinzubringen. Dazu sind wir derzeit nicht in der Lage, da das entsprechende Personal nicht ausreichend vorhanden ist. Es sind dort die kleinen Einheiten verankert, und es ist natürlicherweise mitverankert, daß auch in diesen kleinen Einheiten ein gewisses Ausstattungsniveau vom Grund her gegeben sein muß. Das heißt, daß diese 3 Milliarden Schilling, auf 18 Jahre ungefähr gerechnet, den Pflegestandard beziehungsweise den Pflegeschlüssel in der Zukunft in kleinen Einheiten garantieren sollen. Ich meine damit, daß es natürlich einige Dinge gibt, die auch im Budget Berücksichtigung finden sollen. Und es gibt fast keine Möglichkeit der Umschichtung von einem Ansatz im Sozialbudget zum anderen. Und das bitte ich Sie, meine Damen und Herren, bei Ihren Überlegungen zu berücksichtigen, weil ich glaube, daß es wirklich notwendig ist, daß in der Sozialpolitik die sich uns anbietenden und für uns sicherlich unbedingt zu lösenden Aufgaben auch in diesem Budget teilweise berücksichtigt werden müssen. Und ich verurteile auch, daß es dem Bund noch nicht möglich war, dieses Bundespflegegeldgesetz zu beschließen. Ich hoffe aber darauf, daß dies noch passieren wird. Nur, wenn das nicht eintrifft, haben wir gesagt, müßten wir uns von seiten des Landes fragen, ob wir nicht auf jenem Steiermärkischen Pflegehilfegesetz, das ich im Jahre 1989 als Diskussionsgrundlage ausgesandt habe, aufbauen sollten, natürlich adaptiert und auf den derzeitigen Stand gebracht. Natürlich wären wir nicht imstande, 3 Milliarden Schilling hier aus dem Budget aufzubringen, weil es auch andere Rahmenbedingungen geben würde, wenn es um das Bundespflegegeldgesetz geht. Ich würde Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, bitten, in allen Ihren Überlegungen, gerade auch in diesem Bereich sowie sicher auch in anderen Bereichen, ich weiß, wie das ist, aber gerade im Sozialbereich, diese veränderten Rahmenbedingungen zu berücksichtigen und bei Diskussionen auch in Ihre Überlegungen einfließen zu lassen. Um das möchte ich Sie, meine Damen und Herren, ersuchen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.41 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (15.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Einige Sätze dazu. Der Wasserwirtschaftsfonds, wie er früher genannt worden ist, der Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds ist mehrmals angesprochen worden. In dieser Frage der Auseinandersetzung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hat es in Wahrheit eine gemeinsame, über alle Fraktionen hinweg massive Stoßrichtung gegeben, daß der Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds nicht zur Budgetsanierung umgewidmet wird. Wir haben erreicht, und deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet, daß auf der einen Seite die gesetzlichen Bestimmungen mit Emissionsverordnung fixiert sind, auch zeitlich mit Übergangsbestimmungen fixiert sind, aber auf der anderen Seite gab es das Faktum, daß die finanziellen Grundlagen nicht vorhanden waren. Ich möchte dem Hohen Haus mitteilen, daß in den nächsten vier bis sechs Wochen die Förderungszusicherungen von der März Sitzung

des heurigen Jahres mit den Förderungsbeträgen der bisherigen Richtlinien erfolgen. Selbstverständlich hat die Erarbeitung der neuen Richtlinien für die nächsten Genehmigungen äußerste Priorität. Das ist sozusagen eine gemeinsame Stoßrichtung aus allen Lagern der Ländern und der Gemeinden, die Gott sei Dank im Grunde zu diesem Erfolg geführt hat. Uns wird es auf Grund der gesamten Budgetsituation aber umso mehr verpflichten, daß wir alle technischen, ökologischen und organisatorischen Reserven ausreizen, vor allem für den ländlichen Ausbau, damit auch wirtschaftlich vernünftig, aber trotzdem effizient diese Abwasser- und Umweltproblematik, was die Abwasserentsorgung betrifft, umgesetzt wird. Das zu dieser Diskussion, denn es schien mir notwendig, einige Sterne anzuzünden, wenn schon die gesamte Diskussion an und für sich relativ grau und düster umgesetzt wurde. Wir haben nicht versucht, mit Schuldzuweisungen, sondern mit einer sehr konzentrierten Aktion an die Sache heranzugehen. (Beifall bei der ÖVP. – 15.44 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich möchte mich beim Herrn Landesrat entschuldigen, daß ich ihn degradiert habe. Es soll keine Degradierung sein, daß ich ihn wieder zum Abgeordneten zurückversetzt habe, sondern ich wollte lediglich ausdrücken, daß er einen unauslöschlichen Eindruck als Abgeordneter in diesem Haus hinterlassen hat. Du bleibst selbstverständlich Landesrat, und ich werde dich künftig auch so ansprechen.

Nun ist am endgültigen Schluß dieser Debatte, glaube ich, Herr Landesrat Ing. Ressel zu Wort gemeldet.

Landesrat Ing. Ressel (15.44 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es sind in den Debattenbeiträgen auch die Allianzen angesprochen worden, die sich im Rahmen des Budgetierens ergeben haben. Aber ich sage Ihnen, Herr Klubobmann Dr. Hirschmann, so einfach ist es nicht, daß ein „rotes“ Regierungsmitglied einen Wunsch erfüllt und einen Wunsch verkündet, und der „rote“ Finanzlandesrat versucht dann, diese Wünsche sofort zu realisieren.

Die Allianzen sind in Wahrheit viel komplizierter: Kommt die Forderung in der Landwirtschaft, kommt garantiert auf der anderen Seite die Forderung im Sozialbereich, kommt die Forderung in der Kultur, kommt garantiert die Forderung in der Wissenschaft und vice versa kommt eine Wirtschaftsförderung im Norden des Landes. Da wird man sich auch überlegen müssen, wie man eine im Süden des Landes zusammenbringt.

Und im Grunde genommen muß ich feststellen, ist der Finanzreferent in dieser Aufgabe, aber wahrscheinlich nur in dieser, relativ allein. Die Allianz müßte eigentlich innerhalb der Regierung sein. Aber auch zu den Abgeordneten, aber wenn man heute davon spricht, daß man im Landtag über das Budget nachdenken muß.

So bin ich mit der unangenehmen Tatsache konfrontiert, daß ich den Budgetvorschlag am 12. Oktober einreichen mußte und er auf Grund der gesetzlich vorgeschriebenen Terminläufe am 27. Oktober zu beschließen ist.

Und jetzt noch ein Wort zur Nullbudgetierung. Es mutet mich sehr eigenartig an, wenn man meint, der Finanzreferent muß die Nullbudgetierung vornehmen. Was heißt überhaupt Nullbudgetierung? Unter Nullbudgetierung versteht man, daß man grundsätzlich einmal jede Ausgabe anzweifelt und von der Vorstellung ausgeht, daß sie auf Null reduziert wird.

Ja aber bitte, diese Forderung kann sich doch nicht einseitig an den Finanzreferenten richten, sondern richtet sich an die gesamte Regierung, auch an die Ressortverantwortlichen. Die Wirklichkeit war doch die – es ist heute schon einmal erwähnt worden –, daß die Wünsche eine Neuverschuldung von 3300 Millionen, also von 3,3 Milliarden, ergeben hätten. Und mein Einwirken war eben das, daß wir bei 865 oder 850 Millionen liegen. Rechnen Sie die 350 Millionen für die Krankenhäuser hinzu, dann ist das eine Nettoneuverschuldung von 1,2 Milliarden.

Ich bin mir nicht so sicher, ob es möglich sein wird, das tatsächlich auch so zu erhalten. Ob nicht in den Verhandlungen sich da und dort herausstellt, daß das eine oder andere doch noch in Kauf genommen werden muß als Ausgabe.

Und dann frage ich mich natürlich auch, was ist von den Beteuerungen hier zu halten, wie sehen sie aus, wenn das Budget fertig ist? Wann wird – frage ich mich jetzt, ich war immerhin zwölfteinhalb Jahre Parlamentsabgeordneter – denn der erste Abgeordnete tatsächlich dafür einstehen und den Antrag einbringen, zumindest im Ausschuß, daß die eine oder andere Pflichtausgabe umgewandelt werden kann? Denn ich wäre umgekehrt zum Teil berechtigt, zum Teil unberechtigt ununterbrochen damit konfrontiert, daß einzelne Abgeordnete – egal welcher Fraktion – vor Ort behaupten, das geht nicht, weil der Finanzreferent – man sagt es wahrscheinlich etwas anders – das nicht macht.

Freunde, jetzt sage ich schon ehrlich, Blinde-Kuh-Spielen kann ich nicht im Angesicht dieser Budgetvorschau.

Jetzt muß man noch einen Punkt in die Debatte einbringen. Selbst wenn es zu einer Abgabe kommt, ist ja für Sie alle und für mich und für uns das Problem nicht gelöst. Wir reden von einigen hundert Millionen, die für den einzelnen, der seinen Beitrag leisten soll, doch eine beträchtliche Belastung ist, für uns bedeutet das aber nur, daß 1996, wenn die Vorschau des Wirtschaftsforschungsinstitutes stimmt, und ich habe überhaupt keine Ursache, daran zu zweifeln, die Lücke zwischen Einkommen und Ausgaben nicht 6,5 Milliarden beträgt, sondern nur 6 oder 5,5. Das heißt, Sie sind aufgerufen, was zu tun, und zwar alle miteinander einschließlich ich, und es kann doch niemand hier behaupten, daß ihm der Ernst der Situation nicht bewußt ist. Denn im vergangenen Jahr ist heiß darum debattiert worden, ob es zu einem Forderungsverkauf von Wohnbauförderungen kommt oder nicht. Und wir haben dann im Budget durch Ihren Beschluß 1,2 Milliarden Einnahmen aus diesem Titel veranschlagt. Das bedeutet aber ganz klar, daß, wenn wir diese Maßnahmen nicht gesetzt hätten, die Nettoneuverschuldung 1992 nicht eine Milliarde betragen würde, sondern von Haus aus schon 2,2 Milliarden. Und wir haben auch in diesem Jahr wieder Einnahmen aus dem Forderungsverkauf von einer Milliarde. Und es war ja nur das der

Grund, warum ich gedrängt habe, daß wir endlich zu einem Gesetz über Wohnbauförderung kommen, die sich finanziell ausgeht. Das ist nicht nur Sache der Regierung und der Referenten, sondern auch des Landtages. Denn die Kassen waren leer, und wir bedecken das über diese Notmaßnahme. Da muß ich mir schon sagen, dann schauen wir einmal, was rauskommt. Bisher werde ich ununterbrochen damit konfrontiert, selbst bei Kennern der Materie, daß man das Problem bespricht, und beim Rausgehen zwischen Tür und Angel wird man gefragt: „Wieviel ist denn jetzt der Zuschuß für den Verkehrsverbund?“, weil das wieder zuwenig ist.

Und eines sehe ich schon, der Kollege Landeshauptmannstellvertreter Hasiba und ich, er wegen dem Personal und ich aus finanziellen Gründen, kommen – es ist kein Geheimnis – immer wieder in die gleiche Situation, daß wir ablehnen müssen, weil hier mit Recht festgestellt wird, es ist nicht nur schwer, den Personalstand zu reduzieren, sondern es ist wahn-sinnig schwer, den gesamten Personalstand zu halten.

Ich sage das deshalb, weil die Personalkosten in den Spitälern bei 75 oder 74 Prozent liegen. Das ist die Situation. Ich fürchte – ich sage das jetzt auch aus eigener Erfahrung vom Parlament –, daß wir hier alle beschwörend geredet haben, aber ich werde den gleichen Scherm, auf gut Deutsch, auf haben. Und daher sage ich, versuchen wir es. Es ist Gelegenheit genug. Und das Budget wird nicht jetzt gemacht. Es braucht mir keiner einzureden, daß das Budget jetzt bis zum Ausschuß gemacht wird. Sondern jeder geht das ganze Jahr mit seinen Vorstellungen schwanger und kann sie loswerden.

Ich bin kooperationsbereit, der Landtag hat jede Möglichkeit, mich zu Sitzungen einzuladen, zu Sitzungen vorzuladen, zu konsultieren, bei mir ist offene Tür! Aber bitte, es soll irgendwann eine Wirkung zeigen. Und bitte entschuldigen Sie jetzt meine Emotion, aber die Sache ist es wert. (Beifall bei der SPÖ. – 15.55 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich danke dem Landtag für die ausführliche Diskussion gerade dieser Frage am heutigen Tag.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 347/1, betreffend die Gewährung eines Förderungsbeitrages von 25 Millionen Schilling für die Errichtung eines Zweigbetriebes der Geschützten Werkstätte Steiermark in der Gemeinde Spielberg.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (15.56 Uhr): Die Geschützte Werkstätte Steiermark beabsichtigt, in der Gemeinde Spielberg eine Betriebsstätte mit zirka 60 Arbeitsplätzen für behinderte Menschen zu errichten. Die Gesteungskosten für den Grundankauf, den Bau und die erforderliche Ausstattung wurden mit rund 54 Millionen Schilling beziffert. Davon können 4 Millionen Schilling

von der Geschützten Werkstätte selbst aufgebracht werden. Mit Schreiben vom 31. Jänner dieses Jahres hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mitgeteilt, daß seitens des Ausgleichstaxfonds hiezu ein Zuschuß in der Höhe von 25 Millionen Schilling unter der Voraussetzung gewährt wird, daß sich das Land Steiermark an diesen Kosten gleichfalls mit 25 Millionen beteiligt. Da die Rechtsabteilung 9 hiefür im Zuge der Voranschlagserstellung für 1992 noch keine Mittel vorsehen konnte, müßte die Bedeckung von 25 Millionen außerplanmäßig erfolgen. Die Bedeckung hätte so rechtzeitig zu erfolgen, daß keine Verzögerung im Baufortschritt eintreten kann. Daher stelle ich namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Gewährung eines Förderungsbeitrages von 25 Millionen Schilling für die Errichtung eines Zweigbetriebes der Geschützten Werkstätte Steiermark in der Gemeinde Spielberg, wird zur Kenntnis genommen. Der Steiermärkische Landtag stimmt trotz der im Landesvoranschlag 1992 für die gegenständliche Maßnahme nicht vorhandenen Kreditmittel der Beitragsgewährung von 20 Millionen für 1992 zu und nimmt weiters zur Kenntnis, daß hiefür im laufenden Budget zusätzliche Mittel bereitzustellen sind. Außerdem wird zur Kenntnis genommen, daß für das gegenständliche Vorhaben im Rahmen der Voranschlagserstellung für 1993 der Restbetrag von 5 Millionen Schilling vorzusehen sein wird.

Ich ersuche um Abstimmung. (15.57 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (15.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Unter Tagesordnungspunkt 4 oder Geschäftszahl 347/1 wird wohl eine Gruppe von Menschen benannt, denen das persönliche Schicksal brutal mitgespielt hat. Hohes Haus, meine Damen und Herren. Ich glaube, niemand hier in diesem Haus, und ich wünsche und hoffe darüber hinaus, niemand im Lande Steiermark wird die Notwendigkeit und den Bedarf, in dem Fall der Vorlage zu entnehmen, von 25 Millionen Schilling, betreffend die Geschützte Werkstätte in Spielberg, bezweifeln. Meine Damen und Herren. Gerade aus diesem Grund wurde mir von seiten der Handelskammern Leoben, Judenburg, Knittelfeld und Murau ein Brief übermittelt. In diesem Brief wird von seiten der Wirtschaft auch grundsätzlich die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Einrichtung einer Geschützten Werkstätte oder Ausbildungsstätte für Behinderte begrüßt und goutiert. Gleichzeitig, meine Damen und Herren, geht aus diesem Brief hervor, daß eine Geschützte Werkstätte eine Ausbildungsstätte für Behinderte zum Ziel haben soll, jene Menschengruppe, die ich eingangs erwähnt habe, denen das Schicksal nicht hold war, durchaus einen Beruf, eine berufliche Ausbildung durchmachen kann. Und ich freue mich darüber, daß in diesem Brief der Wirtschaft sehr wohl zum Ausdruck kommt, daß man bereit ist, jene Menschen, die in diesen Geschützten Werkstätten ausgebildet werden, im Arbeitsmarkt zu integrieren. Meine Damen und Herren. Gleichzeitig wird aber,

und darüber sollten wir alle als gesetzgebende Körperschaft nachdenken, mit Sorge in diesem Schreiben vermerkt, daß auf Grund der Tatsache, daß in diesen Geschützten Werkstätten auch Produktionen vor sich gehen, die in der privaten Wirtschaft im Wettbewerb am Markt draußen unter Umständen Verzerrungen ergeben, nämlich, daß es zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Gemeint ist in diesem Schreiben, daß auf Grund der Umsatzsteuerbestimmungen Geschützte Werkstätten einen Preisvorteil haben. Meine Damen und Herren, durchaus verständlich, so recht und gut. Ich meine aber, es kann nicht das Ziel und die Aufgabe eines gesetzgebenden Organes des Landtages sein, daß wir mit dieser hoffentlich einstimmigen Beschlußfassung der Zuweisung von 25 Millionen Schilling uns quasi den weißen Fuß in der Sozialpolitik holen und es damit abtun, daß wir damit jenen Menschen geholfen haben. Ich meine vielmehr, man sollte eigentlich danach trachten, daß bei Inbetriebnahme dieser Geschützten Werkstätte, wenn die Produktion, in welchem Bereich auch immer, aufgenommen wird, daß am freien Markt dafür gesorgt wird, daß eine Wettbewerbsgleichheit herrscht, und zwar deshalb, meine Damen und Herren, wenn es zu dieser Wettbewerbsverzerrung, wie es von seiten der Wirtschaft genannt wird, kommt, tun wir mittelfristig jener Personengruppe, denen es das Schicksal nicht gut gemeint hat, nichts Gutes. Denn eine Integration im normalen, im freien Arbeitsmarkt wird dann nicht möglich sein, wenn auf Grund des Preisvorteiles, auf Grund des Wettbewerbsvorteiles unter Umständen dieser private oder freie Arbeitsplatz oder Arbeitgeber nicht mehr vorhanden ist, meine Damen und Herren. Ich ersuche daher den Landesrat Tschernitz, daß sehr wohl bei der Installierung und bei der Inbetriebnahme dieser Bereich ins Auge gefaßt wird und daß man wirklich danach trachtet, daß die Wettbewerbsgleichheit gegeben ist. Ich sage das, meine Damen und Herren, aus einem weiteren Grund. Unabhängig davon, daß dann unter Umständen dieser Arbeitsplatz nicht mehr vorhanden ist oder der Arbeitgeber nicht mehr da ist, weil es zu Verzerrungen kommt, glaube ich auch, ist es notwendig, aus moralischer und gesellschaftspolitischer Pflicht, daß wir bemüht sind, diese im privaten und freien Arbeitsmarkt vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten, damit dieses Ziel, welches dieser Antrag und diese Vorlage verfolgt, erreicht wird, nämlich, daß jene Menschengruppe in der freien Marktwirtschaft integriert werden kann, damit sie auch die moralische Ausrüstung, die psychologische Stärkung bekommen, daß sie vollwertig in unserer Gesellschaft integriert sind. Und ich bin überzeugt davon, wenn die Ausbildung in diesen freien Werkstätten erfolgt und dann ein Übertritt ermöglicht ist in die freie private Marktwirtschaft, dann ist auch, und das wünsche und hoffe ich, eine Integration im Gesellschaftsleben, in der Gesellschaftspolitik insgesamt über den Beruf hinaus gegeben. Meine Damen und Herren, eine abschließende Bemerkung dazu noch: Wir sollten aber auch als Land Steiermark überlegen, wenn wir schon auf Grund dieser Vorlage unser Ziel einer gesamtgesellschaftspolitischen Integration jener Menschen, die eben behindert sind, wünschen und verfolgen, sollten wir auch als Land Steiermark, als Dienstgeber für über 10.000 Bedienstete auch eine Vorbildrolle einnehmen. Und ich stelle daher den Wunsch und die Bitte in den Raum

und richte sie auch an die Landesregierung, an den Personalreferenten, der aber jetzt leider in einer anderen Sitzung ist, aber ich glaube, es wird ihm übermittelt werden, daß man auch als Dienstgeber, als Land Steiermark, jene Menschen im verstärkten Ausmaß im öffentlichen Dienst innerhalb des Landes Steiermark integriert. Und erlauben Sie mir abschließend, meine Damen und Herren, wenn diese Gewährleistung gegeben ist, wenn dieser Wettbewerb in der freien Marktwirtschaft, betreffend die Geschützten Werkstätten, auch dem Land Steiermark budgetär etwas kostet, wir als freiheitliche Fraktion sind bereit, diesen Ausgleich für jene Personengruppe mitzutragen. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 16.00 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (16.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Noch die vorherige Debatte sehr im Ohr, möchte ich doch einige Bemerkungen zur Gesamtbudgetsituation auch aus der Sicht der sozialen Ecke sagen. Uns gelingt es ganz systematisch in den letzten Jahren, die Funktionen der Familie zurückzudrängen und damit teure Bereiche im Sozialwesen schaffen zu müssen. Ich weiß und bin mir voll bewußt, daß ich jetzt etwas gesagt habe, was nicht in unser gesellschaftspolitisches Konzept paßt. Aber ich denke, hier müßten wir ansetzen, und hier gäbe es konkret Möglichkeiten, auch in der Budgetpolitik zu sparen. Jüngst haben wir das Gleichbehandlungspaket ausgehandelt. Niemand wird mir als Person vorwerfen können, daß ich nicht für die völlige Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau bin. Aber es gibt einfach Unterschiede, wenn wir in Österreich weiterhin Kindern das Leben und die Chance der echten Entwicklung geben wollen; dann haben wir auch diese Bereiche zu akzeptieren, daß es für die Frauen manche Dinge nicht gibt. Das ist jetzt sehr stark und sehr hart ausgedrückt, aber es ist so der Fall, daß wir nicht über die soziale Ebene alle diese Dinge, die wir gut und eigentlich richtigerweise auch im Familienbereich abdecken könnten, an die Öffentlichkeit delegieren. Damit bin ich bei der Geschützten Werkstätte in Spielberg: Ich freue mich ausdrücklich darüber, daß eine Errichtung einer Geschützten Werkstätte für die behinderten Menschen unseres Landes möglich ist. Gleichzeitig frage ich mich aber auch, beruhigen wir damit unser Gewissen, daß wir Bereiche schaffen, wo Menschen, die in der Wirtschaft, im öffentlichen Leben kaum oder nicht integrierbar sind, daß wir diesen dort sozusagen Arbeit und vielleicht auch Einkommen und Ausbildung zusichern? Oder öffnen wir damit für diese Menschen die Türen wirklich in eine echte Integration? Unter Integration verstehe ich nicht, daß wir einen Sessel in einem Klassenzimmer und vielleicht einen Lehrer bereitstellen, Integration heißt, auch hier gleichwertiger, gleichberechtigter Partner zu sein trotz gewisser Mängel. Ich möchte mit zwei Beispielen hier doch die Situation etwas näher beleuchten: Diese Geschützte Werkstätte in Spielberg wird in erster Linie für männliche Jugendliche konzipiert sein, aber es gibt auch genauso viele weibliche Behinderte, zum Teil mehrfach Behinderte.

Und wir kennen diese Situation vielleicht aus unserer Tätigkeit als Abgeordnete auf einer anderen Ebene; es ist fast nicht möglich, mehrfach behinderte oder nur körperbehinderte Personen in das öffentliche oder in das private Wirtschaftsleben einzugliedern, teilweise auch mit dem Hinweis, daß der geschützte Arbeitsplatz eine Anstellung in der Wirtschaft verhindern würde, weil der Arbeitgeber diese Person zum Beispiel dann, wenn sie den Anforderungen nicht entspricht, nicht mehr kündigen kann. Leider Gottes, eine gut gemeinte ursprüngliche Idee, die durch unser gesellschaftliches Verhalten in ein für mich nicht ganz verständliches Handeln gekommen ist, so daß die Menschen, die Behinderungen haben, tatsächlich oft überhaupt keinen Arbeitsplatz mehr finden.

Ich habe von zwei Beispielen gesprochen: Ein mehrfach behindertes Mädchen, eigentlich schon eine Frau, 26jährig, ist gegenwärtig in einem öffentlichen Heim mittätig. Sie kann nicht allein arbeiten, selbst Hilfsdienste und Reinigungsdienste schafft sie nicht allein. Sie muß von einer Person angeleitet werden. Ihre Arbeitsmöglichkeit wird mit Ende dieses Jahres auslaufen. Was wird mit der Frau in Zukunft werden? Wird es die öffentliche Hand schaffen, ihr ohne Dienstpostenplan, ohne die Möglichkeit, sie im Dienstpostenplan unterzubringen, Arbeit zu gewähren? Ich frage wirklich auch aus Sorge um diese Menschen. Solche Beispiele gäbe es viele. Ein weiterer Bereich ist, daß ich durchaus Sorge habe für nur Körperbehinderte. Denn viele Bewerbungen, viele Vorstellungsgespräche enden dann, wenn gesehen wird, wie diese junge Frau, weil sie eine Hüftluxation nicht frühzeitig behandelt bekommen hat, geht. Sie ist intelligent, könnte viele Dinge machen, natürlich vorwiegend im sitzenden Bereich. Aber sobald man sieht, wie sie sich selbständig bewegt, ist für sie der Arbeitsplatz nicht mehr verfügbar. Und das sind die Herausforderungen, die über das Budget hinaus für uns alle Gültigkeit haben. Ich hoffe, daß in diesem Sinne die geschützte Werkstätte in Knittelfeld Arbeit für Menschen und Einstieg für Menschen ermöglicht, die sonst keine Möglichkeit hätten, wirkliche Arbeit zu finden. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 16.08 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (16.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Als örtlicher Abgeordneter darf ich mich natürlich besonders darüber freuen, daß es heute zum – wie angekündigt von meinen Vorrednern – einstimmigen Beschluß kommt, der auch seitens des Landtages die 25 Millionen, die die Landesregierung am 16. März diesem Projekt zugeordnet hat, absegnet, nachträglich absegnet, wie ich hier durchaus sagen sollte, weil es ja auf Grund des Regierungsbeschlusses der Verein Geschützte Werkstätte schon auf sich genommen hat, durch eine Voraussubventionierung von 4 Millionen und die Eigenmittel von 4 Millionen den Baubeginn zu wagen, in der Erwartung, daß sich hier die Damen und Herren, die Kollegen und Kolleginnen des Landtages auch zu dem befinden, was der Kollege Weilharter und die Frau Kollegin Pußwald gerade ausgeführt haben, nämlich daß wir einvernehmlich klar sagen, nicht nur

in Sonntagsreden, sondern auch dort, wo es ans Portemonnaie des Landes geht, bekennen wir uns zur Förderung der Behinderten, insbesondere zur Förderung in der Richtung, daß wir ihnen eine Arbeitsmöglichkeit schaffen. Ein herzliches Dankeschön der gesamten Landesregierung für ihren Vorausschluß vom März, insbesondere aber unserem Soziallanderrat, der hier mit dem größten Engagement hinter der Sache war. Herzliches Dankeschön insbesondere im Namen jener etwa 126 behinderten Menschen, die sich schon interessiert haben aus der gesamten Region, für die diese geschützte Werkstätte konzipiert ist, von denen – Frau Kollegin Pußwald hat es angesprochen – etwa ein Drittel natürlich weibliche Behinderte sind, 85 männliche, 41 weibliche sind derzeit gemeldet, 60 davon werden in dieser Geschützten Werkstätte einen Arbeitsplatz für behinderte Menschen vorfinden.

Zwei Anmerkungen noch, weil davon gesprochen wurde: Die Frau Kollegin Pußwald hat zu Recht beklagt, daß es im allgemeinen Wirtschaftsgetriebe schwer oder fast nicht möglich ist, Behinderte zu integrieren. Sie hat den öffentlichen Bereich der Wirtschaft angesprochen. Natürlich, wenn die private Wirtschaft, aber auch die öffentliche Wirtschaft nicht in der Lage sind und es nicht vermögen, ausreichende Arbeitsplätze jenen zur Verfügung zu stellen, um die wir uns zu kümmern haben, dann glaube ich, ist es eine berechnete Aufgabe von uns, eine soziale Aufgabe des Landes, hier einzugreifen und zu sagen, da bauen wir eine Geschützte Werkstätte, dort können wir eine erste Anlaufstelle jenen bieten, die sich auf diesem Weg dann besser integrieren lassen, weil sie dann schon angelernte Leute sind, die etwas verstehen. Ich hoffe, auch diese Sorge bereinigt zu haben. Ich sehe die Geschützte Werkstätte als die notwendige Ergänzung zu den leider viel zu wenig gelungenen Versuchen in der freien Wirtschaft, unsere Behinderten zu integrieren.

Herr Kollege Weilharter hat ein Schreiben der besorgten Handelskammer bekommen wie wir alle. Dieses Schreiben ist an uns gerichtet worden, obwohl der Bundesinnungsmeister jener Gruppe, die sich am meisten Sorgen macht, nämlich der Bautischler, selbst im Gremium der Geschützten Werkstätte als Aufsichtsrat sitzt und dort mitgewirkt hat an jenem Beschluß, der gelautet hat: „Wir bauen in Spielberg eine dritte geschützte Werkstätte in der Steiermark“, weil er wohl auch weiß – ich kann das bestätigen –, daß es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt, zumal ja wir alle wissen, die Unterstützung und die Förderungen sollen eigentlich nur jenen Bereich abdecken – das tun sie auch –, in dem es eben behinderten Menschen schwieriger fällt, entsprechende Leistung zu erbringen. Wir alle wissen, daß das funktioniert. Es gibt keine Wettbewerbsverzerrung. Ich kenne es aus dem Beispiel des sozialen Wohnbaus. Und insbesondere im sozialen Wohnbau sind ja die beiden Geschützten Werkstätten in Graz und Kapfenberg mit ihren Bautischlerwerkstätten tätig. Dort habe ich im Rahmen meiner obersteirischen Wohnbaugenossenschaft seit etwa einem Jahr laufend die Bewerbungen der Geschützten Werkstätten um Aufträge. Und weil wir öffentlich ausschreiben und dazu angehalten sind, nach dem Billigbietersystem zu vergeben, kann ich also mitteilen – ich bedaure es, mitteilen zu müssen –, daß die Geschützte Werkstätte Graz oder Kapfenberg noch nie zum Zug gekommen ist, weil sie ganz einfach im Preis-

bild nicht wettbewerbsverzerrend es günstiger haben, sondern immer noch nicht mitkommen. Augenscheinlich ist die Behinderung derer, die dort tätig sind, doch so stark, daß ein effizientes Leistungsbild noch nicht zustande kommt. Das heißt, diese Sorge ist nicht gegeben. Wir glauben auch nicht, daß sich hier die örtlichen Wirtschaftstreibenden allzu große Sorgen machen müssen. Wir sollten vielmehr gemeinsam dazu beitragen, daß sie Verständnis dafür haben, daß es eine notwendige öffentliche Aufgabe ist, auch diesen Menschen eine Arbeitsstätte anzubieten. Nochmals ein herzliches Dankeschön für den einstimmigen Beschluß namens der Betroffenen und ein herzliches Dankeschön an den Herrn Landesrat Tschernitz. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.15 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 348/1, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung Josef und Floriana Teltscher, 8463 Glanz, Fötschach 118, für das Bauvorhaben Neigerbrücke der L 613, Grenzlandweinstraße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Kowald. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kowald (16.16 Uhr): Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat die Grund- sowie Objektseinelösung Josef und Floriana Teltscher in 8463 Glanz, Fötschach 118, für das Bauvorhaben Neigerbrücke der L 613, Grenzlandweinstraße, unter sinngemäßer Anwendung des Eisenbahnteilungsgesetzes 1954 durchgeführt. Die seitens des gerichtlich beeedeten Sachverständigen Dipl.-Ing. Hans Lukas, Leibnitz, vom 20. März 1992 ermittelte Entschädigung von 2,140.229 Schilling ist angemessen und vertretbar.

Ich stelle daher den Antrag, daß der Hohe Landtag beschließen möge, die Grund- sowie Objektseinelösung Josef und Floriana Teltscher, 8463 Glanz, Fötschach Nr. 118, für das Bauvorhaben Neigerbrücke der L 613, Grenzlandweinstraße, im Betrag von 2,140.229 Schilling zu genehmigen. (16.17 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Antrag des Herrn Berichtstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

6. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 131/2, betreffend eine Novellierung des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (16.18 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die SPÖ-Abgeordneten dieses Hauses haben den Antrag gestellt, die Landesregierung möge eine

Novelle zum Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz vorlegen, die zum Inhalt hat, daß sämtliche Landesrechnungshofberichte dem Hohen Haus zugeleitet werden. Es gibt eine Vorlage der Präsidialabteilung, die von der Regierung als Regierungsvorlage in den Ausschuß gekommen ist, in der die Regierung sagt, daß dies aus Gründen des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses nicht sinnvoll erscheint. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß einzelne Berichte in einem eigenen Verfahren in das Haus gebracht werden können. Da wir die Regierung zu keinem Handeln zwingen können, stelle ich namens des Ausschusses den Antrag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (16.19 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch (16.19 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Flecker hat bei den Beratungen im Ausschuß die Vorlage der Landesregierung als blauäugig bezeichnet. Ich lese in den blauen Augen dieser Vorlage auch viel Verantwortungsbewußtsein der Regierung und Sorge um nicht wiedergutmachende Schäden. Wir Abgeordneten von der Österreichischen Volkspartei nehmen diesen Bericht der Landesregierung heute zur Kenntnis. Ich persönlich könnte mir aber vorstellen, daß der Vorschlag der Antragsteller in unsere Überlegungen hinsichtlich der Erlassung einer neuen Landesverfassung einbezogen wird. Auf Bundesebene ist erst vor wenigen Jahren, nämlich in einer Verfassungsnovelle aus dem Jahr 1988, vorgesehen worden, daß dem Landtag grundsätzlich nicht mehr Vollberichte, sondern Jahresberichte des Rechnungshofes zugeleitet werden. Diese Regelung ist erfolgt, um das Problem der Verletzung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zu bewältigen.

Zunächst ein grundsätzliches Bekenntnis, damit ich nicht mißverstanden werde. Die Kontrolle und die Information der Öffentlichkeit über Kontrollergebnisse gehören für mich zu den tragenden Säulen einer demokratischen Staatsform wie der unseren. Ich sehe diese Säulen in unserem derzeitigen Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz an sich gut abgesichert. Ich glaube aber auch, daß es ein berechtigtes Interesse der betroffenen Betriebe und Unternehmen und auch der dort beschäftigten Mitbürger gibt, daß im Zuge der Behandlung von Prüfberichten keine Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse preisgegeben werden. Der Steiermärkische Landtag hat seinerzeit in der Sorge um die Wahrung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse ganz bewußt ein relativ kompliziertes Verfahren beschlossen, unter welchen Voraussetzungen ein Bericht des Landesrechnungshofes dem Plenum vorzulegen ist und er damit öffentlich wird. Wir sollten daher mit dieser Frage sehr behutsam umgehen und eingehend diskutieren, wie dieses komplizierte Verfahren abgeändert und eventuell vereinfacht werden könnte. Die Diskussion darüber, meine Damen und Herren, und da möchte ich an Sie appellieren, darf nicht nach parteitaktischen oder populistischen Überlegungen geführt werden, sondern muß sich einerseits an dem berechtigten Interesse der Öffentlichkeit an

Kontrolle und Information und andererseits an der Verantwortung gegenüber dem notwendigen Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen orientieren. Hier den richtigen Weg der Balance zu finden ist nicht leicht, ist auch beim besten Willen aller Beteiligten nicht leicht.

Die Erfahrung zeigt uns leider auch, daß Berichte unseres Landesrechnungshofes oft schon zu einem Zeitpunkt in der Presse abgehandelt werden, zu dem sie noch gar nicht bei uns eingelangt sind. Meine Damen und Herren, wir Abgeordneten erfahren aus der Zeitung, was wir im Kontroll-Ausschuß behandeln werden! Der Landesrechnungshofdirektor hat uns zu Beginn der Tätigkeit des Kontroll-Ausschusses in dieser Legislaturperiode glaubhaft versichert, daß die Berichte nicht in die Öffentlichkeit dringen, solange sie nur im Rechnungshof liegen. Erst im Zuge der Verfahren zur Stellungnahme sei die Öffentlichkeit hin und wieder informiert worden, manchmal sogar von den Geprüften selbst. Die frühzeitige Veröffentlichung, meine Damen und Herren, ist eine Vorgangsweise, die wir Abgeordneten uns nicht bieten lassen sollten! Es ist sehr unfair und trägt nicht zu einem guten politischen Klima in diesem Land bei, wenn Rohberichte noch vor dem Vorliegen der Stellungnahme der Betroffenen schon in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dies kann zu einer leichtfertigen Vorverurteilung führen. Der Grundsatz „audiatur et altera pars“ sollte auch für die Politik gelten, nicht nur für die Justiz. Eine Veröffentlichung der Berichte des Landesrechnungshofes bringt sicher viele Vorteile mit sich, wie zum Beispiel eine effektivere Durchsetzung der möglichst raschen Abstellung der kritisierten Mängel. Auf der anderen Seite darf aber nicht übersehen werden, daß die Geprüften gegenüber dem Landesrechnungshof mehr Vertrauen haben und kooperativer sind, wenn sie wissen, daß nicht alles sofort und oft aus dem Zusammenhang gerissen in der Öffentlichkeit breitgetreten wird. Der Landesrechnungshof betont auch immer wieder, daß gerade in diesem Faktor Vertrauen auch eine besondere Effizienz liege. Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, zusammenfassend feststellen: Das Recht, und damit auch das Landes-Verfassungsrecht, ist nichts Statisches, sondern etwas Dynamisches. Das heißt, daß es unsere Aufgabe als Gesetzgeber ist, das Recht abzuändern und den gesellschaftlichen Anforderungen anzupassen, wenn dies erforderlich und zweckmäßig ist. Wenn es sich jedoch um eine so sensible Materie wie im vorliegenden Fall handelt, muß man sehr behutsam an eine Novellierung herantreten. Ich glaube, daß es grundsätzlich sinnvoll ist, das Anliegen der Antragsteller in unsere Beratungen um eine neue Landesverfassung miteinzubinden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 16.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Franz Trampusch.

Abg. Trampusch (16.26 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte mich der Schlußforderung von Frau Kollegin Dr. Karisch gerne anschließen, und zwar, daß wir behutsam, aber doch sehr zielbewußt eine Novellierung dieses Gesetzes im Rahmen der Parteienverhandlungen zur Verfassung selbst herbeiführen müssen.

Ich glaube, wir sollten das nicht nur behutsam machen, sondern auch sehr rasch. Denn die heutige Situation ist wirklich unbefriedigend, und der Bericht hier in der Vorlage ist ja eher eine Umschreibung, eine behutsame Umschreibung des tatsächlichen Zustandes. Aber es kann nicht ganz so sein, wie es drinnen steht. Denn allein, daß man hier im Hohen Haus nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, wenn man wahrheitsgemäß aus dem Rechnungshofbericht zitiert, ist ja nicht der Grund, daß wir diese Berichte nicht in das Haus bekommen, sondern der wahre Grund ist ja, daß man befürchtet, daß eben Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder Datenschutz verletzt werden. Aber auch das wurde gerade vorher gesagt. Wenn wir Abgeordneten aber vorher in den Zeitungen lesen, was dann alles nicht in einem klinisch gereinigten Bericht steht, dann haben wir als Abgeordneten eigentlich eine sehr komische Funktion zu erfüllen.

Wir dürfen über das nicht reden, was wir wissen, und in der Öffentlichkeit schaut das so aus, wir wollen darüber nicht reden. Und das wird dann den Abgeordneten unterstellt, daß sie geflissentlich unangenehme Dinge, die vielleicht in einem Rechnungshofbericht stehen, verschweigen. In Wirklichkeit werden uns diese Unterlagen dann über den Kontroll-Ausschuß hinaus gar nicht zur Verfügung gestellt. Man ist sozusagen darauf angewiesen, daß man täglich Zeitungen liest, um zu wissen, vor allem was in Rohberichten von Rechnungshofberichten steht. Und gerade in den letzten Tagen hat es wieder ein trauriges Beispiel gegeben. Ich weiß nicht, wer alles bombardiert worden ist mit anonymen Anzeigen oder mit der Mitteilung anonymen Anzeigen an den Staatsanwalt im Zusammenhang mit dem Kontrollbericht zur Steiermark-Werbung. Wenn man dann solche Dinge bekommt, dann fragt man sich wirklich, ist da ein Körnchen Wahrheit daran oder ist das frei erfunden? Ich kann es ja nicht beurteilen. Aber dann steht man als Abgeordneter noch viel – wie soll ich das ausdrücken – verunsicherter vor der Tatsache, und da ist es sicher besser, man versucht einmal zu sagen, möglichst viele Berichte des Rechnungshofes in den Landtag, aber möglichst nur so korrigiert, daß man dann, wenn man den Bericht da zur Kenntnis bekommt, auch noch weiß, um was es sich handelt. Sonst brauchen wir überhaupt keine Berichte im Hohen Landtag, wenn das so wie bisher ist, daß dann nichts mehr drinnen steht. Daher glaube ich, müssen wir gemeinsam – da gebe ich recht – behutsam, aber rasch eine Änderung des Gesetzes herbeiführen. Ich sage noch einmal, wir sollten nicht zu sehr dann nur diese Betriebsgeheimnisse und den Datenschutz im Auge haben. Wir müssen als Abgeordnete auch sozusagen das Recht und den Mut haben, auch manche Dinge dann beim Namen zu nennen, vor allem, wenn wir uns auf die Aussagen des Rechnungshofes verlassen, daß sie auch richtig recherchiert und richtig dargestellt sind. Und in dem Sinne wollen wir eine Veränderung herbeiführen, und wir nehmen daher die Vorlage nur insofern zur Kenntnis, daß damit eine weitere Verhandlung in Richtung Verfassungsänderung drinnen ist. Wir nehmen aber nicht zur Kenntnis, daß man aus Angst, daß hier Dinge besprochen werden, die nicht an die Öffentlichkeit gehören, daß man auch in Zukunft nur klinisch reine Berichte liefert. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.28 Uhr.)

Präsident: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (16.28 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Beide Vorredner, in dem Fall Kollegin Dr. Karisch sowie Kollege Trampusch, haben sicherlich auf die Problematik insgesamt des derzeit gültigen Rechnungshofgesetzes und insgesamt auf die Bearbeitungs-, Beratungs- und Behandlungsmethode der Rechnungshofberichte hingewiesen. Beiden Ausführungen kann ich sehr viel abgewinnen, und ich meine auch, daß es nicht Sinn der Kontrolle sein kann, wie es in letzter Zeit allzu oft passiert ist, und ich darf ein paar Jahre zurückgehen – der Kollege Trampusch wird es mir bestätigen –, daß wir insgesamt, ich glaube, in der letzten Legislaturperiode – das betrifft jenen Zeitraum, den ich diesem Haus angehöre –, und meines Wissens war vor 1986 dieses Problem der Vertraulichkeitsverletzung, betreffend die Rechnungshofberichte, schon vorhanden.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich glaube, gerade in diesem Bewußtsein und vor allem in Kenntnis dieser Situation, daß es dieses Problem schon beinahe ein Jahrzehnt, beinahe gleich lang wie den Rechnungshof, gibt, durchzieht, ist Anlaß genug, daß wir insgesamt nachdenken, wie wir diese Problematik in den Griff bekommen. Ich teile aber auch die Meinung, und das ist notwendig, daß wir in erster Linie auf den Datenschutz oder auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse achten, und vor allem der Ausschuß hat ja auch die Möglichkeit, nach Überarbeitung dieser Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Berichte in das Haus zu geben. Hohes Haus, meine Damen und Herren, und das ist der Punkt, wo wir uns nicht ganz treffen, Herr Kollege Trampusch. Es kann nicht sein, daß wir eine Novelle des Rechnungshof-Verfassungsgesetzes anstreben, daß die Berichte ins Haus kommen und im Haus, egal, überzeichnet formuliert, ob datengeschützt oder nicht, sondern im Haus quasi der Landtag zusammensitzt und hier ein Laiengericht abgibt. Ich meine vielmehr, wir müßten da wirklich in intensiven Beratungen vorweg uns bewußt sein, daß der Sinn der Kontrolle nicht sein kann, daß man hier im Haus quasi zu Gericht sitzt, sondern der Sinn der Kontrolle muß sein, daß positive wie auch negative Seiten aufgezeigt werden und in der Folge abgestellt oder geändert werden. Hier wird es notwendig sein, im Zuge dieser Beratungen und im Zuge dieser Verhandlungen, betreffend die Rechnungshof-Verfassungsnovelle, auch darüber nachzudenken, inwieweit daß die geprüften Stellen auf die kritisierten Punkte, auf die Vorwürfe durch den Rechnungshof eingehen und inwieweit die geprüften Abteilungen bereit sind, diese Kritikpunkte zu ändern. Hier wird es auch notwendig sein, daß von seiten der geprüften Abteilungen auch dem Ausschuß über die Kritikpunkte wiederum berichtet wird. Ich meine damit, es ist erforderlich, daß wir auch in das Rechnungshof-Verfassungsgesetz eine sogenannte Konsequenz einbauen, das heißt, daß uns dann wieder berichtet wird, inwieweit man auf die Vorschläge und Kritikpunkte eingegangen ist. Das ist durchaus ein weiterer Aspekt im Zuge dieser ganzen Beratungen. Meine Damen und Herren, ungeachtet der Tatsache, daß in den letzten Wochen

und Tagen vieles den Medien zu entnehmen war, von dem der Ausschuß in keiner Weise informiert war, kann er auch nicht informiert sein, nachdem die Berichte weder dem Ausschuß vermittelt oder übermittelt wurden, sage ich auch dazu, daß diese Verletzung des Datenschutzes durchaus nicht aus den Reihen des Rechnungshofes kommen kann. Das muß man zum Schutze der Beamten im Rechnungshof sagen, denn für niemanden wäre erkennbar, welches Ziel der Rechnungshof damit verfolgen würde. Daher sollte der Rechnungshof auch in der Bearbeitung der Kontrolle darüber nachdenken, daß man selbst ein Kontrollsystem einführt, so daß man den sogenannten Aktenlauf der Berichte nachverfolgen kann. Und meines Wissens, bei jenen Berichten, die in den letzten Wochen in den Medien waren, trifft es eigentlich nur ein paar Regierungsstellen, die diesen Bericht kennen. Ich will jetzt nicht eine Pauschalkritik an der Regierung ausüben und sagen, die Regierung hat ja Interesse daran, sondern ich meine vielmehr, wenn den geprüften Abteilungen und der Regierung bekannt ist, daß Kontrollmechanismen eingebaut sind, so daß der Aktenlauf nachvollziehbar ist, wird sich mancher überlegen, diese Berichte, bevor sie in den Ausschuß kommen, den Medien zuzuspielen. Ich gewinne dieser Methode schon einiges ab, weil gerade in der letzten Zeit ein Bericht in der Zeitung zu lesen war und weil gerade dieser Bericht auch für Emotion innerhalb des Landtages gesorgt hat und, wie ich der Zeitung entnehme, auch damit rechne, im Haus noch einiges an Diskussion verursachen wird. Es betrifft die sogenannte Steiermark-Werbung. Wir haben es den Zeitungen entnommen, daß vieles nach außen gedrungen ist, von dem der Ausschuß noch nicht Kenntnis hat. Ich sage aber dazu, es kann nicht angehen, und sollte es sich herausstellen, daß dieser Aktenlauf vielleicht folgendermaßen vor sich gegangen ist, nämlich nach der Methode „Haltet den Dieb“ oder „Der Brandstifter ist der schnellste Feuerwehrmann“, wir kennen das alle. Ich hoffe nicht, daß dem so ist. Ich melde aber meine Bedenken in diesem Bereich an, daß es auch nicht sein kann, wie der Kollege Vollmann in den letzten Wochen in die Öffentlichkeit gegangen ist ohne Kenntnis dieses Berichtes, gleich vorweg ein Untersuchungs-Ausschuß gefordert wird. Ich sage das sehr bewußt, Kollege Vollmann. Und zwar deshalb: Dadurch wird in der Öffentlichkeit eine Erwartungshaltung geschürt. Jene Damen und Herren, jene Steirerinnen und Steirer, die die Zeitungen und die Medien verfolgen, gehen davon aus, daß man unter Umständen hier eine Verfehlung, hier ein Kriminaldelikt oder was auch immer vorliegt und daß es jetzt so quasi zu diesem Laiengericht – wie ich eingangs erwähnt habe – kommen muß.

Ich meine, wir tun alle als Mitglieder des Kontroll-Ausschusses der Sache nichts Gutes, wenn wir selbst auf solche indiskrete Behandlung der Berichte in den Medien reagieren, sondern wir sollten uns wirklich, wenn wir die Kontrolle ernst nehmen, vorweg im Ausschuß, wenn der Bericht vorliegt, zusammensetzen und dann die Beratungen führen und die Entscheidungen treffen, ob die Notwendigkeit einer weiteren Untersuchung gegeben ist oder nicht. Hohes Haus, meine Damen und Herren. Ich erkenne aber in beiden Wortmeldungen, nämlich von Frau Kollegin Dr. Karisch und Kollegen Trampusch, daß durchaus die Be-

reitschaft gegeben ist, daß wir über das Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz ernstlich nachdenken und daß wir dieses Gesetz novellieren wollen. Ich meine aber, gerade auf Grund der Sensibilität, die es anlässlich der Prüfungen gibt, sollten wir alle, und wir sind damit sicherlich gut beraten, darüber nachdenken, daß wir im Zuge der Verfassungsreformen, die anstehen, daß wir im Zuge dieser Gesamtverhandlungen auch dieses Rechnungshofgesetz mitverhandeln und vor allem nicht in jene Methoden verfallen, daß wir jetzt vorweg, weil in den Medien Berichte waren, partout von heute auf morgen unter Umständen die Novelle fordern, und jene Bereiche, die uns wichtig sind, die könnten wir unter Umständen dabei wieder übersehen, und wir stehen wiederum vor dem Problem. Ich bitte darum im Zuge der Verfassungsreform, daß man selbstverständlich mit allen Fraktionen dieses Hauses diese Rechnungshof-Gesetznovelle mitberät und mitbeschließt. (Beifall bei der FPÖ. – 16.40 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

7. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/7, betreffend die Sicherstellung des Hochwasserschutzes durch zusätzliche Errichtung von Rückhaltebecken mit Mehrfachnutzung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Manfred Ebner.

Abg. Dr. Ebner (16.41 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Über Antrag der Abgeordneten Schinnerl, Glössl, Riebenbauer, Trampusch und Kaufmann beschloß der Steiermärkische Landtag, die Steiermärkische Landesregierung aufzufordern, den Hochwasserschutz im Zuge der Regulierung steirischer Flüsse durch zusätzliche Errichtung von Rückhaltebecken mit Mehrfachnutzung sicherzustellen. Die Steiermärkische Landesregierung erstattet dazu Bericht, in dem sie im wesentlichen mitteilt, daß 38 Hochwasserrückhalteanlagen errichtet wurden, drei sich in Bau und weitere 33 in Planung befinden. Bezüglich der Mehrfachnutzung meint die Landesregierung, daß zwischen Trockenbecken und Grundsee zu unterscheiden sei, wobei Grundseen besonders aus fremdenverkehrswirksamen Gründen erwünscht sind. Es wurden allerdings in den letzten Jahren – die Gründe werden noch angeführt – keine Anlagen mit Grundseen mehr geplant oder ausgeführt. Die Gründe, die dann angeführt werden, sind im wesentlichen ökologische Gründe, weil dies einen zu starken Eingriff in das Ökosystem bedeuten würde, weshalb auch die Landesregierung in ihrer Beantwortung, in ihrem Bericht, von Rückhaltebecken mit Grundseen abrät. Namens des Ausschusses für Umweltschutz und Energie stelle ich den Antrag, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, habe ich zur Kenntnis zu bringen, daß wir für die

Tagesordnungspunkte 7, 8 und 9 dreizehn Redner noch vorgemerkt haben. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kowald. Ich erteile es ihm.

Abg. Kowald (16.42 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Sicherstellung des Hochwasserschutzes im Zusammenhang mit den Rückhaltebecken und der Mehrfachnutzung ist sicherlich auch in den letzten Jahren eine Erkenntnis, der wir uns zu unterwerfen haben. Der starke Hochwasserfluß in den 50er und 60er Jahren hat auch einen starken Schutzwasserbau bewirkt. Flußregulierungen auch mit Schwierigkeiten waren die Folge. Ein hoher Siedlungsbedarf und höherwertige Nutzungsformen der Felder und Böden drängten oft den Schutzwasserbau in einseitige Bauschemen. Es ist dabei aber nicht immer so passiert, daß man das Ziel erreicht hat, nämlich auch den Unterlauf eines Flusses zu schützen. Und in manchen Situationen hat es auch dort Probleme gegeben. Es hat selbstverständlich auch Kritik gebracht, weil es nicht nur Verbesserungen in der Bodenstruktur bewirkte, sondern auch teilweise ökologische Schäden zur Folge hatte. Diese Erkenntnisse brachten auch eine Einschränkung und ein Umdenken innerhalb der Flußtätigkeit bezüglich der Regulierungen. Heute hat das auch eine sehr große ökologische Bedeutung. Das merkt man auch beim Mitteleinsatz für den Flußbau. Waren vor zehn Jahren noch 75 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel für die Flußregulierung eingesetzt worden, so ist heute der Betrag von etwa 25 Prozent nur mehr eingesetzt. Es ist auch in der ganzen Flußregulierung eine Aufgabe, die Hochwasserschadenserhebungen vorzunehmen, die Ufer- und Dammschäden genauso zu bereinigen und in manchen Bereichen auch Vorsorge zu treffen, daß der Fluß in sein ursprüngliches Bett zurückgeführt wird. Ein Faktor zum guten Funktionieren ist auch die Gewässerpflege in Uferbereichen. Hier kommt es immer wieder zu notwendigen Arbeiten, um überhängende Bäume oder auch den entstandenen Bewuchs dementsprechend zu pflegen. Die Erhaltung der Biotope ist eine wichtige Aufgabe, und die Erfahrung hat es gezeigt, daß es auch zu Neuorientierungen kommen muß. Und diese zukunftsorientierte Wasserwirtschaft sieht auch einen passiven Hochwasserschutz vor, der mit natürlichen Rückhaltebecken verbunden ist. Diese verhindern nämlich einen raschen Wasserabfluß, sie reichern das Grundwasser an, erhalten den aquatischen Lebensraum und bringen die Stabilität des Landschaftshaushaltes. Auch kann man erfreulicherweise auf ein Pilotprojekt in Rohr an der Lafnitz in der Nähe von Hartberg zurückblicken, wo in jüngster Zeit über 60 Hektar Flächen angekauft worden sind, um hier ein Beispiel zu setzen, das auch lehrreich für viele andere Projekte sein kann und wird. Es gibt auch die Möglichkeit der Schaffung künstlicher Hochwasserrückhaltebecken. Diese haben in erster Linie die Aufgabe, Siedlungsgebiete zu schützen. Bei diesen Bauvorhaben ist aber auch sehr wichtig, daß man die ökologischen, die ökonomischen wie auch die regionalpolitischen Aspekte berücksichtigt. Es hat auch gezeigt, daß bei solchen Anlagen und Rückhaltebecken gleichen Typs, verschiedenen Ortes verschiedene Wirkungen sichtbar waren und es auch verheerende Auswirkungen in manchen ökologischen Berei-

chen gegeben hat. Die Rückhaltebecken mit Mehrfachnutzung sind sicherlich auch ein Aufgabengebiet der Zukunft. Eine Studie soll über den Wasserbedarf und über die ökologische Form der Wasserbevorratung eine Aussage geben. Die schonende Form des Hochwasserschutzes in Verbindung mit der Nutzwasserbevorratung ist sicherlich auch ein Thema, mit dem wir uns intensiv zu befassen haben. In der Mehrfachnutzung ist sicherlich auch zwischen den Trockenbecken und den Grundseen zu entscheiden und zu unterscheiden. Bei Grundseen wird der Wasserlauf unterbunden – die Fachleute wissen das ohnehin. Aber es gibt hier im besonderen eine Folgewirkung im Staubeereich.

Es ergibt auch eine Zerstörung des Ökologiehaushaltes. Es bringt Nachteile im Geschiebehaushalt. Schotter und Kies sind nicht mehr in der Form in Bewegung, so daß es im Sohlenbereich unterhalb des Beckens zu einem Defizit diesbezüglich kommt. Auch die Räumung und Reinhaltung solcher Staubecken zerstören den Ökohaushalt und brauchen und verlangen Kosten. Unter Umständen ist so etwas nur als Naturschutzgebiet ohne Mehrfachnutzung geeignet. Die Trockenbecken sind hier besser geeignet, in Verbindung dabei mit Schaffung von Wasserflächen im Nebenfluß. Auch das hier hat schon immer Vorteile gebracht, die nicht von jedem kleinen Hochwasser schon beeinträchtigt werden. Genauso sind auch die Dorfteiche in die Wasserbevorratung mit einzuschließen. Hier müßte man dieses Gedankengut und diese Projekte in eine Förderungsstudie miteinbauen. Wenn es auch dort und da Zweifel gibt, dienen sie doch immer wieder auch im Hochwasserfall sowie auch in Dürreperioden zur Wasserentnahme. Sei das jetzt – im heurigen Jahr hat man es gesehen – eine Notwendigkeit in Dürreperioden oder wenn es auch zu Feuerwehreinsätzen oder solche andere Entnahmemöglichkeiten und Bedarfsentnahmen kommt. Im vergangenen Sommer hat es auf Grund der Dürresituation oft genug Schwierigkeiten gegeben, und man hätte es sich nur wünschen können, mehr solche Entnahmemöglichkeiten zu haben. Vielen ist es auch ohnehin bekannt, daß es auf Grund der Wasserknappheit oft nicht immer leicht war, die Spezialkulturen oder andere Kulturen mit Wasser zu versorgen. Es mußten auch Regelungen, Absprachen mit den zuständigen Behörden vorgenommen werden. Ich habe das im Rahmen einer Presseaussendung auch verlangt, daß es eine wasserwirtschaftliche Planungsstudie gibt, die sehr genau zum Ausdruck bringt, wieviel Wasser wir brauchen im Zusammenhang mit der Mehrfachnutzung und dem Hochwasserschutzbau. Positiv ist sicherlich eines auch zu berichten, daß in den letzten Jahren sehr viel unternommen worden ist, in dieser Form weiterzukommen. Ich bin sehr froh darüber, daß die zuständigen Verantwortungsträger und Fachleute sich so intensiv befaßt haben. Und wenn ich diese Zahlen nenne, vor zehn Jahren hatten wir eine Reservevolumenmöglichkeit von 520.000 Kubikmeter, und heute haben wir ein Volumen von 4,7 Millionen im Rückstau und in Reservats zur Verfügung. 38 Rückhaltebecken sind fertig, vier sind im Bau, 35 weitere in Planung. Ich glaube, das kann sich sehen lassen. Und wenn am 4. November die Bauvergabe des Rückhaltebeckens in Lafnitz mit einer Kapazität von 1,6 Millionen Kubikmeter stattfindet, so ist das ein weiterer

Schritt, hier auch dementsprechend was in Bewegung zu bringen. Es ist gut so, daß sich die zuständigen Verantwortungsträger und die Referenten, allen voran die der Fachabteilung III a, auch immer mit den neuesten Erkenntnissen in dieser Richtung befaßt haben und daß man sich auch weiterhin nicht zufriedengeben darf, daß man mit den gesamten Erfahrungen die Neuentwicklung forciert und daß man mit voller Kraft zum Wohle der Natur und der Menschen den gesicherten Schutzbau im Wasserbereich vornimmt. (Allgemeiner Beifall. – 16.51 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (16.52 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann den Jubelbericht nicht unterstützen. Lediglich drei Becken sind im Bau, das ist bescheiden. Im Jahr 1986 haben wir von einem Sonderbauprogramm für Rückhaltebecken gesprochen, und es wurde anerkannt, daß es hier notwendig ist, Maßnahmen zu setzen, um die Versäumnisse, die durch Jahrzehnte vorher geschehen sind, wieder aufzufangen. Es ist notwendig, eine Ökoreparatur durchzuführen. Wir haben Grundwasserabsenkungen, wir haben Auszehrungen der Grundwasserseen, Biotope sind verschwunden und zugeschüttet, die Tierwelt ist beeinträchtigt durch die Trockenlegung. Und diese Dinge müssen repariert werden, wollen wir annähernd für die Zukunft unsere Landschaft erhalten, die Tierwelt erhalten und natürlich auch die Pflanzenwelt. Warum ist das Problem? Diese ganzen Abwasserrennbahnen in den Bereichen, wo wir reguliert haben, bringen eines mit sich, daß das Wasser zwar rasch weg ist, aber wenn es über den „Point of no return“ regnet, dann gibt es einfach einmal Überschwemmung, und das reißend. Wir haben das miterlebt wieder im vergangenen Juni. Es ist zwar ein rascher Abfluß da, aber im Laufe des Jahres sehen wir, daß immer weniger Wasser in den Flüssen ist. Und diese Rückhaltebecken könnten oder sind dafür notwendig, Mensch, Tier und natürlich auch die Umwelt zu schonen. Wo liegt das Problem, daß heute so wenig auf diesem Sektor weitergeht? Es ist klar, am Grundproblem. Das ist das Problem heute, daß man diesen Grund einfach sehr, sehr schwer, wenn nicht gar nicht bekommt. Dort, wo es notwendig ist und wo es von der technischen Seite her richtig ist, sollte man diese Rückhaltebecken anstreben, weil sie den besten Nutzen und den größten Erfolg garantieren. Es ist eine Aufgabe, und es gibt überall Probleme. Und die Probleme müssen gelöst werden. Es müssen die eingesetzten Mittel bestmöglich genutzt werden. Und wenn heute schon der Herr Kollege Kowald gesagt hat, daß es Probleme gibt mit dem Geschiebe, das ist technisch lösbar. Das ist kein Problem. Da ziehe ich den Grundablaß länger durch oder ich baue das Rückhaltebecken in Seitenschluß mit einer ordentlichen technischen Lösung, wo ich das steuern kann. Es ist ja auch sinnvoll, heute im Zeitalter der Technik, daß ich Hochwasserrückhalt technisch steuern kann und natürlich auch bestmöglich nutzen kann. Das ist nicht die Frage. Die Frage ist, ob ich heute Rückhaltebecken haben will und ob ich sie durchsetzen kann. Wenn ich eine Mehrfachnutzung durchführe, und ich muß jedesmal

sagen, beim Gewitter oder bei lang anhaltendem Regen haben wir Wasser, das wir zur Zeit so rasch wie möglich aus dem Land bringen, weil wir alles reguliert haben. Und es ist die Überlegung und die Notwendigkeit nachzudenken, wie wir dieses Wasser zurückhalten können und auch mehrfach nutzen können. Sei es dadurch, daß wir eine Trinkwasserreserve haben, sei es dadurch, daß wir es abarbeiten zu Strom oder, wie auch schon überlegt, für allfällige Bewässerungen. Eines kann nicht gut sein, daß man hier in dem Bericht sagt, es geht nicht, dafür aber die STEWEAG alles machen kann. Ich glaube, das ist ein bißchen zu leicht gesagt und scheint irgendwo ein bißchen die Mauer gegen Kleinkraftwerke zu sein, die man ja auch überlegen muß, wenn man eine flächendeckende sichere und zukunftsorientierte Stromversorgung haben will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Grundbeschaffung ist sicherlich nicht leicht, weil die im Unterlauf Liegenden die Vorteile haben und die im Oberlauf Liegenden meistens die Kosten und Probleme des Baues haben. Daher, wenn man jetzt verschiedene Abwasserverbände hat, wäre es sinnvoll und richtig, wenn die zusammengefaßt würden und gemeinsam hier einen Oberverband bringen könnten, so daß intern hier auch leichter geredet wird und natürlich leichter auch diese Anlagen durchgesetzt werden. Ich bin überzeugt, daß es viele in der Steiermark gibt, die bereit sind, für einen Hochwasserschutz, für ein Rückhaltebecken Grund abzutreten, wenn er selbst die Möglichkeit hat, eine Nutzung dadurch erreichen zu können. Natürlich muß eines im Vordergrund stehen bei dieser Mehrfachnutzung, daß der Naturschutz auf seine Rechnung kommt. Aber dazu gibt es genug Möglichkeiten, die heute technisch durchführbar sind. (Beifall bei der FPÖ. – 16.58 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Das Haus wird immer dünner. Es könnte sein, daß ich die Sitzung unterbrechen muß, damit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Wir haben Landtagssitzung, und keine Kaffeestunde!

8. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 349/1, betreffend die Vorlage eines Umweltschutzberichtes für das Jahr 1991.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Candidus Cortolezis.

Abg. Dr. Cortolezis (16.59 Uhr): Es handelt sich um den Umweltschutzbericht, der auf Grund eines Landtagsbeschlusses seit 1984 jährlich umfangreich, wie es heißt, erstattet werden muß. Auch heuer liegt uns wieder dieser Umweltschutzbericht 1991 vor. Ich stelle den Antrag, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky. Der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky ist nicht hier. Der nächste Redner ist Herr Dipl.-Ing. Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Aushängeschild der steirischen Umweltpolitik, der vorliegende Umweltschutzbericht 1991, ist gelungen. An allererster Stelle ist dafür dem Umweltschutzkoordinator, Herrn Hofrat Rupprecht, sehr herzlich zu danken, der für die Erstellung dieses Berichtes verantwortlich ist. Ihm ist es wohl zu verdanken, daß der Umweltschutzbericht von Transparenz und Offenheit gekennzeichnet ist – manchmal auch für die politisch Verantwortlichen von schonungsloser Offenheit, wenn man den Bericht zu lesen versteht. Zu danken ist aber auch der Vielzahl von Autorinnen und Autoren aus den Fachabteilungen mit Hofrat Hasewend an der Spitze, denen ich hier auf das herzlichste zum 125jährigen Jubiläum der Landesbaudirektion gratulieren möchte. Das aus diesem Anlaß letzte Woche abgehaltene Symposium hat für mich Anlaß zur Hoffnung gegeben, daß sich die Landesbaudirektion zu einem organisatorisch und personell flexiblen Dienstleistungszentrum der öffentlichen Hand entwickelt, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Umwelt- und Naturschutz nach dem Vorsorgeprinzip als wesentlicher Bestandteil ihrer Corporate Identity verstehen.

Meine Damen und Herren, ich habe schon betont, daß ich den Umweltschutzbericht 1991 für recht gut gelungen halte. Allerdings: regionale Umweltpolitik erliegt oft der Versuchung, eine Perspektive der Problemwahrnehmung einzunehmen, die an den Landesgrenzen endet. Gefördert wird diese strukturelle Blindheit auch noch durch technische Hilfsmittel, obwohl diese für ein effizientes Umwelt-Controlling, wie es uns Hofrat Perner und die Fachabteilung Ia vorführen, auch unerlässlich sind. Zu nennen wäre hier etwa das Landesumweltinformationssystem, das LUIS, das zwar in der Lage ist, die Umweltsituation in unserem Land in bezug auf einige Parameter gut wiederzugeben, das aber zugleich den Blick auf überregionale oder globale Zusammenhänge und oft auch den Blick auf die eigentlichen Ursachen von Umweltproblemen verstellt. Ich habe daher versucht, den Umweltschutzbericht 1991 querzulegen – nicht in dem auch oft verwendeten Sinn des oberflächlichen Lesens, sondern in dem Sinn, daß ich versucht habe, die Ergebnisse und Erfolge der steirischen Umweltpolitik in einigen Sachbereichen aus der Perspektive einer an der Lösung globaler Umweltprobleme interessierten Umweltpolitik zu bewerten. Ich würde mich freuen, wenn diese Perspektive in künftigen Umweltschutzberichten zumindest additiv Berücksichtigung finden könnte. Was heißt das nun? Sind wir hier in der Steiermark überhaupt von globalen Umweltproblemen betroffen? Was sind überhaupt politische Maßnahmen zur Lösung globaler Umweltprobleme? Im wesentlichen sind darunter Politiken, also politische Maßnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre zu verstehen. Und hier kann wieder grob in Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht und Maßnahmen zur Verminderung des anthropogenen, also vom Menschen verursachten Treibhauseffektes unterschieden werden. Einen Vorgesmack darauf, was eine durch den Treibhauseffekt bedingte Erwärmung der Erdatmosphäre für die steirischen Bauern und Bäuerinnen heißen kann, haben wir im heurigen Sommer bekommen. Wo muß

mit der Lösung dieser globalen Umweltprobleme angesetzt werden? Manche meinen in Amerika, genauer in den USA, weil dort am ineffizientesten mit fossilen Energieträgern, also Erdöl, Kohle, Gas, den Hauptquellen des Treibhauseffektes, umgegangen wird. Ich meine aber – in Analogie zur Parole des heurigen „steirischen Herbstes“: America is no-where: Es hat keinen Sinn, in dieser Sache politische Verantwortung auf den Kontinent jenseits des großen Teiches abzuwälzen. Man kann die Parole ja auch anders lesen: America is now-here. Wir müssen hier und jetzt anfangen. Der bedeutendste Beitrag zum Treibhauseffekt wird durch den zusätzlichen Ausstoß von Kohlendioxid bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe geleistet. Klimaschutzpolitik heißt also in erster Linie Energiepolitik. Die Steiermark kann hier auf bedeutende Leistungen verweisen. Über 50 Biomassefernwärmenetze, die größte Dichte an Solaranlagen in Österreich; beides aber sind Initiativen zur verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energieträgern, die mit nur spärlicher Förderung durch das Land Steiermark zustande gekommen sind und im wesentlichen privaten Einrichtungen, etwa der ARGE Erneuerbare Energie in Gleisdorf, oder bäuerlichen Initiativen zu verdanken sind. Hier – bei der forcierten Nutzung erneuerbarer Energieträger –, ist auch an die Geothermie, an die Windenergie und an die Photovoltaik zu denken – hier müssen künftig signifikante budgetäre Schwerpunkte gesetzt werden, um rasch über das Stadium der Forschung, wie etwa bei der im Bericht dargestellten Nutzung des Elefantengrases, eigentlich Miscanthus, hinauszukommen. Zwei Fliegen mit einem Schlag könnten etwa mit der Nutzung von Biogas erwirkt werden. Ist doch das aus landwirtschaftlichen Abfällen entweichende Biogas – im wesentlichen handelt es sich um Methan – ein leider sehr potentes Treibhausgas, es ist rund 21mal treibhauswirksamer als CO₂, mit seiner thermischen Nutzung wird es aber zur erneuerbaren Energiequelle. Aber auch gesetzliche Rahmenbedingungen müssen geändert werden, um den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energieträger und insbesondere auch die effizientere Nutzung von Energie zu einer Selbstverständlichkeit werden zu lassen. An erster Stelle ist hier das Wohnbauförderungsgesetz zu nennen, in dessen Rahmen beispielsweise eine Verpflichtung zur weitestgehenden Nutzung von Solarenergie sowie die Normierung einer Höchstgrenze für den Wärmeenergieverbrauch mittels Energiekennzahl vorzusehen ist. Diese Energiekennzahl könnte bei etwa 80 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr liegen, wie dies übrigens auch von den namhaftesten Umweltschutzorganisationen der Steiermark gefordert wird und in der Schweiz bereits geltendes Recht ist. Darüber hinaus sollte im Wohnbauförderungsgesetz eine Kategorie „Niedrigenergiehaus“ oder „Energiesparhaus“ vorgesehen sein, für die ein jährlicher Heizenergiebedarf von maximal 50 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr die Norm ist. Zum Vergleich: Wohnbauten in der Steiermark verbrauchen bis zu 200 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr. Eine derartige Förderungskategorie hat sich beispielsweise in Vorarlberg bereits bestens bewährt. Dort ist im übrigen auch noch ein Punktebewertungssystem eingeführt worden, das erneuerbare Energieträger stark bevorzugt: Damit könnte unter anderem dem in der Steiermark sinkenden Einsatz von Fernwärme, der zu-

nehmenden Verwendung von Erdgas – das als Methan über die mit seiner Gewinnung und seinem Transport verbundenen enormen Verluste beträchtlich zum Treibhauseffekt beiträgt – und der gleichbleibenden Verwendung von Heizöl im geförderten Wohnbau wirksam gegengesteuert werden.

Es sei an dieser Stelle auch auf die sozialpolitische Dimension derartiger Regelungen im Wohnbauförderungsgesetz aufmerksam gemacht; sind es doch mittlerweile auch insbesondere die Betriebskosten, die Wohnungen unerschwinglich machen.

Ein ebenso potentes Instrument der Energiepolitik wäre die Steiermärkische Bauordnung. Ihre Novellierung, die ja im nächsten Jahr ansteht, muß eine deutliche Anhebung der energietechnischen Mindestanforderungen an Gebäude vorsehen.

Als kontraproduktiv sowohl hinsichtlich der Zielerreichung im lokalen und regionalen Umweltschutz als auch hinsichtlich des steirischen Beitrags zum Schutz der Erdatmosphäre muß allerdings die von interessierten Kreisen intendierte Verwässerung der erst kürzlich erlassenen Feuerungsanlagen-Genehmigungsverordnung bezeichnet werden. Wir hoffen, hier mit der Standhaftigkeit des zuständigen Landesrates rechnen zu können.

Zur Umsetzung energiepolitischer Maßnahmen – hier also Maßnahmen zur Verminderung der CO₂-Emissionen – benötigt die Politik aber die energiewirtschaftlichen Profis, also die Energieversorgungsunternehmen, die EVU. Hier wäre es dringend erforderlich, daß die rund 40 EVU – allen voran die landeseigene STEWEAG – einen Schwenk in ihrer Unternehmensphilosophie, in ihrem Unternehmenskonzept vollziehen. Es sollte einem EVU nicht mehr darum gehen, möglichst viel Strom zu verkaufen, sondern das, was der Kunde eigentlich will: eine warme Wohnung, Licht, Kraft, Mobilität. Es geht darum, daß aus Energieversorgungsunternehmen Energiedienstleistungsunternehmen werden, Unternehmen also, die primär Dienstleistungen verkaufen. Nur dann kann es für ein derartiges Unternehmen attraktiv werden, etwa verbesserte Wärmedämmung zu forcieren, mit der die Dienstleistung – also eine warme Wohnung – bei geringerem Heizenergieverbrauch erbracht wird.

Leuchtendes Vorbild bei diesem Umbau eines EVU in ein Energiedienstleistungsunternehmen sind die Feistritzwerke in Gleisdorf. Intensive Energieberatung, finanzielle Unterstützung von Energiesparmaßnahmen, die weitestgehende Ausschöpfung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere Sonnenenergie und Biomasse, und die Nutzung der Chancen zur effizienteren Energienutzung – von Blockheizkraftwerken in Wohnanlagen über betriebliche Kraft-Wärme-Kupplung bis zum Betrieb einer Photovoltaikanlage zum Gratisbetanken von Elektrofahrzeugen: all diese Maßnahmen sind im Unternehmenskonzept der Feistritzwerke verankert.

Das Stichwort „Elektrofahrzeuge“ erlaubt mir, einige Worte zum Verkehr als relevantem Verursacher von Treibhausgasemissionen zu sagen. Hofrat Rupprecht hat in seinem Vorwort völlig recht, wenn er meint, daß „die Lösung der mit der Verkehrsproblematik einhergehenden Umweltbelastungen zu einem Angelpunkt der Umweltpolitik geworden ist“. Umso

mehr enttäuscht es, daß im Umweltbericht über die vom Verkehr verursachten Umweltbelastungen und -schäden sowie über die Gesundheitsbelastungen nahezu kein Aufschluß gegeben wird. Ein eigenes Verkehrskapitel im Umweltschutzbericht wäre der Dimension des Problems durchaus angemessen.

Zunächst: Elektrofahrzeuge sind sicherlich nicht der Angelpunkt zur Lösung der Verkehrsprobleme. Punktuell aber, etwa zur Verminderung der unmittelbaren Belastung von nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmern und Straßenanrainern durch krebserregende Diesel-Lkw-Abgase in Städten und Gemeinden, können etwa Elektrotransporter einen sehr wichtigen Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang seien die Bemühungen des Umweltamtes der Stadt Graz – Projekt „Ökodrive“ sei hier als Stichwort genannt – hervorgehoben. Nicht nur unmittelbare Förderungen sind hier gefragt, Gemeinden und Städte sollten Elektrotransportern auch Nutzungsvorteile im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Straßenverkehr zukommen lassen. Vice versa müssen für dieselbetriebene Lkw verschärfte Rahmenbedingungen geschaffen werden: strengere Abgas- und Lärmemissionsvorschriften sowie verpflichtender Einbau von Rußfiltern, Nachtfahrverbote, Tonnagebeschränkungen, weitgehendes Beförderungsverbot für Gefahrgüter – ich denke hier an den schrecklichen Unfall am Semmering –, um nur einige Möglichkeiten zu nennen.

Diese Maßnahmen werden auch für eine von allen gewünschte Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf die Schiene zweckdienlich sein.

Nur ein kleiner Vergleich: der Gütertransit spielt sich in Österreich zu 64 Prozent auf der Straße ab, in der Schweiz zu über 90 Prozent auf der Schiene.

Doch ich bin hinsichtlich der allmählichen Verlagerung der politischen Aufmerksamkeit vom Straßenbau hin zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs gar nicht mehr so pessimistisch. Allein die Budgetwirklichkeit spricht eine andere Sprache: Auch eine Verdoppelung der im heurigen Jahr für den ÖPNV ausgegebenen 20 Millionen kann nur als Tropfen auf den heißen Stein angesehen werden.

Ein großer Schritt nach vorne wird allerdings sicherlich die im nächsten und übernächsten Jahr erfolgende Einführung der Verkehrsverbunde sein.

Skeptisch werde ich andererseits aber angesichts mancher von der zuständigen Fachabteilung vorgelegten Straßenplanungen, die einer Planungsphilosophie entsprechen, die auch schon vor zehn Jahren nicht mehr modern war. Beispiele gibt 's hier genug: Die leidige B 146 muß immer wieder als Parafall erwähnt werden, ähnliches gilt aber auch für die B 64 bei Albersdorf, die Autobahn bei Pernegg oder die Liebenauer Hauptstraße in Graz.

Unser Umweltanwalt, Hofrat Oswald, kann ein Lied davon singen, wie oft er zur Schadensbegrenzung in Straßenbauangelegenheiten ausrücken muß. An dieser Stelle sei ihm, der seine Leistungen im Umweltschutzbericht eindrucksvoll belegt, für seine bisherige Tätigkeit für die Sache des Umweltschutzes und für die vielen Betroffenen, die sich hilfeschend an ihn wenden, gedankt.

Noch ein Wort zum Verkehrsverbund: Ich bin der Ansicht, daß sich die steirischen Gemeinden und

Städte, analog zum Vorarlberger Modell, über die Bedarfszuweisungen und angepaßt an ihre Finanzkraft an der Finanzierung der Verkehrsverbunde beteiligen sollten. Der Gleisdorfer Bürgermeister hat übrigens gemeint, daß das für ihn eigentlich eine Selbstverständlichkeit sei. Denn einerseits scheint dies ein probates Mittel zur Bewußtmachung der Bedeutung und kommunalen Mitgestaltbarkeit des öffentlichen Verkehrs in den Gemeinden zu sein, und andererseits sollte ein Teil dieser Mittel zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs in den Kommunen wieder in die Gemeinden zurückfließen – wiederum analog zur Vorarlberger Regelung. So könnten Gemeinden – etwa wie Attnang-Puchheim in Oberösterreich – gemeinsam mit der lokalen Wirtschaft Citybusse anschaffen und betreiben, womit eine wichtige Lücke im Netz öffentlicher Verkehrsmittel geschlossen werden könnte.

Abschließend zum Verkehr noch ein Vergleich der Treibhauswirksamkeit verschiedener Verkehrssysteme: der CO₂-Ausstoß von Pkw ist etwa dreimal so groß wie jener der Bahn, beim Flugzeug ist er etwa 13mal so groß. Noch drastischer ist es bei den klassischen Schadstoffen: der liegt bei Pkw etwa 32fach über der Bahn, bei Flugzeugen 79fach; jeweils bezogen auf Personenkilometer.

Besser als Bahn und Bus schneiden eigentlich nur noch Zufußgehen und Radfahren ab: Manche Städte und Gemeinden – an erster Stelle ist hier unsere Landeshauptstadt Graz zu nennen (auch das wird im Umweltschutzbericht dokumentiert) – haben hier bereits Signale in die richtige Richtung gesetzt, auch wenn das kurzfristig und strohfeuerartig manchmal zu Unmut bei Autofahrern führt. Was die Förderung des Radfahrens seitens des Landes Steiermark betrifft, so stellen uns allerdings der Zustand des Murradwanderweges und die Tatsache, daß wir heuer nur 10 Millionen bereit waren zu investieren, statt der benötigten 30 Millionen, kein gutes Zeugnis aus.

Ich komme zur Landwirtschaft als Mitverursacher des Treibhauseffektes: Auf die Rolle von Biogas – also Methan – bin ich bereits kurz eingegangen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind Emissionen von Distickstoffoxid, besser bekannt unter dem Namen Lachgas, das vor allem bei falscher und zuviel Düngung und falscher Bodenbearbeitung entsteht. Den letztlich einzig richtigen Weg weisen hier die Biobauern, die sich einem Verbot der Verwendung von Kunstdünger unterwerfen und eine strenge Flächenbindung des Viehbestandes einhalten.

Dieser Weg sollte – zumindest vom Ansatz her – von möglichst vielen Bäuerinnen und Bauern beschritten werden. Denn wie sieht es jetzt aus, etwa im Leibnitzer Feld?

Es werden in Relation zur Grundstücksfläche viel zu viele Schweine mit Methoden der Intensivtierhaltung gehalten. Hier beginnt bereits das Verhältnis der Bauern zum Tierschutz konflikthaft zu werden. Die Haltung auf Schlitzböden bedingt die Güllewirtschaft, die wiederum für einen Gutteil der massiven Nitratbelastung des Grundwassers und auch – im Verein mit verwendeten Kunstdüngern – für die Kunststoffdioxidemissionen verantwortlich zu machen ist. Gerne vergessen oder nur von Oberradkersburg kommend wahrgenommen werden die Geruchsprobleme, die im Zusammenhang mit der Intensivtierhaltung auftreten.

Die Geruchsproblematik erscheint mir mittlerweile generell als Umweltbelastung eine derartige Bedeutung bekommen zu haben, daß ihr im Umweltschutzbericht des Landes Steiermark ein eigenes Kapitel zu widmen wäre. Den Ammoniakemissionen aus derartigen intensivlandwirtschaftlichen Betrieben wird nunmehr bereits ein beträchtliches gesundheits- und waldschädigendes Potential zugeschrieben.

Die Schweine werden mit Mais ernährt, dessen Anbau und Pflege die Ursache für das Auftreten von Atrazin und anderen Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser und Trinkwasser in nicht mehr tolerierbaren Mengen ist. Schließlich hat die sukzessive Ausweitung der Maisanbauflächen zum Ausräumen der Landschaft und zur Vernichtung einer Vielzahl wertvoller Biotope geführt. Der Konflikt mit den Naturschützern ist vorprogrammiert.

Im Hintergrund steht hier ein dysfunktionales Landwirtschaftsförderungssystem, das noch immer diejenigen belohnt, die am meisten, und das mit industriellen Methoden, produzieren, anstatt über Direktzahlungen Qualität zu fördern beziehungsweise die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern zum Erhalt der Naturlandschaft etwa durch extensive Bewirtschaftung abzugelten.

Ein winziger Lichtblick in diesem Zusammenhang ist unser Biotoperhaltungsprogramm, das mit dem für die Landwirtschaftsförderung lächerlichen Betrag von etwa Millionen Schilling dotiert ist. Das Biotoperhaltungsprogramm findet kurz Erwähnung im Kapitel Natur- und Landschaftsschutz des Umweltschutzberichtes, für das auch Dr. Jörg Steinbach – bis zu seinem tragischen Unfalltod Naturschutzbeauftragter des Landes Steiermark – Mitautor war. Ihm ist es wohl zu verdanken, daß die Anliegen des Naturschutzes in der Steiermark bisher nicht vollends an den Rand gedrängt wurden. In diesem Sinne würde ich es mir wünschen, daß sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin die kämpferische Tradition von Dr. Jörg Steinbach fortsetzt. Der Naturschutz in der Steiermark, der uns, budgetär verglichen mit anderen Bundesländern, am zweitwenigsten wert ist, wird eine derartige Haltung dringend brauchen. Zurück zum treibhausrelevanten Gas Distickstoffoxid, zurück zu meinem Beispiel der Schweinezucht in der südlichen Steiermark. Dieses Beispiel versucht die Komplexität der Zusammenhänge, mit denen wir es in der Umweltpolitik zu tun haben, ein wenig darzustellen. Mit Wasserschongebietsverordnungen wird nun – richtigerweise – die Notbremse gezogen. Auch im landwirtschaftlichen Chemikalienrecht ist vieles in Bewegung gekommen, auch wir werden das Steiermärkische landwirtschaftliche Chemikaliengesetz ändern müssen. Aber mußte es dazu kommen? Wenige Ansätze einer versorgenden landwirtschaftlichen Umweltpolitik oder umweltgerechten Landwirtschaftspolitik werden im Umweltbericht beschrieben. Statt dessen findet man einen seitenlangen Aufsatz über die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Schweinefleisch. Abgesehen davon, daß sich Ernährungsphysiologen darin einig sind, daß die Österreicher und Österreicherinnen deutlich zuviel Fleisch essen, kann dieser Beitrag eigentlich nur als Verhöhnung derer aufgefaßt werden, die um die Umwelt-, Naturschutz- und Tierschutzprobleme in Zusammenhang mit der intensiven Schweinezucht

wissen. Allerdings – und das sei hier doppelt unterstrichen – in der Landwirtschaft sind auch wesentliche positive Ansätze zur Verminderung des Treibhauseffektes erkennbar, durch den Ausbau der Biomasse-nutzung ist ohne weiteres ein Drittel des Energiebedarfes der Steiermark zu decken; in Kooperation mit Energieunternehmen sollte auch verstärkt in die Kraft-Wärme-Kupplung eingestiegen werden. Ein derartiges Projekt existiert bereits in Deutschlandsberg. Ein weiteres treibhausrelevantes Gas, ich habe es in anderen Zusammenhängen schon erwähnt, das Methan, führt mich zur steirischen Abfallpolitik. Methan wird in erheblichen Mengen von Deponien auf Grund der dort ablaufenden Faulungen freigesetzt. Nur wenige Deponien in der Steiermark verfügen über funktionierende Gasbrunnen und eine thermische Nutzung der Deponiegase. Hier besteht also dringender Sanierungsbedarf. Letztlich zielführend ist es allerdings, jene biogenen Abfälle, die die Bildung von Methan verursachen, gar nicht mehr auf die Deponie kommen zu lassen. Mit der in den letzten Jahren forcierten Mülltrennung und insbesondere mit der getrennten Behandlung von Biomüll konnte diesem Ziel schon recht weitgehend entsprochen werden. Es muß als das Verdienst auch von Hofrat Jägerhuber und der Fachabteilung Ic, die die Mülltrennungsaktion des Landes konzipiert haben, bezeichnet werden, wenn es gelungen ist, 1991 die Restmüllmenge auf etwa 200.000 Tonnen zu reduzieren – Tendenz weiter sinkend. Auch Graz wird mit der für Ende 1992 ja vorgeschriebenen getrennten Sammlung von Biomüll auf unter 50.000 Tonnen Restmüll jährlich kommen. Angesichts dieser Zahlen wird es übrigens dringend notwendig sein, die Planungen hinsichtlich der thermischen Restmüllbehandlung, mit der ja vor dem Jahr 2000 kaum zu rechnen sein wird, zu revidieren. Sieht doch etwa die Machbarkeitsstudie, die Feasibility-Study, zu dieser Anlage eine Kapazität von 240.000 Tonnen mit bis zu drei Standorten vor. Die Potentiale der Abfallvermeidung und -trennung wurden somit deutlich unterschätzt. Eine Anlage derartiger Größe würde einen deutlichen Müllsog ausüben, der über die Grenzen unseres Bundeslandes hinauswirken würde und Erfolge bei der Abfallvermeidung und -trennung in Frage stellen würde. Daß auch im Bereich der Abfallvermeidung relevante Erfolge zu erzielen sind, zeigt einerseits die Stadtgemeinde Weiz, die mit einem stark pädagogisch orientierten Projekt sowohl private Haushalte als auch Einzelhändler für einschneidende abfallvermeidende Aktivitäten motivieren konnte. Andererseits belegen Erfahrungen aus anderen Ländern, daß mit der Einrichtung einer Abfallvermeidungs-agentur zur ökologischen Betriebsberatung verblüffend große Potentiale zur Verminderung des zu deponierenden oder zu verbrennenden Abfalls – und gerade der gefährlichen Abfälle – auszuschöpfen sind. Abfallvermeidung ist als erstes Prinzip des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes normiert, hat also oberste Priorität. Ich halte daher die großzügige Förderung von Projekten zur Abfallvermeidung – etwa mit einer der Abfalltrennungsaktion analogen Finanzausstattung mit 100 Millionen Schilling – und die Einrichtung einer Steiermärkischen Abfallvermeidungs-agentur für unverzichtbare Bestandteile unserer Abfallpolitik. Ohne ihre Realisierung werden immer wieder Anlagen zur Abfallbehandlung – von der Abfallsichtung

über die Restmülldeponie bis hin zur thermischen Behandlung von Restmüll – am berechtigten Widerstand der Bürgerinnen und Bürger scheitern. Genährt wird dieser Widerstand von der einseitigen Blindheit und partiellen Untätigkeit der Politik und der Verwaltung – nämlich bei der Abfallvermeidung.

Zurück zum Methan: Dieses Gas wird auch bei der Klärschlammfäulung gebildet. In modernen Kläranlagen wird dieses Methan aufgefangen und deckt im wesentlichen den Energiebedarf der Anlage. Darüber hinaus wird aber – (Abg. Tasch: „Hör bald auf!“) Machen wir schon. Hör ein bisserl zu, dann lernst du etwas. Dir schadet es nicht, glaube ich, schon aus hygienischen Gründen – künftig eine Klärschlammkompostierung nötig sein, wie sie ja auch im Entwurf des Steirischen Klärschlammkonzeptes vorgesehen ist. Bei weiterer Schadstoffentfrachtung der kommunalen Kläranlagen durch beschleunigten Ausbau der betrieblichen Kläranlagen wäre wohl eine weitgehende Nutzung des Kompostes in der Landwirtschaft und im Landschaftsbau möglich. Fälle, wie jener in Feldbach ansässige Betrieb, der den vorgeschriebenen CSB-Wert um fast das Fünffache überschreitet, müßten aber eigentlich schon der Vergangenheit angehören. Auf die Bedeutung einer baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einem Steiermärkischen Abwasserwirtschaftsgesetz möchte ich hier besonders hinweisen.

Auch die Emissionen einer weiteren Gruppe von treibhauswirksamen Gasen, den Fluorchlorkohlenwasserstoffen, kurz FCKW, haben etwas mit Abfallwirtschaftspolitik zu tun. Diese Gase, wie auch ihre chemischen Verwandten, die fluorierten Kohlenwasserstoffe und die chlorierten Kohlenwasserstoffe, haben nicht nur als Treibhausgase Bedeutung für die globale Umwelt, sondern werden zum Teil auch für die Vernichtung der uns vor schädlichen UV-Strahlen schützenden Ozonschicht verantwortlich gemacht. FCKW und FKW kommen nach wie vor in Kühlschränken, Feuerlöschern, Klimaanlage und insbesondere auch in Kunststoffschäumen vor. CKW werden in großen Mengen – trotz erwiesener Giftigkeit und teilweise krebserzeugender Wirkung – zum Beispiel in der Textilreinigung eingesetzt. Über die Textilien selbst gelangt der Großteil dieser Substanzen in die Umwelt. Bezüglich der intensiven Kontrolle von Chemischreinigungen gibt der Umweltschutzbericht detailliert Aufschluß. Abfallwirtschaftlich kann vor allem der rasche Aufbau einer geordneten Entsorgung von Kühlgeräten und FCKW-geschäumten Produkten gefördert werden. Die entsprechende Verordnung der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie dürfte jedenfalls noch nicht alleine hinreichen. Generell und insbesondere bei gewerblichen Verfahren sollte der rasche und vollständige Ausstieg aus der Verwendung halogenierter Kohlenwasserstoffe angestrebt werden. Auf das letzte treibhausrelevante Gas – das bodennahe Ozon – werde ich jetzt nicht mehr näher eingehen, da die Hauptverursacher und die entsprechenden Politiken, also politische Maßnahmen, bereits in anderem Zusammenhang genannt wurden: Hauptverursacher des bodennahen Ozons – je nach Region 60 bis 80 Prozent – ist der motorisierte Individualverkehr als Hauptemittent der Vorläufersubstanzen Stickoxide und Kohlenwasserstoffe. Dem boden-

nahen Ozon wird darüber hinaus – da es aus toxikologischer Sicht der gefährlichste klassische Luftschadstoff ist – von seiten der Umweltpolitik – siehe Ozongesetz – ohnehin einige Aufmerksamkeit gewidmet. So ist es etwa das im erwähnten Gesetz festgelegte Ziel, bis Ende 1996 die Emissionen der Ozonvorläufer-substanzen um 40 Prozent, bis 2007 um 70 Prozent zu reduzieren. Das wird auch im und vom Land Steiermark gewaltige Anstrengungen im Hinblick auf die Verkehrspolitik, aber auch im Hinblick auf große Einzelmitteln von Vorläufersubstanzen, wie etwa dem Chrysler-Werk oder die Zementfabriken in Peggau, erfordern. Soweit mein Versuch, den Steirischen Umweltbericht 1991 querzulesen, also aus der Perspektive globaler Umweltprobleme zu bewerten. Da tun sich schon einige Lücken auf, die, wie ich hoffe, in den nächsten Berichten geschlossen werden. Am deutlichsten erkennbar sind diese Lücken im Bereich Verkehr und Energie, aber auch ein generelles Kapitel zum Schutz der Erdatmosphäre fehlt; möglich wäre natürlich auch, daß alle Autorinnen und Autoren ihre Tätigkeit auch im Lichte des notwendigen Schutzes der Erdatmosphäre sehen und entsprechende Teilkapitel verfassen. Anlaß für eine regelmäßige Berichterstattung zu Beiträgen der Steiermark zum Schutz der Erdatmosphäre könnte auch der Beitritt unseres Bundeslandes zum Klimabündnis Europa–Amazonien sein, zu dem ja ein Dreiparteiantrag des Landtages der Regierung zur Behandlung vorliegt. Mit dem Beitritt zum Klimabündnis, einige Bundesländer und viele österreichische Gemeinden und Städte, etwa auch Graz, Hartberg, Judenburg und Fürstenfeld, sind bereits Mitglied, würde sich die Steiermark zur drastischen Reduktion der Emission treibhausrelevanter Gase verpflichten. Zudem müßte unser Bundesland Anstrengungen zur Rettung der Wetterküche auf der anderen Seite des Globus leisten, nämlich zum Erhalt des Amazonas-Regenwaldes.

Der Ausschluß der Verwendung von Tropenhölzern im Landesbereich, die Vergabe von Mitteln der Wohnbauförderung nur bei Verpflichtung des Förderwerbers, keine Tropenhölzer zu verwenden, und die Höherdotierung der Landesmittel für die Entwicklungszusammenarbeiten wären hier empfehlenswerte Instrumente. Nähere Informationen zum Klimabündnis enthält übrigens ein vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik – ÖIE beigesteuerter Beitrag im hinteren Teil des Umweltschutzberichtes. Meine Damen und Herren, ich konnte in meinen Ausführungen nur einen Teil der offenen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der steirischen Umweltpolitik und mit dem Umweltschutzbericht ergeben, erörtern. Aspekte der Wasser- und Bodenpolitik werde ich bei der Debatte zum nächsten Bodenschutzbericht ansprechen können. Wichtig war mir aber in erster Linie darzustellen, daß die steirische Umweltpolitik sich nunmehr auch verstärkt um eine Einbindung von Bemühungen zur Lösung globaler Umweltprobleme bemühen muß, auch um unmittelbaren Schaden für unsere Steiermark abzuwenden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 17.28 Uhr.)

Präsident: Aus gegebenem Anlaß fühle ich mich verpflichtet, folgendes mitzuteilen: Im Paragraphen 46 Absatz 4 der Geschäftsordnung ist ausdrücklich vorge-

sehen: Nur den Mitgliedern der Landesregierung, sonstigen Regierungsvertretern und den Berichterstattern ist gestattet, schriftlich abgefaßte Vorträge vorzulesen. Die Spontanität des Landtages geht verloren, wenn wir Leitartikel verlesen. Ich lege Wert auf diese Feststellung, denn nur so ist die Spontanität bei jedem Thema gegeben, und ich gehe davon aus, daß jeder Abgeordnete, der sich zu Wort meldet, mit der Materie vertraut ist und auch frei sprechen kann.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

Abg. Alfred Prutsch (17.29 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich werde meine Wortmeldung sehr kurz halten. Das möchte ich gleich zu Beginn sagen. Ich habe den Umweltschutzbericht 1991 durchgeblättert, durchgeschaut, zum Teil gelesen, und ich habe feststellen können, daß hier ein Nachschlagewerk geschaffen wurde für uns Verantwortungsträger, das vom Inhaltlichen her hervorragend ist, welches man als Verantwortungsträger jederzeit gebrauchen kann. Ich möchte dem zuständigen Umweltlandesrat Erich Pörtl herzlich danken und der ganzen Beamtenschaft für die Erarbeitung dieses Umweltschutzberichtes. Daß auf dem Umweltschutzsektor das Land Steiermark eine gewisse Vorreiterrolle gespielt hat bis dato und daß diese auch fortgesetzt wird, das beweist auch immer wieder unser Landesrat Erich Pörtl bei seinen Auftritten in Fragen des Umweltschutzes mit seinen klaren Aussagen. Indem über das Abwasser so viel in Punkt 3 unserer Tagesordnung gesprochen worden ist, kann ich mir bei meiner Wortmeldung einige Dinge ersparen, trotzdem möchte ich aus meiner Sicht zum Abwasserbereich Stellung beziehen, weil ich doch auch betroffen bin als Landbürgermeister einer ländlichen Gemeinde. Auch aus dem Bericht 1991 geht hervor, daß 300 Millionen Schilling in der Steiermark in Kläranlagen verbaut wurden und 1200 Millionen in Kanalanlagen. Ich glaube, daß hier die Mittel vom Land und auch aus dem Umweltwasserwirtschaftsfonds richtig eingesetzt worden sind. Daher müssen diese Verhandlungen wirklich so geführt werden, daß hier das Land und die Gemeinden in keiner Weise benachteiligt sind in der Zukunft. Erfreulich ist es, und ich darf hier auch meinen Bezirk ansprechen, der Bezirk Radkersburg ist zwar erst zu 40 Prozent entsorgt, aber daß alle Gemeinden des Bezirkes baureife Projekte vorliegen haben, aber durch die Diskussion und durch die Verunsicherung der Fondsmittel eigentlich Bauverzögerungen eintreten. Trotzdem ist es erfreulich, daß es unserer Umweltministerin gelungen ist, für die nächste Sitzung 11,6 Milliarden Schilling flüssigzumachen, das heißt, nach den alten Richtlinien des Fonds sind auch steirische Gemeinden dabei und auch Gemeinden aus meinem Bezirk, die eben mit der Zusicherung der Mittel rechnen können. All die Diskussionen, die draußen bei uns in den Landgemeinden auftreten, Anschlußpflicht ja oder nein, Anschlußverpflichtung für die Landwirtschaft ja oder nein, ich glaube, hier möchte ich schon ein Wort als Bürgermeister sagen. Ich kann es mir nicht vorstellen, daß im dicht verbauten Gebiet welche Ausnahmen gemacht werden können, weil es auch in der Umsetzung nicht möglich ist, draußen für uns alle Gemeindeverantwortliche. Man

kann nicht zwei Gruppen von Bürgern schaffen. Ich glaube, es ist sinnvoller, daß man für die Streulagen wirklich nach Möglichkeiten sucht und Alternativprojekte erarbeitet. Hier ist auch wieder unser Herr Landesrat wirklich am Drücker, daß solche Projekte dann in weiterer Folge gefördert werden können. Ich glaube, zum Schluß kommend, möchte ich eines sagen. Die Gemeinden müssen auch in der Zukunft in der Lage sein, dem Umweltschutz gerecht zu werden. Diese Umweltgesetze bringen auch eines mit sich, daß der Bürgermeister sehr oft mit einem Fuß im Gefängnis ist, und ich glaube, das ist nicht angenehm. Man will selbst gewisse Dinge umsetzen, und das muß auch den Gemeinden möglich gemacht werden. Für mich ist klar, es wird nicht ohne gesetzliche Maßnahmen gehen. In Streulagen wird man sicherlich andere Abwassersysteme finden.

Ich komme zum Schluß. Ich glaube, wenn wir einiges umsetzen können von dem, was wir heute diskutiert haben, dann sind wir auf dem richtigen Weg, und dann wird der Umweltschutzbericht der nächsten Jahre noch positiver aussehen. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 17.35 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ebner.

Abg. Dr. Ebner (17.36 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Kollege Getzinger, ich glaube, das ist Ihr Umweltschutzbericht, der hier liegengeblieben ist, ich darf Ihnen herzeigen, es kennt ihn ja jeder, er ist immerhin sehr dick, ein sehr umfassender Bericht, und darf mich auch dem Dank des Kollegen Getzinger anschließen, der das ja schon sehr gut gemacht hat, und darf auch gleich allen, denen er gedankt hat, auch danken für diesen Bericht. Ich darf aber auch dem Kollegen Getzinger danken, er hat ja fast einen so umfassenden Bericht, wie dieser Bericht hier ist, abgelegt, und es hätte sich sein Bericht mehr Aufmerksamkeit verdient. Ich glaube, das sollte man auch hier einmal sagen.

Zum Teil ist dieser Bericht Aufzählung von durchgeführten Vorhaben, zum Teil ein Zustandsbericht, aber es werden auch die Ziele nicht außer acht gelassen, in welche Richtung es hier gehen soll. Wenn ich nur denke, es ist ein großes Kapitel hier auch der Abfallwirtschaft gewidmet. Hier drinnen steht, daß wir zirka 240.000 Tonnen Restmüll haben, und das Ziel ist 195.000 Tonnen. Ich glaube doch, daß die Aktionen, die hier auch von Landesseite gesetzt wurden, doch auch gegriffen haben. Vom Vorgänger des Herrn Landesrates Pörtl, Schaller, mit dem Motto „Müll getrennt – Happyend“, muß man zugestehen – auch immer wieder von uns gefordert –, daß einiges geschehen ist und auch weitergeführt wird. Und Landesrat Pörtl läuft ja jetzt mit dem Motto „Klug entscheiden – Müll vermeiden“, wobei hier die Kompetenzen des Landes wesentlich geringer sind und man eigentlich nur an die Hausfrau appellieren kann und mit Informationen arbeiten kann.

Was uns die Verpackungsverordnung bringen wird, ich glaube, das kann man heute noch nicht abschätzen. Aber sei es wie es sei, unterm Strich, auch wenn es noch soviel bringt, Kollege Getzinger ist auch schon darauf eingegangen, irgendein Restmüll wird uns

immer übrigbleiben, und derzeit wird dieser Restmüll eben auf die Deponie, also nach Vermeidung und Trennung, Verwertung und Kompostierung, gekarrt, wobei die Abfallwirtschaftsverbände mit der Durchsetzung dieser Deponiestandorte, wir sehen es in der Praxis, in den meisten Fällen überfordert sind, weshalb wir jetzt in Parteienverhandlungen sind. Ich glaube nicht, daß ich hier aus der Schule plaudere, über die Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz, daß hier mehr Kompetenzen wieder an das Land gehen. Über 100.000 Kubikmeter Deponievolumen geht die Kompetenz an das Land, wobei wir uns nichts vormachen sollten, das haben wir auch immer gesagt und behauptet, und das stellt sich immer mehr als richtig heraus, eine Deponie, wo zwar Restmüll abgelagert wird, aber kein inerter Restmüll, wie das so schön heißt, ist und bleibt eine Notlösung und kann nicht die Zukunft darstellen, weil im Endeffekt doch die Schadstoffe in der Umwelt bleiben. Und Kollege Getzinger ist auf die Deponiegasproblematik eingegangen. Neue Deponien werden nur mehr errichtet mit einer Deponiegaserfassung. Wir haben nicht nur neue Deponien. Und dennoch, auch wenn ich das mache, das Deponiegas wird nie zu 100 Prozent erfassbar sein. Es ist eben eine Deponie, in der die unterschiedlichsten chemischen Reaktionen ablaufen, nicht so beherrschbar, wie eben eine Fabrik oder sonstige Techniken beherrschbar sind. Das Problem bei der Deponie ist natürlich auch, neben der Ausgasung von Deponiegas, in dem, wie es so schön heißt, alles drinnen ist, was Gott verboten hat. Man kann ja heute schon praktisch alles nachweisen in diesen Deponiegasstoffen. Aber ein weiteres Problem ist die Nachsorge bei den Sickerwässern insbesondere. Das heißt, unser Ziel muß es sein, und international geht es ja in diese Richtung, nur mehr sogenanntes inertes Material abzulagern, das heißt also, nicht mehr auslaugbares Material durch Wasser oder Säuren oder ähnliches. Wir müssen also die Schadstoffe insgesamt aus der Umwelt herausbringen, sie stabilisieren, und nicht über Deponiegas, über Sickerwasser, möglicherweise auch über Kompost oder andere Dinge oder Klärschlamm, wie Kollege Getzinger angeschnitten hat, wiederum in die Umwelt bringen. Kompost, Klärschlamm und die Dinge kann ich machen, wenn das Ausgangsmaterial bereits wenig schadstoffbelastet ist, was ja auch versucht wird. Und ich darf hier Prof. Tabasaran zitieren, der gesagt hat, es muß die sogenannte Senke für die Schadstoffe gefunden werden, wobei ich ihm auch durchaus darin folge, daß es mir völlig gleich ist, wie diese sogenannte Senke für die Schadstoffe gefunden wird. Derzeit ist es eben einmal nur die Müllverbrennung, die dem Stand der Technik entspricht. Und ich habe heute vom Kollegen Getzinger doch auch das grundsätzliche Bekenntnis zur Müllverbrennung gehört. Und ich gebe Ihnen durchaus recht, daß man das nicht zu groß anlegen darf, weil eben die Probleme der Sogwirkung auftauchen könnten, habe allerdings, wenn ich richtig die Artikel gelesen habe oder sie richtig zitiert wurden, im Sommer eine gänzliche Absage der Müllverbrennung gelesen. Das mag sein, daß ich das falsch gelesen habe, oder es hat sich die Meinung wieder geändert. Insgesamt wird man eben auch die Müllverbrennung forcieren müssen. Dazu muß man eben einen optimalen Standort suchen. Und damit ist ja die AVG beauftragt, und das ist derzeit im laufen. Aber in diesem

Zusammenhang sind wir bei den Verhandlungen auch in eine Diskussion geraten über die Schaffung einer Abfallgesellschaft, Abfallverwertungsgesellschaft, wie auch immer das dann lauten soll, eine Gesellschaft des Landes, wobei man das meiner Meinung nach von der Seite aufrollen müßte, welche Aufgabe könnte so eine Gesellschaft haben. Meiner Meinung nach könnte so eine Gesellschaft nur die Aufgabe haben, private Entsorger und Verwerter in ihren Bemühungen zu unterstützen. Die Probleme der Verwerter sind einmal in erster Linie, woher bekomme ich ausreichende Mengen zur Verwertung, und was mache ich dann mit den Reststoffen. Und hier könnte ich mir durchaus vorstellen, daß eine Abfallverwertungsgesellschaft, eine Art Abfallbörse, eingerichtet wird mit einer Annahmeverpflichtung für die Reststoffe, die bei den Verwertern wieder anfallen. Als Rückgrat dieser Abfallverwertungsgesellschaft könnte durchaus eine zu errichtende Müllverbrennungsanlage dienen. Allerdings bin ich auch hier der Meinung, daß diese Gesellschaft die Müllverbrennungsanlage nicht errichten und nicht betreiben soll, soll jedoch für das Land Eigentümer und Auftraggeber sein. Betreiber muß ganz im Gegenteil dazu der Errichter sein, denn nur so wird gewährleistet sein, daß der Errichter auch tatsächlich eine ordentliche Müllverbrennungsanlage hinstellt, wenn er verpflichtet ist, sie auch nach den strengen Umweltvorschriften zu betreiben. Ich darf jedenfalls ÖVP und SPÖ ersuchen, in diese Richtung weiter nachzudenken, wie wir hier eine Lösung finden können. Wir werden ja sicher bei den kommenden Verhandlungen noch weiter diskutieren über diese Angelegenheiten.

Aber eines muß ich schon auch noch sagen: Man darf auch die Betriebe hier nicht ganz im Regen stehen lassen und nicht vergessen. Ich habe hier die „Kleine Zeitung“ vom 15. Juli 1992, und was hier geschrieben wird, ist eigentlich nicht sehr schmeichelhaft, wenn ich mir die Schlagzeile ansehe: „Steirer sind Schlußlicht bei den Umweltausgaben“. Das ist sicherlich nicht etwas besonders Erfreuliches. Das heißt, das kann ja wohl nicht nur die öffentlichen Ausgaben für den Umweltschutz betreffen, weil ich glaube, die halten sich so in etwa wie in den anderen Bundesländern, sondern es kann ja wohl nur die Ausgaben der Betriebe für Umweltschutz betreffen. Und damit hier Anregung geschaffen wird, sind meiner Meinung nach Strafen und Vorschriften zuwenig, sondern es müßte vielmehr Hilfe angeboten werden. Und es hat Kollege Getzinger schon eine Abfallvermeidungsgesellschaft oder -beratung, oder irgendwie haben Sie es genannt, eingegangen. Ich bin allerdings der Meinung, daß nach dem Modell Graz Ökoprofit diese Beratung weitergehend sein sollte als nur Abfall. Ich nehme an, Sie haben es nur vergessen. Wir haben ja schon öfter darüber gesprochen. Jede Emissionsminderung, die man durch eine ökologische Betriebsberatung erreichen kann, ist wertvoll für die Umwelt. Daß es beim Abfall natürlich besonders leicht ist, hier etwas zu machen, ist klar, weil das, was hinten als Abfall anfällt, habe ich vorne als Rohstoff irgendwann einmal teuer gekauft. Und das Prinzip des Projektes Ökoprofit ist ja dem Untertitel zu entnehmen, „Umweltschutz aus Eigennutz“, das heißt Umweltinvestitionen, die sich rechnen. Es findet sich in diesem Umweltschutzbericht auch ein Teil über dieses Projekt Ökoprofit. Allerdings liegen natürlich noch keine Ergebnisse auf. Es ist immerhin

der 91er Bericht auf Seite 350, wer nachlesen möchte. Die Erfolge dieses Projektes, das aus einer Zusammenarbeit zwischen Umweltamt, Technischer Universität und den Betrieben resultiert, kann sich jedenfalls sehen lassen. Ich will nur einen Fall herausnehmen, und zwar den Fall der Firma, und ich glaube, man sollte hier auch den Namen nennen, der Firma Salis & Braunstein. Das ist immerhin ein Kfz-Betrieb mit fast einer Milliarde Schilling Umsatz, wie man den Berichten entnehmen kann. Ein Beispiel: Beim Lackieren wurden einfach nur Niederdruckspritzen eingesetzt, keine sehr hohe Investition – sie rentiert sich innerhalb weniger Monate, weniger Lack, weniger Emissionen, die in die Luft gehen, und weniger Abfall in Form von sehr teuer zu entsorgenden Lackschlämmen. Der Gewinn, der daraus entstanden ist, ist ein Gewinn für die Umwelt und für den Betrieb. Jetzt wird sich jeder sagen, zum Kuckuck noch einmal, das sind doch gescheite Leute auch bei Salis & Braunstein. Wieso sind die nicht schon selbst längst auf die Idee gekommen und haben sich eine neue Spritzpistole angeschafft?

Aber es ist offenbar doch so, daß Umweltschutz in den Betrieben und bei den Betriebsführungen einen negativen Beigeschmack hat. Ich habe sogar öfters den Eindruck, wenn man sagt Umweltinvestitionen, stellt schon jeder, auf Deutsch gesagt, die Haare auf und sagt, das kostet mich nur etwas, und es bringt mir nichts. Und auch in diese Richtung ist das Projekt Ökoprofit ein sehr wertvolles Projekt, weil es auch geeignet ist, die Einstellung zu Umweltinvestitionen zu ändern.

Ein weiterer Punkt auch beim Salis: Klimaanlage, die Kühlflüssigkeit aus den Klimaanlagen, ein großes Problem, wie wir alle wissen. 100prozentiges Recycling. Es geht aber weiter. Dieses Projekt verselbständigt sich bereits, so daß – wie Herr Braunstein erzählt hat – bereits Opel Deutschland angefragt hat, General Motors angefragt hat und es in allen Betrieben der Opel-Kette und General-Motors-Kette weitergehen soll und eingeführt wird, und er selbst versucht, ein Bremsflüssigkeitsrecycling zu machen, da fallen ja nicht so große Mengen an, möglicherweise für alle Opel-Werkstätten Österreichs. Man sieht also, es gibt durchaus positive Beispiele, wo man im Sinne eines kooperativen Umweltschutzes sehr viel weiterbringen kann. Es waren natürlich Umweltinvestitionen, die nicht nur dort getätigt worden sind, es waren ja noch etliche andere Betriebe auch der Druckereibranche hier beteiligt, die ebenfalls Umweltinvestitionen gesetzt haben, die sich alle innerhalb kürzester Zeit gerechnet haben. Und manchmal habe ich den Eindruck, daß der Prophet im eigenen Land nichts gilt, weil immerhin Anfragen wirklich aus der ganzen Welt gekommen sind, und zwar von den USA, von der EPA, von der Amerikanischen Umweltbehörde sowieso, von der UNO über Australien bis nach China sogar Anfragen gekommen sind, sie hätten gerne diese Broschüre, dieses Handbuch würde ich sagen, zugeschickt mit einem Videofilm. Also ein Projekt, das offenbar im Ausland wesentlich mehr Beachtung findet als im Inland. Ich habe aber doch die Hoffnung, daß die Betriebe hier einsteigen werden, weil eigentlich jeder Betrieb, dem man dieses Projekt und dieses System erklärt, eigentlich sagt, das ist etwas Interessantes, arbeiten wir doch auch zusammen, versuchen wir es

auch bei mir, und legt auch völlig die Scheu vor sogenannten Behörden ab, mit denen er bisher im Umweltschutzbereich meist überhaupt nur über Strafen zu tun gehabt hat. Ich darf vorschlagen und weiß mich da sicherlich mit Kollegen Getzinger einig, daß das Land dieses Projekt aufgreift, aber bitte auch einmal mit der Stadt Graz in diese Richtung Gespräche führt, die ja hier die Vorarbeiten und die Vorfinanzierungen geleistet hat. Und wenn dieses Projekt steiermarkweit wirklich verwirklicht wird mit den steirischen Betrieben gemeinsam, dann bin ich durchaus zuversichtlich, daß wir nächstes Jahr, Herr Landesrat Pöttl, so einen Artikel wie „Steirer sind Schlußlicht bei den Umweltschutzausgaben“ nicht mehr lesen können. Ich würde es mir wünschen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.50 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (17.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Im Rahmen der Debatte zum Umweltschutzbericht des Landes Steiermark möchte ich auf eine Entwicklung hinweisen, die in unserem Lande wirklich einen sehr positiven Weg macht, und zwar im Bereich der Luftgüte und im Bereich der Ozonbelastung. Der Steirische Landesenergieplan hat vier Schwerpunkte. Ich sage sie nur in Schlagworten:

Erstens: Ausländische Energieträger sollen durch heimische ersetzt werden, damit wir in Krisenzeiten weniger abhängig sind. Zweitens: Ersatz nicht erneuerbarer Energie durch erneuerbare Energie. Die Steiermark ist ein Waldland. Wir haben sehr viele Wälder. Dazu gibt es noch Energiewälder, und wir könnten zum Beispiel auch Energiegras einsetzen. Drittens: Die Erhöhung der Versorgungssicherheit im Bereich der Energie. Durch größere Streuung der Energieträger und weniger Abhängigkeit vom Öl, sprich von den Ölscheichs. Viertens: Die Erhöhung der Versorgungssicherheit durch größere Flexibilität des Energiesystems. Errichtung von dezentralen Energieverorgungs- und -verteileranlagen.

Durch Errichtung von Biomassenahwärmenetzen kommen wir in der Steiermark den Vorstellungen des Landesenergieplanes sehr, sehr entgegen. Zugleich muß positiv erwähnt werden, daß die in den letzten Jahren mit moderner Technologie entstandenen Biomasseheizwerke eine erhebliche Entlastung der lokalen Emissions- und Immissionsverhältnisse gebracht haben. Die Steiermark hat in diesem Bereich eine sehr zukunftsweisende Bewegung mitgemacht. Von 1984 bis 1992 wurden in der Steiermark 52 Biomassenahwärmenetze errichtet mit einer Leistung von 1 bis 5 Kilowatt und in Hartberg eines mit 20 Kilowatt. Ich glaube, daß wir an dieser Stelle auch einmal der Steirischen Landwirtschaftskammer und insbesondere Herrn Dipl.-Ing. Plank für seinen intensiven Einsatz und für seinen Pioniergeist in dieser Sache Dank sagen müssen. Bei keiner dieser Anlagen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, gibt es Probleme, bei keiner dieser Anlagen mangelt es an Brennstoff, wie manche geglaubt haben, oder bei keiner dieser Anlagen gibt es eine Betriebsunsicherheit. Das Entschei-

dende bei diesen Anlagen ist, daß diese Anlagen mit Holz beheizt werden und daß Heizen mit Holz nichts anderes heißt als heizen mit dem Kreislauf der Natur. Deshalb bin ich wirklich sehr froh, daß es diese positive Entwicklung in unserem Lande gibt. Ich bin froh, daß es Menschen gibt mit Risiko, die bereit waren, im Sinne eines Pioniergeistes solche Heizwerke zu errichten. Ich bin froh, und ich bin dankbar, daß es Menschen gibt in der Steiermark, die bereit sind, für die Umwelt etwas zu tun, die bereit sind, an solche Fernwärmenetze anzuschließen, obwohl wir alle genau wissen, daß dies manchmal teurer ist als das herkömmliche Heizen mit Öl oder mit fossiler Energie. Ich kann nur hoffen, daß diese positive Entwicklung weitergeht und daß wir auch in der Steiermark in Zukunft noch mehr erneuerbare Energien einsetzen werden. Ich bin überzeugt, daß wir alle, die wir hier in der Landstube sitzen, unseren Teil dazu beitragen müssen, wenn wir an die Zukunft unserer Kinder denken.

Ich möchte aber auch ganz kurz ein Zweites ansprechen, und der Herr Kollege Vollmann hat mich eigentlich dazu ermutigt. Er hat heute gesagt, in unserem Verlangen sind wir maßlos, wenn es um die Ausgaben geht, die andere bezahlen müssen. Ich habe heute hier zufällig einen Antrag gesehen, Nummer 372/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl und Trampusch, betreffend Solarförderung. Wir alle in der Steiermark sind froh, daß es die Förderung für die Solarenergieanlagen gibt, und wir sind glücklich darüber. Ich bin auch froh, daß es die Richtlinien gibt, die wir derzeit haben. Ich bin aber etwas unglücklich, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß ich hier lesen muß, neben anderen Förderungsvoraussetzungen soll der Zuschuß nur dann gewährt werden, wenn die jeweilige Gemeinde einen mindestens gleich hohen Zuschuß gewährt. So steht es hier, und es ist euer Antrag, es wird wohl stimmen, was hier steht. Ich finde das als eine Bevormundung der Gemeinden. Man nimmt ihnen die Freiheit weg. Man nimmt den Bürgermeistern und den Gemeinderäten die Freiheit. Ich weiß, daß es für große Gemeinden, wie Graz, Bruck, Kapfenberg, Leoben und so weiter, kein Problem ist. Dort haben wir ja das Geld. Aber ich weiß auch, daß dies für Landgemeinden, die finanziell sehr belastet sind, nicht einfach ist. Ich kann nur hoffen, daß dieser Antrag vielleicht doch nicht durchgeht, daß man den Gemeinden die Freiheit und die Entscheidungskraft läßt, daß sie selbst bestimmen und beschließen können, welchen Zuschuß sie zur Solarenergie geben. Das wäre mein Wunsch. Das möchte ich zu diesem Thema noch dazugesagt haben. Danke für das Zuhören. (Beifall bei der ÖVP. – 17.58 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (17.58 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Als ich vorher den Kollegen Ebner hier reden gehört habe, habe ich geglaubt, ich erkenne ihn nicht wieder. Ich habe ihn vor kurzem miterlebt vor Ort. Mit vor Ort meine ich im Ghart-Wald, wo eine Deponie errichtet werden soll. Und ich habe auch dort den Abgeordneten Trampusch miterlebt. Nachdem er nicht da ist,

werde ich mich mit ihm nicht beschäftigen. Aber der Kollege Ebner hat sich zur Wort gemeldet. (Abg. Vollmann: „Er ist draußen!“) Jetzt ist er nicht da im Haus, und er kann sich nicht wehren. Hier ist er nicht im Haus. Für mich ist der Landtag hier herinnen im Sitzungssaal, und nicht draußen. Aber das ist nicht mein Problem.

Wir sind die Mitte, und die rechte Reichshälfte ist auch noch vertreten. Aber ich möchte jetzt zum Bericht, zur Sache kommen und mich hier vor allem mit dem Kapitel Abfallwirtschaft beschäftigen, weil es vorher bei einigen Vorrednern angeklungen ist, als ob jetzt eine große Änderung durch die Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes kommen würde. Dem möchte ich schon entgegenhalten, daß sich das Abfallwirtschaftsgesetz in der jetzigen Fassung sehr wohl bewährt hat und daß es dann, wenn es darum geht, und das ist ja immer dann die entscheidende Frage, Depo-niestandorte durchzusetzen, die Prinzipien, die wir jetzt haben, sehr wohl die richtigen waren. Nämlich, daß man versucht, dezentral im Bezirk die Entscheidungen zu finden. Das Land hat sich ja in den letzten Jahren in keiner Form hier von der Verantwortung abgemeldet. Das Gegenteil ist der Fall. Mit 1. Februar 1991 ist das Referat für Abfallwirtschaft in eine Fachabteilung umgewandelt worden, und es ist auch so, daß hier die Unterstützung für die Gemeinden, für die Abfallwirtschaftsverbände, eine sehr massive ist. Und ich glaube, daß die Umsetzung der Grundsätze und der Ziele des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes gelungen ist und daß man sagen kann, daß Landesrat Schaller mit seiner Philosophie recht behalten hat und daß Landesrat Pörtl jetzt bei der Umsetzung auch mit diesem Gesetz noch vor der Novelle vieles weitergebracht hat. Es ist hier sicherlich schon vieles gelungen, trotzdem, wenn man sich die Bilanzen anschaut, brauchen wir, und da stimme ich mit meinen Vorrednern überein, Restmülldeponien. Die Reduzierung des Hausmüllaufkommens in der Steiermark von 329.000 Tonnen im Jahr 1987 auf 246.000 Tonnen im Jahr 1990 kann sich sehen lassen. Einzelne Bezirke, wie Hartberg, Leibnitz und Feldbach, erreichten eine Reduktion von 40 bis 60 Prozent. Steiermarkweit konnte der Hausmüll immerhin um 25 Prozent reduziert werden, was zur Folge hat, daß wir spätestens im Jahr 1995 das im Ökoprogramm 2000 prognostizierte Ziel, das bis zum Jahr 2000 erreicht hätte werden sollen, nämlich eine Reduktion des Hausmüllaufkommens um 50 Prozent, erreichen werden können. Wir sind auch bei der getrennten Sammlung von Biomüll führend und haben hier die Kompostierung bis 31. Dezember dieses Jahres dann verpflichtend vorgeschrieben, während der Bund erst mit 1. Juni 1994 diese Verpflichtung österreichweit einführen wird. Und jetzt komme ich zu dem Punkt, der mich wirklich im Bereich der Abfallwirtschaft stört. Während hier noch sachlich gesprochen wird, ist es dann halt leider so, wenn man dann vor Ort agiert, daß sich das dann völlig anders anhört. Und hier möchte ich das konkrete Beispiel von meinem Heimatbezirk Hartberg nennen: Wir konnten das Pro-Kopf-Müllaufkommen von 277 Kilogramm im Jahr 1987 auf 102,9 Kilogramm im Jahr 1991 senken. Sie haben richtig gehört, von 277 Kilogramm auf 102,9 Kilogramm. Das ist sicherlich eine enorme Leistung. Trotzdem brauchen wir eine Restmülldeponie, und wir können nicht immer und

ewig beim Bürgermeister von Frohnleiten anklopfen, um dort unsere Abfälle zu deponieren. Es sind daher die Bezirksverantwortlichen bei uns einhellig für die Errichtung einer Restmülldeponie eingetreten. Wir haben fünf Jahre hindurch diskutiert, verhandelt, untersucht, Bürgerinitiativen immer miteingebunden, und die Verfahren sind positiv ausgegangen. Und dann ist man einmal bei dem Punkt, wo man entscheiden muß, wo der Bau in Angriff genommen werden muß. Und wenn dann ein FPÖ-Abgeordneter, der heute hier schon am Rednerpult gestanden ist, auftritt und dort vor versammelter Menge glaubt, noch Öl ins Feuer gießen zu müssen, einen Baustopp fordert, einen Untersuchungs-Ausschuß fordert – ich wüßte nicht, was zu untersuchen wäre, ich wüßte auch nicht, warum ein Bau, wenn alle Verfahren positiv ausgegangen sind, gestoppt werden sollte, dann finde ich das einfach für unfair und für einen Schritt, der niemandem weiterhilft. Und es war heute auch wieder so, im Landtag wird halbwegs sachlich geredet, aber dann, wenn man vor den Gegnern steht, dann wird massiv mitgeschrien. Wir verstehen Verantwortung zu tragen anders. (Abg. Weilharter: „Du schaust in den Spiegel!“) Nein, ich schaue jetzt in keinen Spiegel, Kollege Weilharter. Ich möchte dir nur eines sagen: Ich habe immer gesagt, und da war der Abgeordnete Trampusch schon dabei, und ich war damals der einzige vor ein paar Jahren, der für die Umsetzung dieses Standortes war, wenn ich auch von allen ausgepiffen worden bin, wenn die Verfahren positiv ausgehen, bin ich für Restmülldeponien. Und ich kann nicht hier sagen, wie auch der Kollege Ebner es gesagt hat, wir brauchen Restmülldeponien. Aber wenn man dann so weit ist und eine errichten möchte, dann ist man immer gegen diejenige. So werden wir nicht weiterkommen. Und das finde ich nicht richtig, wenn hier seitens Ihres Kollegen so agiert wird. Zwei Jahre vorher war der Abgeordnete Rader noch vor Ort. Diesmal war er auch eingeladen, aber er konnte nicht mehr für die FPÖ sprechen. So hat Ebner eben seine Rolle übernommen. Das war genau der Tag, an dem er nicht mehr können hat. Wenn er noch immer für die FPÖ sprechen kann, Klubobmann Vesko, Sie werden das besser wissen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Dort hat er noch können! Das überlassen Sie uns!“) Ich habe gesagt für die FPÖ. Gut, wenn der Abgeordnete Rader noch für die FPÖ sprechen kann. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Für die FPÖ schon!“) Aber er hat das anders begründet. Also er kann es doch nicht mehr. So ist es. Also haben es doch Sie in der Hand, was Abgeordneter Rader kann. Darum ist es mir gegangen. Was ich sagen wollte und worum es mir geht: Ich finde es einfach für den verkehrten Weg, wenn man Verantwortung in der Abfallpolitik so versteht, daß man sie einfach immer beim politischen Gegner deponiert, und nicht selbst bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Ich bin darüber sehr froh, daß Landesrat Pörtl gerade bei uns versucht, nicht nur mit den Befürwortern, was sicherlich das einfachere ist, im Gespräch zu bleiben, sondern vor allem auch mit den Gegnern der Deponie im Gespräch ist. Denn das Leben muß in einem Dorf auch dann weitergehen, wenn eine Deponie errichtet wird, und wir sind nach wie vor bemüht, auch im Ort, in dem die Deponie errichtet wird, am Standort, eine breitestmögliche Akzeptanz für diese Entscheidung zu finden. Kurzbesuche von Oppositionspolitikern, die viel Staub auf-

wirbeln und dann wieder abheben, werden uns hier von unserem Weg sicherlich nicht abbringen. Ich glaube aber trotzdem, daß Abgeordneter Wabl von den Grün-Alternativen und Abgeordneter Ebner niemandem etwas Gutes tun, wenn sie ihre Show abziehen. Sie erschweren nur denjenigen, die die Arbeit machen müssen, ihr Tun. Und das ist schade. Ich glaube, die Abfallwirtschaft sollte von Sach- und nicht von Parteipolitik geprägt sein. Und schön wäre es, würden alle das beherzigen, was Landesrat Erich Pörtl im Umweltschutzbericht 1991 diesem Bericht vorangestellt hat, und mit diesem Satz möchte ich schließen. Er hat hier gemeint: „Umweltpolitik wird von allen Regierungsmitgliedern mitgetragen. Sie geht über alle Parteigrenzen hinaus, denn das Wohl der Steirerinnen und Steirer steht im Mittelpunkt unserer Bestrebungen.“ Vielleicht können sich das alle Abgeordneten dieses Hauses zu Herzen nehmen. (Beifall bei der ÖVP. - 18.07 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Kinsky (18.07 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Wenn ich mich zum Umweltschutzbericht 1991 zu Wort melde, dann tue ich das als einer, der das Gefühl hat, ein kleines Mosaiksteinchen als Mensch zu sein, der in einem großen Mosaikgefüge der Natur versucht, für sich und seine Familie das Leben zu erwirtschaften, und andererseits sich bewußt ist, daß er dieses Stück Natur von seinen Vorfahren übernommen hat mit dem Auftrag, es auch gleich, wie er es erhalten hat, an seine Nachkommenschaft weiterzugeben. Wenn ich in unserer Natur stehe, wenn ich in meinen Wald hineingehe und wenn ich in die Wälder gehe des Landes Steiermark, was ich als Interessenvertreter für die Forstwirtschaft auch zu tun habe, dann frage ich mich: Was sagt mir diese Natur zur Umwelt? Sie sagt mir zunächst einmal ein Danke für all das, was in den letzten Jahren für die Natur geschehen ist und damit für den Menschen. Und hier ist sicherlich österreichweit ein Danke dem Umweltministerium zu sagen und landesweit ein Danke dem zuständigen Regierungsmitglied deswegen, weil es gelungen ist, die Schwefeloxidausstöße auch in der Steiermark in den letzten fünf Jahren beachtlich zu senken, wo wir wissen, daß gerade dieser Stoff für unsere Natur besonders gefährlich ist. Bei all dem Positiven, so glaube ich, sind die Natur und der Mensch durchaus dankbar für das auch, was man heute hier gehört hat, nämlich, daß Naturschutz außerhalb parteipolitischen Streits steht, daß durchaus positive Ansätze gesehen werden. Nur möchte ich zwei Dinge auch sagen über das, was der Herr Abgeordnete Getzinger gesagt hat, wobei ich in vielen Dingen, die er gesagt hat, mit ihm einer Meinung bin. Nur eines möchte ich doch bemerken: Herr Abgeordneter Getzinger, ich glaube, man kann von den Bauern nicht mehr verlangen, daß - wenn sie den Handelsdünger für ihre Produktion verwenden - sie eine zusätzliche Umweltabgabe zu leisten haben, denn ich muß feststellen, daß kein Wirtschaftszweig für irgendein Produktionsmittel so viele Steuern zu zahlen hat und Abgaben zu zahlen hat wie die Bauern für den Handelsdünger. Und so sehr ich jede biologische Landwirt-

schaft für sinnvoll halte und unterstütze, aber ohne Handelsdünger wird es in Zukunft auch nicht gehen.

Ein Zweites: Wenn man den Naturschutz betrachtet, so möchte ich bei aller positiven Einstellung zum Naturschutz davor warnen, daß Naturschützer glauben, daß sie in Zukunft bestimmen können, was alles auf den Betrieben draußen, in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft zu geschehen hat. Wenn dem Eigentümer nicht mehr gestattet wird, frei zu wirtschaften, dann sehe ich für die Zukunft eines freien Bauerntums schwarz. Meine Damen und Herren, ich glaube, man müßte darangehen, sich zu überlegen, daß kein Landwirt so blöd sein wird, wenn er erkennt, daß er Fehler begangen hat in der Natur, daß dieser sagen wird: „Ist mir egal, diese Sünde begehe ich weiter.“ Weil wenn der Landwirt seinen Boden, der die Grundlage seiner Produktion ist, zunichte macht, zahlt er als erster drauf. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das, was jetzt Ackerland ist, wird in kurzer Zeit Industriegebiet sein!“) Noch ein Wort zum Abgeordneten Getzinger: Was ich wirklich nicht verstehen kann: Sie haben länger ausgeführt Ihre Sorgen über den Verkehr. Wobei ich durchaus Ihre Meinung teile, daß der Lastenverkehr mehr auf die Schiene gestellt werden soll und so weiter. Wenn ich aber in meinem Bezirk Weiz folgendes feststelle: Durch 15 Jahre kämpfen wir um eine ordnungsgemäße Verkehrsentlastung der Bezirkshauptstadt Weiz zur Autobahn, 15 Jahre! Endlich sind wir soweit, daß wir eine Trasse haben, die Finanzierung gesichert ist und der Bau begonnen werden kann. Und dann gibt es, obwohl die jetzt bekannte Trasse drei Jahre bekannt ist, kurz vor Baubeginn eine Gruppe, die sich widersetzt, und Sie stellen sich vor die Gruppe, dann - glauben Sie mir - hat kein Mensch in all den Ortschaften, die dort zu wohnen haben, ein Verständnis dafür, denn von der Umweltfrage her ist es unzumutbar, was diese Leute tagtäglich an Abgasen zu schlucken haben.

Die Variante, die die propagieren, die haben wir vor zwölf Jahren schon gespielt, nur würde das bedeuten: Einen Durchschnitt durch wertvollstes Ackerland, es würde wertvollste Natur zunichte gemacht werden, weit mehr als bei der jetzigen Trasse, die entlang vom Bahngleis geht. Also das geht ungefähr in die gleiche Richtung wie bei Lopatka mit seiner Mülldeponie. Wenn man dann im entscheidenden Moment gegen alles ist, dann fügt man der Natur nur Schaden zu.

Abschließend noch ein Gedanke. Ich glaube, wenn wir hier auch in der Steiermark über Naturschutz der Zukunft reden, dann muß uns klar sein, vor allem, was die Güte unserer Luft betrifft, wir werden das in der Steiermark allein und auch österreichweit niemals regeln können, denn Schadstoffe in der Luft bleiben selten an Grenzen stehen. Und schon aus diesem Grunde scheint es mir auch eine der unabdingbaren Notwendigkeiten zu sein, in den EG-Raum hineinzugehen, die gute Gesetzgebung, die wir an sich schon haben, dort weiter zu propagieren und für die Zukunft mitbestimmen zu können. Denn eines ist sicher: Wir erleben auch im heurigen Jahr, speziell im heurigen Jahr, die Tatsache, daß wir noch die letzten zwei Jahre gesagt haben, unsere steirischen und österreichischen Wälder schauen eigentlich ganz gut aus, besser wie vier Jahre zuvor. Aber wir haben von seiten der Forstwirtschaft immer dazu betont, daß das sicherlich dar-

auf zurückzuführen ist, daß wir einen sehr guten und gleichmäßig verteilten Niederschlag hätten. In diesem Jahr müssen wir feststellen, daß wir vor der größten – ich übertreibe nicht – Katastrophe in unseren österreichischen Wäldern stehen. Wir müssen heuer nach den derzeitigen Schätzungen allein in der Steiermark rechnen, daß wir 300.000 Festmeter Käferbefall haben, österreichweit wahrscheinlich 3 bis 4 Millionen Festmeter. Und weiter, im Raum München 1,5 Millionen Festmeter, in der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland derzeit 15 Millionen Festmeter, und dieses Käferholz stößt auf einen Markt, der sowieso derzeit auf Grund von Währungsproblematiken und Wirtschaftsproblematiken am Zusammenbrechen ist. Aber nicht nur, daß es wirtschaftlich enormen Schaden bringt, wir alle wissen nicht, wie das im Frühjahr ausschauen wird, und wir müssen uns bewußt sein, daß unsere Natur nach wie vor einem solchen Umweltschrei ausgesetzt ist, daß sie extremen Witterungsbedingungen, wie sie heuer im Sommer waren, nicht standhalten kann. Infolgedessen muß unsere Zukunftsvision sein – hier hänge ich mich durchaus an die beiden Worte, die im Inhaltsverzeichnis sowohl von Landesrat Pörtl wie von Landesrat Schmid stehen, an – Landesrat Pörtl sagt: „Aus Problemen Chancen entwickeln“, Landesrat Schmid erklärt: „Es steht weiterhin viel Arbeit an“ – wir müssen weiterhin die Umweltproblematik für uns alle ernst nehmen. Wir sollten nicht glauben, daß wir sie in der Steiermark allein lösen können, sondern das ist ein kontinentales Problem, und wir sollten mithelfen, daß im gesamten Kontinent die Natur wieder rein und sauber wird zum Nutzen unserer Nachkommen. (Allgemeiner Beifall. – 18.15 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zum Schlußwort erteile ich dem Herrn Landesrat Pörtl das Wort. Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Pörtl (18.15 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich muß ganz offen sagen, ich bin auch schon relativ lange in diesem Haus, und die Umweltdebatte war meistens eine wüste Schlacht in der Schuldzuweisung. Wir haben also – ich möchte das fast behaupten – durch eine sehr kluge und systematische Arbeit in der Philosophie nach dem Motto „Global denken – lokal handeln“ Betroffenheit ausgelöst. Wir haben hier schon Diskussionen über das Waldsterben gehabt, wo die einen gesagt haben, die Hirsche sind schuld, und die anderen, ein trockenes Jahr ist schuld. Und die nächsten haben wieder andere Meinungen vertreten. Die Zeiten sind Gott sei Dank vorbei, und es schaut so aus, daß in Wahrheit der Apfel langsam wirklich reif wird. Es braucht seine Zeit. Ich muß mich auch herzlich bedanken bei allen Debattenrednern, wo es natürlich einen jeden juckt, vielleicht ist doch etwas zu finden, einen kleinen Deuter muß man ja im Parlament anbringen, das gehört ja direkt zur demokratischen Kultur. (Abg. Gennaro: „Bei uns heißen nicht alle Hirschmann!“) Tu dir nichts an, du bist sehr begabt auf diesem Gebiet. Also, da habe ich keine Probleme. Wenn es dich juckt, bringst du es sicher an!

Ich glaube, daß wirklich vor allem auch zum Teil sehr kluge und verantwortungsbewußte, sogar wissenschaftliche Beiträge dabei sind. Wenn ich den Herrn

Dipl.-Ing. Getzinger wirklich zitiere – ich will dem Präsidenten hier nichts dreinreden –, das bekommt man nur mit dem exakten Herunterlesen. Das kriegt man nur mit dem exakten Ablesen herunter, weil man da genau sieht, welches Konzentrat, das hier drinnen ist, an sehr konsequenten und konkreten Vorschlägen. Ich glaube daher, daß wir diese Anregungen wirklich auch aufnehmen sollen, soweit das möglich ist. Ich glaube, daß dieser Umweltschutzbericht in Wahrheit diese Stimmung massiv mitgetragen hat, das heißt, permanent Bilanz, permanent ein Ruckerl nach. Das ist so ähnlich wie bei einer Seilwinde, oder momentan sind wir beim Pressen dabei, bei einem Oberdruck. Wieder ein paar Drücker machen und wieder ein paar Drücker, damit wir doch in Wahrheit vor allem das erreichen, was uns alle im Grunde so bewegt. Generell kann man behaupten: Der wesentlichste Teil in der Frage der Umweltpolitik ist in Wahrheit die Energie- und auch die Wirtschafts- und Agrarpolitik. Wenn man das in einer vernetzten Verbindung sieht, so ist das eigentlich eine der entscheidendsten Fragen, daß wir alle Möglichkeiten der Energiegewinnung in allen Bereichen versuchen müssen. Dipl.-Ing. Getzinger hat das Problem mit dem Biogas angesprochen. Wir haben einige Anläufe hinter uns. Wir kommen dort einfach mit der Wirtschaftlichkeit nicht über die Runden. Das ist eine dramatische Situation. Ich war damals noch Präsident der Landwirtschaftskammer, und es gab wieder einen neuen Versuch. Wir sind wieder abgestürzt mit dieser Frage. Wir haben vor kurzem in der TKV so eine Anlage gesehen, die funktioniert. Aber dort ist ein ganz anderer finanzieller Hintergrund und ein ganz anderes Gaspotential dahinter. Was aber sehr entscheidend ist, ist der Umstand, daß wir jetzt in die Umsetzphase kommen. Hier gibt es sicherlich einige Vorschläge, wo man sicherlich überlegen muß, die Sparvariante nach Energieplan zu forcieren. Wir haben exakte Ergebnisse, wo uns die Energieberatung beweist, 25 Prozent Einsparung. Wir haben zwei Gemeinden, in Obdach und in St. Peter ob Judenburg, wo jetzt überprüft wird. Diese Einsparungsvariante ist die größte Keule. Hier dürfen wir uns nicht irritieren lassen. Da gibt es nach unserer Auffassung vor allem Möglichkeiten, wo man vor allem unternehmerisch agieren könnte. Ich könnte mir wirklich vorstellen, daß sich die E-Werke mit dieser Materie exakt beschäftigen. Das muß ja kein Verlust sein. Das ist ja ein ganz entscheidender Bereich, der heute hier gar nicht angesprochen wurde. Wir haben zum Teil, ich will da nicht ausklinken und ausweichen, Energieverbrauchssteigerungen bei sinkender Bevölkerungszahl durch die Singlehaushalte. In der Endkonsequenz ist, glaube ich, sehr entscheidend, daß es in allen Bereichen bis hin zum Verkehr einschneidende Maßnahmen geben könnte. Das heißt, Individualverkehr, regional 100, 200 Kilometer maximal, dann der Bahnverkehr und gleich darauf, erst ab 500 oder 800 Kilometer, darf das Flugzeug aufsteigen, wenn man vor allem weiß, welche Belastung diese verschiedenen Verkehrsmittel konkret verursachen. Wir sind bereits bei der Budgetvorbereitung. Ich muß ganz ehrlich sagen, wenn ich nach der Debatte wieder zusammenzähle, was ich alles wieder neu tun soll als Umweltlandesrat, und ich wandere dann zu Landesrat Ressel, da schaut es nicht gut aus. Das heißt, wir werden in dieser Frage vor allem auch die Prioritäten setzen müssen. Nach meiner

Überzeugung müssen wir aufpassen, daß wir die Schritte nicht zu weit setzen. Wenn ich den Maisanbau in der Umweltkomponente betrachte, maximal 75 Prozent darf ich anbauen, dann ist es der Versuch der tragbaren Kompromisse. Ich glaube daher, daß wir selbstverständlich Biotopprogramme brauchen. Aber ich kann vom Bauern nicht verlangen, daß er das auf seine Kosten macht. Er brennt ja jetzt schon Länge mal Breite, wenn ich an die Düngemittelabgabe denke. Hier sind wir einfach nicht in der Lage, und wenn, dann ist das ein öffentliches Interesse, und das ist leider die Dramatik, daß solche Dinge vor allem sehr viel vom Markt her eine Abhängigkeit haben.

Es ist die thermische Verwertung angesprochen worden. Ich will hier keinen beschimpfen. Aber ich bin mir nicht sicher, ob wir nicht unter uns auch so etwas haben. Ich glaube, wir haben so viele thermische Anlagen in der Steiermark, daß uns der Schiach angeht, was da im Kuchlherd und im Zentralheizungsherd alles thermisch verwertet wird. Bitte, da möchte ich auch an das Umweltgewissen anknüpfen, weil manche Reduzierungsprozente hauen mich nicht um. Da möchte ich nur ein bisserl genauer nachschauen, wo sich das auf einmal von heute auf morgen auflöst. Daher glaube ich schon, daß man keinesfalls 240.000-Tonnen-Geschichten braucht. Ich glaube, dort läßt sich einiges mit der Vermeidungsstrategie machen. Die Verpackungsverordnung ist eine mutige Entscheidung, wo vor allem die Wirtschaft genauso, wie vor allem die Umweltministerin gesagt hat, 1. Oktober 1993, machen wir den Sprung, daß wir oben sozusagen einmal zudrücken, damit wir nicht unten auf den Müllhäufen dann draufsitzen. Ich glaube aber auch, und das möchte ich unter allen Umständen anbringen, daß wir jetzt momentan eine Phase haben, Herr Dr. Ebner hat das angesprochen, wo wir vor allem mit der Wirtschaft ganz konkrete Sparten- und Branchenkonzepte machen. Ich war vor kurzem bei der Innungsversammlung der steirischen Maler. Wir haben dort ein Förderungsmodell mit den Vertretern und auch mit den Malermeistern abgesprochen, wo verschiedene Lacke, Lösungsmittel praktisch nicht weggeschüttet werden oder in die Verbrennung kommen, sondern in die Wiederaufbereitung kommen und effiziente wirtschaftliche Vorteile, ähnlich nach dem Modell, wie es im Kfz-Bereich ist, heraus schauen. Die Kfz-Branche hat bereits ein Branchenkonzept, und es geht steiermarkweit und österreichweit durch ihre Betriebe. Der Abgeordnete Prutsch hat vor allem die Abwassergeschichte angesprochen. Ich muß ganz offen sagen, ich will aber heute nichts verlängern, wir haben ja einige Duelle, der Chibidziura macht mich hier öfter heiß, wenn ich ihn anschau, weil ich genau weiß, daß er die Regenwurmtaktik macht. Er sagt, es soll dort schon ein Kanal sein, wo verdichtetes Gebiet ist, aber wo das verdichtete Gebiet ist, da ist oft überall nicht verdichtetes Gebiet, und er ist oft sozusagen der Hoffnungswecker, daß man alles so klein, small is beautiful, so schön gemütlich, macht. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das muß man einmal festlegen!“) Nein, ich fange jetzt keinen Streit an mit dir. Ich möchte dich einmal auf frischer Tat ertappen. Ich habe nur viel zu wenig Zeit dafür, daß ich dich einmal erwischen könnte draußen im freien Gelände. Ich weiß schon, daß du schnell einen Applaus bekommst. Aber mit der Zeit komme ich auch dran. Ich habe da schon einiges

mitgemacht. Ich glaube aber trotzdem - (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Da sind dann die richtigen zwei beisammen!“) das gehört ja dazu, ein wenig Würze und Spritzigkeit gehört dazu in der Abwasserwirtschaft, ich habe heute schon einmal eine Anfragebeantwortung, die fast zu lang war, muß es auf Grund der neuen Herausforderung ländlicher Raum das Ausreizen aller Möglichkeiten geben. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Darum geht es mir!“) Unter uns geredet, das heißt, keine „-ismen“, sondern locker bleiben. Und nach diesem Prinzip werden wir das auch machen. Unsere Fachbeamten gehen da mit. Wir müssen aber auch die Sachverständigen mitbringen. Es hilft nichts. Die lassen sich nicht einsperren. Da kann man machen, was man will. Es muß ein überzeugendes Ergebnis kommen und will das hier nicht verkünden. Der Dr. Korber - sonst ist er ein wenig hitzig - versteht auf diesem Gebiet etwas. Ich hoffe, daß er wirklich so gut ist, wie er es uns hier laufend erklärt hat, daß er uns sagen kann, wo die Ursachen sind, daß einige Wurzelraumsorgansanlagen nicht so funktionieren. Das muß er uns wirklich sagen können. Und dann müssen wir sozusagen dieses Kapitel abschließen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wir müssen zu einem Speisezetteln kommen, aus dem jeder sofort weiß, was los ist!“) Ja, da nehme ich dich gleich als Gendarm, dann bin ich gespannt, wie es dir dabei geht. So sicher bin ich da nicht, daß du einen Speisezettel auch noch vorschreiben läßt, weil was ich weiß, liebste du die Freiheit über alles, sogar deine Bewegung soll auch aus dem Holz geschnitzt sein.

Was die Standorte betrifft: Dr. Lopatka, wir haben einmal einige solche Matches miteinander gemacht. Natürlich gehen da dem einen oder anderen Abgeordneten die Sicherungen durch. Ich kann mir vorstellen, im Ghart-Wald sind dem Dr. Ebner wieder die Sicherungen durchgebrannt, die vielen Leute, da hat er sich gedacht, zum Schluß gehen sie uns an, und hat gemeint, tun wir doch noch ein wenig prüfen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Die anderen haben die Watschen bekommen!“) Ja, ja, ich bin so als Blitzableiter zur Verfügung gewesen. Das ist auch eine Frage, daß irgendwann bitte die Glaubwürdigkeit auch gemessen wird. Das ist nicht mit „robuster Hundling“ oder irgend so etwas zu verbinden, sondern irgendwann, wenn alles klar da ist, dann können wir so nur mehr zusammen weinen alle miteinander vor jedem Problem. Es muß eben das jetzt durchgestanden werden, aber auf menschlich-solider Basis. Ich glaube daher beim Abfallwirtschaftsgesetz, es ändert sich nichts, was ich in den Verhandlungen gesagt habe. (Abg. Vollmann: „Dazu möchte ich sagen: Ich bin froh, daß du erkannt hast, daß wir seinerzeit recht gehabt haben, daß das Land und nicht die Gemeinden die Verantwortung übernimmt!“) Gerade habe ich auf das kommen wollen. Eine Superidee! Karlheinz, jetzt haben wir das nicht, und trotzdem: am Erzberg fangen wir an, in Judenburg eröffnen wir, in Knittelfeld erweitern wir, in Hartberg bauen wir, in Lindegg haben wir Option. Die Landesverantwortung wird uns nicht retten, weil die Watschen bekomme ich so jetzt auch schon draußen im Ghart-Wald. Das war ja der Hauptgrund dieser ganzen Überlegung. Das ist schon so weit, da kommst du nicht aus. Die entscheidende Frage ist die Frage der gläsernen Deponie so quasi, daß ich einen Vorlauf in der Sortierung, in der Sichtung habe, daß ich sogar die

Chance habe, fraktionell zuzugreifen, denn in zehn Jahren könnte es vielleicht eine Technologie geben, mit der ich Plastikabfälle verschiedener Mischung als wertvollen Rohstoff nutzen oder thermisch sozusagen wiederverwerten kann. Die Welt wird ja nach 20 Jahren nicht untergehen. Wir werden ja in 200 Jahren vielleicht auch noch Standorte brauchen, wo wir Restabfälle hinbekommen.

Ich muß mich jetzt zusammennehmen, daß es nicht zu lang wird. Nur, das mit dem Steirer und Schlußlicht, das ist wieder die Statistik gewesen, liebe Freunde. Wir haben ein bißchen nachgeforscht. Es kann nicht wahr sein. Was ist der Grund? Es gibt Länder, wo die ganze Landesabfallwirtschaft in Landesgesellschaften und in Landesbeteiligungen läuft. Daher haben diese hohe Ausgaben. Wenn ich also die Ausgaben und Umsätze der Abfallwirtschaftsverbände mit hinein nehme, dann überholen wir die. Nur ein Land haben wir sogar gehabt, wo die Viehabsatzförderung für Umweltschutzmaßnahmen angegeben war. Indirekt hat das sicherlich einen Zusammenhang, überhaupt keine Frage. Und daher ist das etwas verschoben. Ich möchte das nur klarstellen, damit man nicht glaubt, wir sind auf dem Gebiet im Grunde nur geistige Weltmeister und unternehmerisch. Ich fürchte, daß wir da für die nächste Zeit selbstverständlich auch Dinge noch brauchen werden, die leider einfach bei allem Sparwillen unumgebar sein werden.

Zum Abschluß möchte ich vor allem noch einmal darauf hinweisen, daß der ganze Umweltbereich letzten Endes auch mit der Wirtschaftskraft zu tun hat. Es gibt fast kein Land, wo man nicht fast genau gegenüber den Wohlstand mit dem Umweltstandard einigermaßen verbinden kann. Denn wenn ich an diese Anlagen denke, an die derzeitigen Anlagen in der Kompaktkompostaufbereitung, allein im Mürzverband an die 20 Millionen Investition, das sind gewaltige Investitionen, die wir wirklich brauchen. Daher glaube ich vor allem, daß eine wirtschaftliche Depression vor allem auch die ganze Umweltentwicklung gewissermaßen sicherlich nicht fördern wird. Wir haben ja das gerade jetzt in all den Entwicklungen, weil es angesprochen wurde, und zum Schluß vor allem der Abgeordnete Kinsky, der Abgeordnete Riebenbauer, wo man vor allem diese Alternativlinie, diese Bioenergieinie blitzartig mit Währungsabwertungen aus der Wirtschaftlichkeit raus schlägt, das praktisch im Grunde fast nicht zum Aushalten ist. Daher glaube ich, ist die zentrale Frage letzten Endes vor allem auch die globale Entscheidung oder die nationale oder europäische Entscheidung über die CO₂-Abgabe wichtig. Aber unter diesen wirtschaftlichen Vorzeichen in ganz Europa, ob das der Süden, der Norden oder der Osten ist, wird es äußerst schwierig sein. Vielleicht hilft uns, daß wir Arbeit weniger besteuern und die Energie besteuern, daß dieser Umstieg uns wirklich gelingt. Dann haben wir wahrscheinlich eine echte Chance.

Zum Schluß möchte ich mich sehr, sehr herzlich bedanken bei all den Mitarbeitern im Bereich der Umweltpolitik und Umweltverantwortung des Landes. Ich muß mich bei Hofrat Rupprecht als Verantwortlichem für diesen Umweltbericht wirklich herzlich bedanken, als Umweltkoordinator, den Freunden aus der Abfallwirtschaft, aus der Abwasserwirtschaft im Bereich des Wasserbaues. Das ist praktisch alles mitinte-

griert. Ich möchte vor allem weiterhin um diesen Geist in dem Haus und draußen im freien Gelände bitten. Wir haben noch einige harte Knochen zu nagen, wenn ich an den Standort thermische Abfallbehandlung denke. Da sind wir ganz friedlich, aber im freien Gelände kann das eine ganz bittere Station werden, die wir noch durchmarschieren müssen. Wir sind gerade momentan in der Diskussion um Lainsach, wo es Industrie- und Gewerbeabfälle betrifft. Wir werden vor allem auch das Verständnis aufbringen müssen, und um das möchte ich auch bitten, wenn das Abfallwirtschaftsgesetz mit verstärkter Landesverantwortung wirklich beschlossen wird, daß die Weiterentwicklung unabdingbar ist, vor allem was das Verständnis mit betroffenen Regionen betrifft, wo solche Standorte wirklich auch umgesetzt werden.

Ganz zum Schluß: Meine Philosophie vom Wirtschaften heißt für die Zukunft vorsorgen. Das verbindet sich unmittelbar auch mit der Philosophie der Umweltpolitik: für die Zukunft vorsorgen. Ich glaube daher, daß nicht nur für den Landeshaushalt, einiges haben wir heute ausgenommen, sondern vor allem für uns alle im Grunde das Haushalten, das Sparen, das Vermeiden in weiten Bereichen die einzige Lösung sein wird, wie das im Grunde vor Generationen der Fall war, wenn ich an meine Kindheit, an meine Eltern denke, unter welchen Voraussetzungen die gelebt haben. Ich glaube daher, daß diese Varianten zur Lösung der Umweltfrage eine der wichtigsten Grundeinstellungen sein werden, damit man einen echten Fortschritt trotz aller wirtschaftlicher Probleme, die sich bei uns und in unserer Umgebung in Wahrheit einstellen, erzielen kann. Ich bedanke mich noch einmal herzlich und danke für das Zuhören. (Allgemeiner Beifall. – 18.35 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich noch einmal der Herr Abgeordnete Dr. Ebner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Ebner (18.36 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich melde mich nicht gerne nach diesen versöhnlichen Worten des Herrn Landesrates – da ist der Herr Abgeordnete Lopatka, aber ich habe gerade gehört, daß er mich angegriffen hat, jetzt muß ich doch zur tatsächlichen Berichtigung etwas sagen. Der Herr Landesrat hat auch gesagt, es geht halt manchmal einem die Sicherung durch. Ich habe eher den Eindruck, Kollege Lopatka, daß angesichts dieser 2000 Leute im Ghart-Wald du die Hosen so gestrichen voll gehabt hast, daß du auch bei den Ohren nichts mehr gehört hast. Weil hättest du aufgepaßt, ich wiederhole, was ich dort gesagt habe, hättest du aufgepaßt, ich habe dort gesagt, es gibt Vorwürfe der Bürgerinitiative, und habe gesagt, man soll doch eine unabhängige Stelle einsetzen, die diese zwischen den Bürgerinitiativen vorwürfen und dem, was das Land sagt – (Abg. Dr. Lopatka: „Du hast wortwörtlich Untersuchungs-Ausschuß gesagt! Ich habe dich nur zitiert!“) Ich habe aber nicht einen Landtagsuntersuchungs-Ausschuß gemeint, und das ist dort schon klar herausgekommen. Du hast offenbar wirklich nicht zugehört! Und außerdem habe ich gesagt, daß man bis dahin, und man wird doch wohl noch die zwei Monate oder so warten

können. (Abg. Dr. Lopatka: „Baustop habe ich gesagt!“) Selbstverständlich, man wird wohl die zwei Monate warten können, bis diese Untersuchung abgeschlossen ist. Ich habe aber auch dazugesagt, Kollege Lopatka, wenn du dich erinnerst, daß, wenn diese Untersuchung aber so ausgeht, daß alles entkräftet werden kann, dann muß man das auch akzeptieren. Aus, Schluß, basta. (Abg. Dr. Lopatka: „Fünf Jahre wurde untersucht!“) Also greife mich hier nicht ungerechtfertigt an, das hat überhaupt keinen Sinn. Auch wenn ich nicht draußen bin, meine Freunde und Kollegen berichten mir ja, was du hier gesagt hast. (Beifall bei der FPÖ. – 18.38 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, erseuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

9. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 302/1, über Wahrnehmungen, betreffend die Gebarung des Bundeslandes Steiermark in den Jahren 1985 bis 1988 sowie der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft m. b. H. in den Jahren 1985 bis 1990.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (18.38 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Zeit ist zwar schon sehr fortgeschritten. Da aber von meinen Kollegen links von mir immer wieder betont wird, daß zu wenige Rechnungshofberichte in dieses Plenum kommen, möchte ich mir trotzdem erlauben, so ausführlich wie seinerzeit im Kontroll-Ausschuß zu berichten. Der gegenständliche Rechnungshofbericht behandelt, wie soeben vom Präsidenten vorgetragen wurde, zwei Punkte, nämlich:

Erstens die Gebarung des Bundeslandes Steiermark in den Jahren 1985 bis 1988 und zweitens die Gebarung der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft 1985 bis 1990.

Im Vorwort, und das möchte ich ganz bewußt dazu sagen, erwähnt der Bericht viele positive Leistungen der Landesverwaltung. Der Bericht selbst enthält, und dazu ist er da, die Kritikpunkte und auch Vorschläge für Verbesserungen. Zuerst zur Landesverwaltung: Allgemeine Bemerkungen zum Vollzug des Landeshaushaltes: Die Gebarung des Landes Steiermark der Jahre 1985 bis 1988 war durch Abgänge im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt gekennzeichnet, die durch die Aufnahme von Fremdmitteln bedeckt werden mußten. Demzufolge wuchs der Schuldenstand wesentlich stärker als die Summe des Gesamtbudgets. Durch die Verschuldung ist der Finanzierungsspielraum des Landes eingeengt, die Budgetbeweglichkeit wird immer geringer. Der Rechnungshof empfahl, auch die Aussagefähigkeit der Rechenwerke zu verbessern. Die Schulden des Landes Steiermark stiegen vom Jahresende 1984 bis 1988 von 9341 Millionen Schilling auf 13.747 Millionen Schilling oder um 47,2 Prozent. Im selben Zeitraum erfuhr der Gesamthaushalt eine Erhöhung um 26,1 Prozent. Der

Anstieg des Schuldenstandes war somit um rund 21 Prozent höher als der Anstieg des Haushaltsumfanges. Es ergab sich eine Schuldendienstquote von 20,8 Prozent im Jahr 1985 beziehungsweise 27,1 Prozent im Jahr 1988. Der Durchschnitt der Bundesländer ohne Wien betrug 1985 15,3 Prozent und 1988 18,6 Prozent, war also wesentlich niedriger. Der Rechnungshof untersuchte auch die Verschuldung in den Jahren 1976 bis 1988 im Bundesländervergleich. Die Schuldenstandkopffquote betrug österreichweit im Jahr 1988 8561 Schilling, beim Land Steiermark hingegen 12.899 Schilling. Das war die höchste Kopffquote. Die Budgetbeweglichkeit ist sehr gesunken. Die Pflichtleistungen wuchsen kontinuierlich an, und zwar von 1976, da betrug sie 77,8 Prozent der Ausgaben, über 1985, 85,3 Prozent, auf 1988, wo sie bereits 91,2 Prozent der Ausgaben betrug. Die Ermessensausgaben, die sowohl im Inhalt als auch der Höhe nach im freien Ermessen des Landes veranschlagt werden, sanken hingegen von 1976 11,9 Prozent über 1985 4,8 Prozent auf 4,3 Prozent im Jahr 1988. Nach Ansicht des Rechnungshofes, meine Damen und Herren, führt jede weitere Verschuldung des Landes zur Unmöglichkeit, neue Aufgaben zu übernehmen. Daher sollten neue Belastungen nur dann übernommen werden, wenn gleichzeitig weniger dringliche Aufgaben abgebaut werden.

Einzelne Kritikpunkte zur Verwaltung: In der Landesbuchhaltung werden keine Personenkonten geführt. Außerdem wird kein Voranschlag und Rechnungsquerschnitt vorgenommen. Der Rechnungshof stellte auch eine organisatorische Zersplitterung der ADV-Kapazität in der Landesverwaltung fest. Er empfahl, eindeutige Entscheidungsstrukturen zu schaffen. Die ADV-Organisation im Bereich des Rechnungswesens bedarf, laut Ansicht des Rechnungshofes, einer grundlegenden Neuordnung. Der Rechnungshof bemerkte kritisch, daß drei voneinander unabhängige Organisationseinheiten auf Referatebene eingerichtet wurden. Nach seiner Ansicht könnten auf Grund dieser Organisationsform die Angelegenheiten der ADV gegenüber anderen Belangen der Abteilungen beziehungsweise der Gruppen, denen das jeweilige ADV-Referat zugeordnet war, in den Hintergrund treten. Unter dieser Voraussetzung war nicht gewährleistet, daß die notwendigen ADV-Entscheidungen mit dem entsprechenden Nachdruck vorbereitet und getroffen werden konnten. Der Rechnungshof empfahl, die bisher auf Bereiche beziehungsweise auf Referate aufgefächerte ADV-Kapazität stärker zusammenzulegen. Durch eine derartige Maßnahme würden vor allem eindeutige Entscheidungsstrukturen geschaffen. Im übrigen bemängelte der Rechnungshof die Verwendung von zwei Betriebssystemen. Diese Vorgangsweise bewirkte einen wesentlichen Mehraufwand bei der Systembetreuung und der Anschaffung von Systemsoftware. Kritik gab es auch an der Buchhaltung. Sowohl die Aufbau- als auch die Ablauforganisation der Buchhaltung befand sich in bezug auf die Anwendung der ADV auf einem weit überholten Standard. Die Buchführung konnte den gestiegenen Anforderungen, wie zum Beispiel Haushaltsplanung, Haushaltsführung und Haushaltsüberwachung, nicht entsprechen. In der Buchhaltung wurde ferner eine Reihe von Nebenaufzeichnungen geführt. Die Erstellung des Rechnungsabschlusses und der zugehörigen aufwen-

digen Abstimmarbeiten erfolgte ohne Automationsunterstützung. Die Gesamtabrechnungsdaten wurden erst nach dem Rechnungsabschluß ersichtlich, so daß Planungsaktivitäten nicht zum erforderlichen Zeitpunkt gesetzt werden konnten. Der Rechnungshof bemängelte auch das Fehlen des Nebenverrechnungskreises Personenkonto. Auf Grund dieses Mangels konnten keine Aussagen über den jeweils aktuellen Stand der Verpflichtungen und Forderungen des Landes getroffen werden. Insbesondere war es nicht möglich, den Umsatz und die Namen von Lieferfirmen festzustellen, um diese Informationen für eine landesweite Koordination bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen, zum Beispiel auch bei einem Jahresumsatzbonus, zu nutzen. Der Rechnungshof beanstandete auch die Unwirtschaftlichkeit der Abwicklung der Landesbesoldung. Anlässlich der Nachprüfung der Personalangelegenheiten stellte der Rechnungshof fest, daß weiterhin verschiedene Zuwendungen an Landesbeamte ohne ausreichende rechtliche Grundlage gewährt wurden. Durch die im Jahre 1989 erfolgte Novellierung des Landesbeamtengesetzes sind die wiederholt vom Rechnungshof aufgezeigten Mängel nur zum Teil beseitigt worden. Die im Zuge des Ausscheidens von Landesbeamten aus den Büros von Regierungsmitgliedern getroffenen Regelungen bewirkten eine unausgewogene Bezugsstruktur. Weiterhin als rechtlich und finanziell unbefriedigend erachtete der Rechnungshof die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für Kontrolltätigkeiten.

Durch die Gründung der Landesholding ist es bei diesen Ausgaben zu keiner Einsparung gekommen.

Der Rechnungshof wandte sich auch gegen die Wahrnehmung von Aufsichtsratsfunktionen durch Beamte des Ruhestandes. Die Kenntnis der Landesinteressen und ihre Wahrnehmung setzt nämlich eine gewisse Verbindung zur Landesverwaltung voraus, die bei Beamten des Ruhestandes nach Ansicht des Rechnungshofes im allgemeinen nicht mehr gegeben erscheint.

Zur Wirtschaftsförderung:

Auf Grund der österreichischen Wirtschaftsverfassung können im Bereich der Wirtschaftsförderung Bund, Länder und Gemeinden tätig werden. Wie die Überprüfung durch den Rechnungshof zeigte, bestehen beträchtliche Koordinationsmängel. Insbesondere das Förderungsinstrumentarium und die Förderungsaktionen sind nahezu unüberschaubar und auch undurchschaubar geworden, weshalb gezielte effiziente Förderungsmaßnahmen schwer möglich sind, so die Feststellung des Rechnungshofes zu diesem Berichtszeitraum.

Der Rechnungshof empfahl der Landesregierung, auf der Grundlage einer tauglichen strategischen Planung einen zielgerichteten effizienten Mitteleinsatz zu gewährleisten.

Eine der größten Schwachstellen der österreichischen Wirtschaft sind nach Ansicht des Rechnungshofes die geschützten Bereiche und vor allem ihr großer Anteil an der Wirtschaft. Wie das Wirtschaftsforschungsinstitut in seinem Monatsbericht vom Jänner 1990 ausführte, hat die österreichische Industrie den Rückstand der Produktivität zur BRD in den letzten Jahren deutlich verkleinert. Dem steht ein Rückstand des geschützten Sektors in Österreich von

50 Prozent gegenüber. Der geschützte Sektor ist in Österreich weitestgehend der öffentlichen Hand zuzurechnen. Wie der Rechnungshof erhob, wurde das Ausmaß des geschützten Bereiches in der Steiermark bisher nicht untersucht. Eine derartige Untersuchung wäre auch von Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsförderung durch die Landesverwaltung. Überdies ist das Land durch seine Beteiligungen unmittelbar betroffen. Die Strukturschwächen dieser Unternehmungen, wie zum Beispiel bei der Landes-Hypothekenbank Steiermark und der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG., erzeugen daher auch einen Handlungsbedarf des Landes, der in Form einer strategischen Planung abzudecken wäre. Unter anderem ist es für die Elektrizitätsversorgung von besonderer Bedeutung, daß die OECD im Rahmen ihrer Energieagentur das freie Energietransportsystem verfolgt. Dieses auch von der EG betriebene Konzept hätte weitreichende Folgen für die Energiewirtschaft, weil internationale Konkurrenz auch in diesen Sektor eindringen würde. Demgegenüber sieht das Österreichische Elektrizitätswirtschaftsrecht einen Gebietschutz vor. Die dadurch begründete Monopolstellung führt zwangsläufig zu unwirtschaftlicher Leistungserstellung und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. Der Rechnungshof hat daher wiederholt diese Strukturmängel, die personelle Überbesetzung und das außerordentlich hohe Gehaltsniveau in diesem Wirtschaftsbereich beanstandet. Der Rechnungshof verweist auf die Schweiz und Deutschland, wo die in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zum Großteil privatisierten großen Elektrizitätsversorgungsunternehmen schon seit Jahren strategische Konzepte entwickeln, um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen.

Der Rechnungshof befaßte sich in seinem Bericht auch mit den Direktförderungen. Er empfahl, den Einsatz der dem Land zur Verfügung stehenden Mittel vorwiegend im Sinne von Strukturverbesserungen zu verwenden, weil damit volkswirtschaftlich ein größerer Nutzen zu erreichen ist. In einem zweiten Schritt in Richtung ganzheitliche Wirtschaftsförderung sollten die Landesbeteiligungen und die Infrastrukturmaßnahmen in die Überlegungen einbezogen werden.

Das Projekt „Eurostar“ ist ebenfalls Gegenstand des Berichtes. Nach Ansicht des Rechnungshofes wird durch das vorliegende Projekt den Schwachstellen der österreichischen und der steiermärkischen Wirtschaft nur teilweise entgegengewirkt. Er befürchtet, daß „Eurostar“ ausländisch beherrscht sein könnte, weil Chrysler vereinbarungsgemäß den Vertrieb und die Preisgestaltung weitestgehend bestimmen kann. Es sei, nach Rechnungshof, kaum zu erwarten, daß durch das vorliegende Projekt ein nennenswertes Risikokapital zur Verbesserung der österreichischen Forschung und Entwicklung zur Verfügung stehen werde. Andererseits – und das ist die positive Seite – erwartet der Rechnungshof Synergieeffekte im Bereich der österreichischen Autozulieferindustrie. Durch die vereinbarte Absatzgarantie sei ein längerfristiger Impuls auf den Arbeitsmarkt und auf das Ausbildungsniveau der Süd- und Oststeiermark anzunehmen, also ein sehr erfreulicher Aspekt. Da die Subvention, gemessen an der Förderung je Arbeitsplatz, deutlich geringer ist als beim General-Motors-Werk in Aspern oder bei BMW

in Steyr, könne mit einer verhältnismäßig kurzen Amortisationszeit der eingesetzten öffentlichen Mittel gerechnet werden. Da das vorliegende Projekt „Eurostar“ eine Konkurrenz für die Automobilindustrie der EG-Länder, insbesondere der BRD, darstelle, sei anzunehmen, daß diese im Falle der Belieferung des EG-Marktes bei der Europäischen Kommission auf die Einhaltung der Richtlinien dringen werden, hat der Rechnungshof vorhergesehen. Dieser Risikofaktor in Form eines drohenden Strafzolles bei Verletzung der EG-Konformität könnte die Rentabilität erheblich beeinträchtigen und hätte laut Rechnungshof von vornherein im Verhandlungswege ausgeschaltet werden sollen.

Der Rechnungshof hat bei seiner Gebarungüberprüfung im Jahre 1986 sowohl die Tätigkeit der Abteilung für Angelegenheiten der Wissenschaft und Forschung als auch die dem Verein Forschungsgesellschaft Joanneum gewährten Förderungen überprüft. Die Verantwortlichen des Landes haben daraufhin einschneidende Maßnahmen getroffen, von deren Wirksamkeit sich der Rechnungshof nunmehr in Form einer Nachüberprüfung überzeugt hat. Der Rechnungshof hielt die neue Organisationsstruktur grundsätzlich für geeignet, die dieser Gesellschaft gestellten Aufgaben zu bewältigen. Der Rechnungshof bemängelte jedoch das Fehlen eines Förderungskonzeptes der AAW in Abstimmung mit den Zielvorstellungen der Forschungsgesellschaft. Eine Einbindung dieses Konzeptes in die gesamte Planung des Landes wäre zweckmäßig. Außerdem müßte die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel an Hand von vorgegebenen meßbaren Zielen überprüft werden.

Als letztes im Rahmen der Überprüfung der Verwaltung hat sich der Rechnungshof mit der Gemeindeaufsicht befaßt. Er nahm die Vorwürfe einer „Überparteilichen Interessengemeinschaft Eisenerzer Gemeindebürger“, die auch an den Rechnungshof herangetragen wurden, zum Anlaß, die Tätigkeit der Landesverwaltung, insbesondere der Gemeindeabteilung, im Zusammenhang mit der Stadtgemeinde Eisenerz zu überprüfen. Er stellte dabei fest, daß mit dem Bau einer Freibadanlage vor dem Vorliegen einer bau- und gewerbebehördlichen Bewilligung begonnen worden war. Der offenkundige Verstoß gegen Bestimmungen der steiermärkischen Bauordnung sei bisher von der Gemeindeaufsicht hingegenommen worden. Wenngleich die Betriebskosten der Freibadanlage gering sein werden, hätte es nach Ansicht des Rechnungshofes die schlechte finanzielle Lage der Stadtgemeinde geboten, eine derartige Investition zu unterlassen. Weiters sei die Zusage von Bedarfszuweisungen für das Freibadbecken erfolgt, obwohl in den letzten Jahren regelmäßig Bedarfszuweisungen für den Haushaltsausgleich erforderlich waren. Wie aus einem Vermerk über eine Vorsprache des Bürgermeisters beim Ersten Landeshauptmannstellvertreter im Jänner 1989 zu entnehmen ist, wurden Bedarfszuweisungen bis ins Jahr 1992 fix zugesagt.

Soviel, meine Damen und Herren, zur Prüfung der Gebarung des Landes von 1985 bis 1988. Nun zu Punkt 2. des Berichtes der Prüfung der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. für den Zeitraum 1985 bis 1990.

Gegenstand der Überprüfung waren vor allem die wirtschaftlichen und gesundheitspolitischen Auswirkungen der im Juni 1985 erfolgten Gründung der KAGES auf die Steiermärkischen Landeskrankenhäuser unter besonderer Berücksichtigung der ADV-Tätigkeit der Gesellschaft. Ziel der Ausgliederung der Landeskranken- und Pflegeanstalten war die Sicherstellung einer optimalen und zeitgerechten medizinischen Versorgung der steirischen Bevölkerung unter Bedachtnahme auf einen wirtschaftlichen Betrieb der Krankenanstalten. Dies stellte nach Ansicht des Rechnungshofes ohne genaue Vorgabe des medizinischen Versorgungsstandards seitens des Landes von vornherein ein konfliktträchtiges Doppelziel dar. Zum Ausgliederungsziel vermerkte der Rechnungshof kritisch, daß die Landesregierung weder im Rahmen der Übertragung noch in den folgenden Beschlüssen qualitative und quantitative Vorgaben im medizinischen Bereich festgelegt hatte. Insbesondere der hierfür erforderliche und vom Land zu erlassende Steiermärkische Landeskrankenanstaltenplan ist, obwohl die letzte Fassung bereits aus dem Jahre 1974 stammte, nicht anlässlich der Ausgliederung, sondern erst im Jahre 1987 zur Fortschreibung in Auftrag gegeben worden.

Nun zu den einzelnen Kritikpunkten: Der Rechnungshof hat folgendes festgestellt: Die Steiermärkische Krankenanstaltenges. m. b. H. konnte in Teilbereichen Rationalisierungspotentiale nutzen. Hingegen bedingten unzureichende Untersuchungen und Alternativüberlegungen in der Gründungsphase einen umfassenden organisatorischen Sanierungsbedarf. Die Trennung zwischen politischer und betrieblicher Verantwortung sowie die in den Vordergrund zu rückende Wahrnehmung krankenhausbetriebswirtschaftlicher Grundsätze wurden nicht erreicht. Der Geschäftsführung war kein ausreichender eigenständiger und unbeeinflusster Handlungsspielraum, vor allem im Personalbereich, und auch zur Beseitigung der unterschiedlichen Behandlung von Bediensteten des Landes und Dienstnehmern der Gesellschaft eingeräumt worden. Hinsichtlich der Führung der Landeskrankenhäuser durch die KAGES bemängelte der Rechnungshof darüber hinaus folgendes:

Erstens: Die unzureichende Berechnungsart der Ambulanz- und Pflegegebühren sowie des Gesellschafterausschusses. Zweitens: Das Fehlen des gesetzlich vorgeschriebenen und für eine zutreffende Finanzierungsplanung unerlässlichen Landeskrankenanstaltenplanes. Drittens: Die nicht beseitigten Schwierigkeiten aus der Anwendung des Arbeitszeitgesetzes. Viertens: Die Unvollständigkeit der krankenhausspezifischen Leistungsdaten. Fünftens: Die oberflächliche Überprüfung der Anstaltsapotheken sowie den Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen bei Abgabe von Medikamenten an Dienstnehmer. Sechstens: Die Verzögerung entsprechender Beschlüsse über den Weiterbestand des Landeskrankenhauses Mariazell sowie den Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung baukünstlerischer Architektenwettbewerbe für die Landeskrankenhäuser Wagna und Judenburg. In diesem Zusammenhang hat der Rechnungshof auch festgestellt, meine Damen und Herren, und das hat mich sehr betroffen gemacht, daß das Landeskrankenhaus Mariazell zu einem medizinischen Risiko für die Patienten geworden war. Siebentens: Die Abweichung

der Vergaberichtlinien der KAGES von den Bestimmungen der Önorm A 2050, betreffend die Zulässigkeit von Vergabeverhandlungen. Achtens: Die unzureichende Nutzung der Vorteile eines zentralen Einkaufs. (Abg. Gennaro: „Das ist alles Schnee von gestern!“) Ich bin gleich fertig, darf ich Sie bitten, Kollege Gennaro, noch ein bißchen zuzuhören! (Präsident Dr. Klausner: „Hohes Haus! Am Wort ist die Frau Berichterstatterin. Ich bitte, sie nicht zu unterbrechen!“) Ich habe diesen Bericht zu erstatten, und es ist von Ihrer Fraktion auch heute wieder gesagt worden, daß zu wenig Berichte ins Haus kommen. Ich versuche daher, dies ordentlich zu machen. In bezug auf den Einsatz der ADV empfahl der Rechnungshof die umgehende Entwicklung eines ADV-Planes anhand des Steiermärkischen Krankenhausinformationssystems sowie die Einrichtung einer ADV-Stabsstelle anstelle der Zuordnung zur Finanzdirektion, eine angemessene Vermehrung der Budgetmittel und des ADV-Personals, wobei die Erstellung des ADV-Budgets je Direktionsbereich nach Funktion gegliedert durchzuführen wäre, PC nur mehr für genehmigte Projekte anzuschaffen und auf Einzellösungen zu verzichten, die Schulung und Ausbildung der ADV-Mitarbeiter zu verbessern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kontroll-Ausschuß hat sich damit befaßt, und namens des Kontroll-Ausschusses stelle ich den Antrag, daß der Bericht des Rechnungshofes vom Landtag zur Kenntnis genommen werden möge. (19.01 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Hohes Haus! Nach der Wiederholung der teilweisen Verlesung des Rechnungshofberichtes durch die Frau Abgeordnete Dr. Karisch, wie sie das schon im Ausschuß gemacht hat, habe ich fünf Wortmeldungen. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Bacher das Wort.

Abg. Bacher (19.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Man kommt in Versuchung zu sagen, dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Aber trotzdem, Kollege Gennaro: Es gibt natürlich einige Dinge, die noch nicht bereinigt wurden. Und ich werde versuchen, in ein paar Minuten, Herr Landesrat, doch auf die wichtigsten Dinge einzugehen. (Abg. Gennaro: „Meinst du die Personalangelegenheiten vom Büro Landeshauptmann Dr. Krainer, die noch nicht erledigt sind?“) Ich meine ganz speziell das Thema Spital.

Meine Damen und Herren! Die Kostenintensität einerseits und die hohen fachlichen Anforderungen andererseits, die beide im gleichen Umfang Charakteristika des modernen und wirkungsvollen Spitalwesens sind, haben für jene, die politisch tätig sind und dabei naturgemäß öffentliche Mittel zum Einsatz bringen, eine logische Konsequenz, nämlich jene der 100prozentigen Verantwortung all jenen gegenüber, die nicht nur die Steuermittel für das Funktionieren dieses Betriebes aufbringen, sondern die auch Patient und Arbeitnehmer im Krankenhaus sind. So lapidar und selbstverständlich diese Feststellung klingen mag, so wenig ist sie bis heute, fast sieben Jahre nach der Ausgliederung der steirischen Krankenanstalten und Kliniken als eigener Wirtschaftsbetrieb des Landes, in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Der Prüfbericht

des Rechnungshofes, der bis zum Jahre 1990 die Geschäftsführung unter die Lupe genommen hat, zeigt es deutlich, wobei er sich in seiner Kritik nicht nur einmal in den Einzelheiten zur Führung der Krankenanstalten verliert, sondern schon im Grundsatz schwerste Zweifel an der konsequenten Realisierung des gesetzten Zieles der Ausgliederung, nämlich der Sicherstellung einer optimalen und zeitgerechten medizinischen Versorgung der steirischen Bevölkerung unter Bedachtnahme auf einen wirtschaftlichen Betrieb der Krankenanstalten, anmeldete. Meine Damen und Herren, ich gebe zu bedenken, daß diese Forderung nicht das Ergebnis des nunmehr aktuellen Prüfberichtes ist, sondern eine bereits 1985, also dem Zeitpunkt der Schaffung der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H., erhobene Mahnung war. Heute, nach sieben Jahren, muß festgestellt werden, daß die Vorgaben, die einen effizienten medizinischen Versorgungsstandard in Gegenwart und Zukunft sicherstellen sollen, seitens des zuständigen Landesrates noch immer nirgendwo aufscheinen. Anderswo würde das, schaumgebremst, noch als Konzept- und Systemlosigkeit bezeichnet werden, innerhalb der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. scheint dies zum normalen Tagesablauf zu gehören.

Hohes Haus! Das Spitalwesen ist nun einmal ein Bereich, der enorme Sensibilität besitzt. Alle Teile dieses Bereiches sollen, so das Ziel, in sich homogen übergreifend sein, um mögliche Schwachstellen und Leerläufe zu vermeiden. Spätestens an dem Tag, an dem man selbst all diese Einrichtungen in Anspruch nehmen muß, wird man sich sicher dieser Feststellung anschließen. Darum ist es umso befremdender, wenn einerseits von den Mitarbeitern dieses Bereiches ein optimaler und teilweise übermenschlicher Einsatz auf Grund eines nach wie vor unrealistischen Dienstpostenplanes gefordert wird, andererseits aber die ebenfalls der Krankenanstaltenges. m. b. H. aufgetragene Schaffung aller notwendigen Rahmenbedingungen in der Schublade verrotten. Darunter verstehe ich nicht nur das Fehlen eines umfassenden organisatorischen Sanierungskonzeptes, wie es der Rechnungshof ebenfalls fordert, das bisherige Scheitern im Versuch, die politische und betriebliche Verantwortung im steirischen Spitalwesen zu trennen, sowie das Fehlen krankenhausbetriebswirtschaftlicher Grundsätze, sondern auch die nach wie vor ungelöste Frage, welchem Personal- oder Dienstrecht die im steirischen Spitalbereich tätigen Mitarbeiter künftig unterworfen sein sollen; vor allem auch das Fehlen eines Krankenanstaltenplanes, einfach gesagt, was wo zu welchem Zeitpunkt benötigt und investiert wird. Solange diese Grundsätze nicht festgelegt sind, kann es auch keinen Finanzierungsplan geben, der wohl die Grundlage jedes Wirtschaftens jedenfalls in der Privatwirtschaft ist. Aber statt festzulegen, welche Aufgaben künftig gezielt den einzelnen steirischen Krankenhäusern zugeordnet werden sollen, welche Schwerpunkte wo und wann zu setzen sind und wie für ihre Realisierung gesorgt wird, sind wir über allgemeine quantitative Feststellungen nicht hinausgekommen.

Hohes Haus, es ist tatsächlich so, wie Eugen Hauke, wissenschaftlicher Leiter der Ludwig-Boltzmann-Forschungsstelle für Krankenhausorganisation in Wien, feststellt: Der Prozeß des Ausgliederns aus dem

unmittelbaren politischen Einflußbereich läuft nicht problemlos ab, weil Politik und Beamtentum diesen Verlust an Einflußmöglichkeiten nicht leicht verkraften können. Wenn es sich auch heute als richtig und unumkehrbar erwiesen hat, die Krankenanstalten aus dem öffentlichen Verbände, wie dem Land, auszugliedern, so darf doch nicht übersehen werden, daß mit diesem Akt an sich nichts erreicht wurde. Wenn auch diese neue Organisationsform unumstritten ist, so bedarf sie trotzdem einer intensiven Weiterentwicklung. Und darum sollten wir schleunigst über diese allgemeine quantitative Feststellung, von der ich früher gesprochen habe, hinaus zu einer operativen Form eines schlagkräftigen steirischen Spitalwesens kommen und uns von negativen Erscheinungsformen, wie im Fall LKH Wagner, wo zum Beispiel Millionen bislang ohne Effizienz allein in die Projektierung und Planung eines neuen Krankenhauses geflossen sind – (Präsident Dr. Klausner: „Herr Kollege Bacher, ich habe nichts gegen stichwortartige Unterlagen. Ich möchte aber doch so wie Herr Präsident Wegart auf die Bestimmung des Paragraphen 46 Absatz 4 aufmerksam machen, wonach es nur den Mitgliedern der Landesregierung, sonstigen Regierungsvertretern und den Berichterstattern gestattet ist, schriftlich abgefaßte Vorträge vorzulesen!“) Ich handle so wie der Kollege Getzinger, und ich bin gleich fertig! (Präsident Dr. Klausner: „Er ist auch vom Herrn Präsidenten aufmerksam gemacht worden!“) Die von Suter & Suter erstellte Studie nennt diese einzigartige Schlampe beim Namen. (Abg. Gennaro: „Kläre das auf!“) Kollege Gennaro, es tut dir natürlich weh. Aber das Problem LKH Wagner ist bis heute noch nicht geregelt, Herr Landesrat. Bitte, 15 Projektierungen hat es unten gegeben, Millionen – (Abg. Gennaro: „Mir tut das nicht weh! Aber kläre auf, daß Medikamente nicht nur an Patienten, sondern mit 3 Millionen an Bedienstete weitergegeben worden sind!“) Wir können dann schon weiterdiskutieren, machen wir ein Zwiesgespräch! (Abg. Dr. Maitz: „Vielleicht können wir wieder einzeln reden!“) Es ist nicht geändert worden. Und zu den Medikamenteneinkäufen wird wohl der Herr Landesrat Stellung nehmen. Aber Faktum ist, daß Millionen auf der einen Seite für Studien ausgegeben werden, und auf der anderen Seite haben wir heute gehört, daß uns jeder Groschen in den Spitälern fehlt. Ich habe heute gehört, daß es wieder eine Kommission gibt, bitte 7 Millionen Schilling kostet sie für die Klinik. Das haben Sie heute gesagt. (Landesrat Dr. Strenitz: „Sie sind uninformiert bis zum Geht-nicht-Mehr! Ich werde es Ihnen schon erklären!“) Sie haben das heute gerade gesagt im Haus, und da muß man einfach auch zur Kenntnis nehmen – (Landesrat Dr. Strenitz: „Die meisten Ihrer Kollegen wissen, worum es geht! Das ist ja unglaublich!“) Faktum ist aber, Herr Landesrat, daß es eine Suter-&-Suter-Kommission geben sollte. Ich habe gehört und heute gelesen, daß bereits die Unterlagen zugesandt wurden. Ich bin von unserer Fraktion in diese Kommission nominiert worden. Ich habe aber die Unterlagen bis heute nicht bekommen. Ich habe das nämlich auf Grund der Anfrage vom Kollegen Weilharter gelesen. Und Faktum ist auch, daß in dieser Suter-&-Suter-Studie alles das aufgezeigt wurde, was eigentlich im Rechnungshofbericht auch steht. Ich frage mich nur, warum man da wieder Millionen ausgegeben hat, um diese strukturellen Probleme endlich

einmal zu lösen. (Abg. Weilharter: „Oder hat man den Rechnungshof überredet?“) Ich weiß es nicht, was war. Vielleicht ist der Bericht etwas später gekommen als die Studie. Und Faktum ist bitte auch, daß wir acht Monate gebraucht haben, bis diese Kommission endlich zusammentritt. (Abg. Dörflinger: „Frage einmal, wann euer Vertreter nominiert worden ist!“) Rechtzeitig, bitte! Ich meine, es ist billig, sich heute darauf auszureden, daß man sagt, der Vertreter ist so spät nominiert worden. Tatsache ist, daß jedes Krankenhaus heute in Diskussion ist, es weiß niemand, was mit dem LKH Mariazell geschieht. Ich habe heute gehört, daß das Krankenhaus in Kapfenberg neue Aufgaben bekommen sollte. Es ist die Frage, was geschieht mit Bad Aussee. Bitte, das sind primäre Fragen, die uns zukünftig intensiv beschäftigen müssen. Wir beschließen in ein paar Wochen das neue Budget für das Jahr 1993, und wir haben wieder wertvolle Zeit verloren, um über diese strukturellen Probleme zu reden, und darum kommen wir nicht herum, Herr Landesrat! Und es beschäftigt natürlich auch die Belegschaft, aber nicht nur die, sondern auch die Patienten draußen. Es vergeht ja – Sie müssen es ganz genau wissen – kein Tag, wo sich nicht irgendeine Region zu Wort meldet und sagt, wir wollen eigentlich unser Krankenhaus erhalten. Aber wir schaffen intern in den 21 Spitälern Konkurrenzsituationen, mit denen wir schleunigst einmal aufräumen müßten. Ich glaube, daß das ganz entscheidend wäre.

Abschließend sage ich, wir werden um diese Diskussion, Kollege Gennaro, nicht herumkommen. Ich erwarte mir eigentlich vom zuständigen Landesrat, daß er einmal die Karten auf den Tisch legt. Es gibt nämlich auch eine Presseausendung in der Zeitschrift, wo der Herr Mag. Hirt genannt wird, wo er schreibt, daß trotz Erhöhung der Versicherungsbeiträge Leistungskürzungen daher in Zukunft unvermeidlich sind. Das ist Ihr Mitarbeiter in Ihrem Büro. Ich frage Sie ganz konkret, was bedeutet das? Leistungskürzungen in den einzelnen Häusern? Das widerspricht eigentlich dem Auftrag, den Sie vom Land haben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.14 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (19.15 Uhr): Es wird etwas länger dauern!

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich kann dem Kollegen Gennaro leider Gottes nicht recht geben, daß es Schnee von gestern ist. Es ist vieles von dem, was drinnen steht, Schnee von gestern. Aber es ist auch sehr, sehr viel dabei, was mich dazu veranlaßt, es sind sehr aktuelle Diskussionen und Parteienverhandlungen mit einzubringen. Wenn man den Bereich der Wirtschaftsförderung herausnimmt, das ist ein nicht sehr unbedeutender Bereich in diesem Rechnungshofbericht, dann steht also dort ganz am Anfang zu lesen, daß die Situation der Wirtschaftsförderung in der Steiermark eher chaotische Zustände hat als ein geregeltes Leben in dieser Form. Und es wird dann im Laufe dieser Präsentation des Rechnungshofes immer konkreter und immer konkreter, wo eigentlich die Probleme liegen. Ich habe diesen

Bericht zum Anlaß genommen, noch einmal Revue passieren zu lassen, was wir gerade in den Parteienverhandlungen zu einem neuen Wirtschaftsförderungsgesetz diskutieren, und muß leider Gottes feststellen, daß gerade jene Punkte, die hier sehr massiv vom Rechnungshof kritisiert werden, keinen Eingang in unsere politischen Überlegungen gefunden haben, obwohl sie von unserer Seite immer wieder moniert werden. Ich glaube, daß es schon angebracht ist, noch einmal ein bißchen darauf zurückzukommen. Wesentliches Kriterium: zu viele Institutionen, die mit der Wirtschaftsförderung befaßt sind, keine Schnittstellen, keine klaren Trennungen, auf der anderen Seite keine Koordination in den einzelnen Bereichen der Wirtschaftsförderungsinstitutionen selbst, daher also riesige Probleme. Und ich zitiere nur einen einzigen Passus aus diesem imposanten Werk direkt. Da heißt es: Der Rechnungshof erachtet es daher als ausgeschlossen, bei dieser Vielzahl von nicht aufeinander abgestimmten Förderungsträgern und Förderungen die erstrebenswerte Effizienz bei der Vergabe der öffentlichen Mittel zu erreichen. Das ist bitte eine absolute Watschn für die bisher durchgeführte Wirtschaftsförderung, und wir brauchen nicht mehr weiterzudiskutieren, weil wir im selben Atemzug nicht bereit sind, diese Gigantomanie, die hier geführt wird, abzubrechen. Und ich sage Gigantomanie aus zwei Gründen: Wenn ich an die großen Diskussionen von heute nachmittag denke, wo es darum gegangen ist, auch einzusparen, meine Damen und Herren, dann ist das bereits ein Punkt, einzusparen. Ich kann mir erstens einmal diesen gigantischen Verwaltungsapparat, der sich über nahezu 15 mit Wirtschaftsförderung befaßte Institutionen hinzieht, wobei ich Bereiche wie Landwirtschaft und ähnlich Gelagertes gar nicht erwähnt habe, weil das wiederum ganz woanders, wiederum in einem riesigen Apparat, untergebracht ist, auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die daraus entstehende Ineffizienz. Wir fördern zum Beispiel Dinge mit 1200 Schilling pro Fall, und das ist ja auch eine Absurdität, und schlußendlich geht vieles in dem Bereich verloren. Und das tun wir für sage und schreibe 400 Millionen Schilling, die das Land zu vergeben hat. Wenn ich also hergehe und diesen Rechnungshofbericht zum Anlaß nehme, eine Wirtschaftsförderung zu überdenken, dann war er es wert, Frau Kollegin Dr. Karisch, daß Sie heute zwar sehr intensiv und sehr genau, aber doch noch einmal uns allen vor Augen geführt haben, was da drinnen alles nicht in Ordnung ist. Insofern ist das kein Schnee von gestern. Und ich deponiere hier bitte, daß wir Freiheitlichen einer Wirtschaftsförderung, die diesen Punkten nicht Rechnung trägt, unsere Zustimmung verwehren werden. Ich deponiere aber auch, daß wir alles unternehmen werden, um mit unseren beiden Partnern in diesen Parteienverhandlungen ein vernünftiges Paket zustande zu bringen. Es hat sich in den politischen Verhandlungen um dieses Gesetz doch in manchen Bereichen bereits eine Lösung dahin gehend abgezeichnet, daß man einmal ein Schema baut. Aber wenn ich mir hier das anschau, dann muß ich sagen, Karl Valentin, und das ist ja der zweite Effekt: Den Förderungswerber trifft ja das, was Karl Valentin so wunderbar mit der Geschichte des Buchbinders Wanninger zum Ausdruck gebracht hat. Ich verstehe jetzt sehr klar und deutlich, warum sich unsere Gewerbetreibenden, unsere

Wirtschaftstreibenden, maßlos darüber alterieren, daß sie pausenlos hin- und hergeschickt werden auf der einen Seite, und auf der anderen Seite, wenn sie etwas sehr Konkretes wollen, sich fünf, sechs, sieben Instanzen darum reißen, sie bedienen zu dürfen. Ich glaube also, meine Damen und Herren, daß dieser Schnee von gestern die Substanz und der Treibstoff für unsere künftigen Verhandlungen sein muß, weil wir sonst an der Realität der Wirtschaftsförderung vorbeidiskutieren. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 19.20 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Grabensberger. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Grabensberger (19.20 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Es ist heute schon sehr viel über die Krankenanstalten gesprochen worden. Mich freut das, weil es die Bedeutung dieser Institution unterstreicht. Und gestatten Sie mir dennoch, aus meiner Sicht, nämlich jetzt aus der Sicht eines Mediziners, ein paar Anmerkungen zu machen beziehungsweise noch einiges, was schon gesagt wurde, zu unterstreichen. Zunächst möchte ich einmal ganz deutlich zum Ausdruck bringen, daß ich sehr froh bin, daß es zu einer Neuorganisation der Struktur der Krankenanstaltengesellschaft gekommen ist und daß ich daran die berechtigte Hoffnung setze, daß dieses Unternehmen nun zu einer qualitätsvollen und konstruktiven Arbeit kommen wird und daß viele Versäumnisse der Vergangenheit aufgeholt werden können. Das bereits vom Kollegen Bacher angesprochene Fehlen, aber die dringende Notwendigkeit der Definition der medizinischen Standards, möchte ich nur nochmals betonen, sie ist leider wirklich bis heute nicht erfolgt, und somit ist das nicht Schnee von gestern und fällt aber eindeutig in die politische Verantwortung. Was hat dieses Fehlen aber zur Folge? Daß wir heute bereits in einem Großteil der 21 steirischen Krankenhäuser durchaus nicht mehr nach den modernen medizinischen Erkenntnissen versorgen und behandeln können, daß die Standortplanungen unkoordiniert sind, daß es zu einem Übergewicht von Partikularinteresse vor volkswirtschaftlichen beziehungsweise wirtschaftlichen Zielsetzungen kommt und daß zahlreiche Prestigeinvestitionen getätigt werden und daß eklatante regionale Versorgungsdisparitäten vorhanden sind. Die Planung erfolgt relativ konzeptlos, wenig zukunftsorientiert, ohne Prioritätensetzung und läuft somit der raschen medizinischen Entwicklung leider stets hinterher. Ich erspare Ihnen heute das Aufzählen einiger Beispiele angesichts der fortgeschrittenen Stunde. Hätten wir klar definierte Standards, dann müßten die entsprechenden Krankenhäuser beziehungsweise Abteilungen auch ihrem Standard entsprechend alle gleich ausgerüstet sein, und das würde die von der Firma Suter & Suter bemängelte Konkurrenzsituation unter den benachbarten Abteilungen oder Krankenhäusern vermeiden helfen. Und ebenso die mühevollen Bittgänge der Primarii um eine Verbesserung des medizinischen Standards beziehungsweise der Ausstattung ihrer eigenen Abteilungen, die monatelangen Korrespondenzen und Telefonate, um dann am Ende doch erfahren zu müssen: Tut mir leid, es gibt kein Geld, Sie blei-

ben dort, wo Sie sind, nämlich mit Ihrer Ausstattung. Zur Zeit hat man den Eindruck, daß jener Primarius, der den direktesten Draht zur Vorstandsetage hat, auch die beste Ausstattung für seine Abteilung bekommt beziehungsweise jener, der am besten golfen kann. Eine weitere Folge dieser nie klar definierten Versorgungsstandards sind krasse Fehlbestände, die natürlich durch die Änderung des Krankheitspektrums entstanden sind und auch durch die demographische Entwicklung, und andererseits wieder haben wir grobe Überkapazitäten und damit stationäre Fehlbelege. Und ich nenne noch einmal dieses Beispiel, weil es mir wirklich so sehr am Herzen liegt und das ein Defizit darstellt, von dem ich einfach nicht verstehen kann, warum wir es nicht beseitigen und uns einfach schlafend stellen, und das ist die unfallchirurgische Versorgung unseres Bundeslandes. Es gibt kein Bundesland, das so miserabel mit unfallchirurgischer Fachversorgung ausgestattet ist wie unser Bundesland Steiermark. Österreichweit bestehen 42 unfallchirurgische Abteilungen unter der Leitung eines unfallchirurgischen Primarius, die Steiermark besitzt außer der Klinik Graz keine einzige. Das Unfallkrankenhaus in Kalwang ist eine Abteilung der Unfallversicherung. Es gibt längst ein unfallchirurgisches Konzept – die Verwirklichung läßt auf sich warten. Ich weiß schon, daß sie vorgesehen ist in der Stufe 2 des Krankenanstaltenplanes, nach dem wir uns zur Zeit noch zu halten haben. Das bedeutet aber, daß wir noch bis zum Jahre 1998 zu warten haben. Was das für die zahlreichen Unfallpatienten bedeutet, überlasse ich Ihrer Phantasie. Es gibt auch längst schon ein geburtshilflich-gynäkologisches Konzept. Auch dieses wird nicht realisiert. Ganz im Gegenteil. Ich habe mit Verwunderung in einer Regionalzeitung von Ihnen, Herr Landesrat Strenitz, das Versprechen an die Bevölkerung lesen müssen, daß die Geburtenabteilung sicher nicht zugesperrt werde. Dafür werde ich mich verbürgen. Ich als Geburtshelferin darf dazu sagen, es soll einer Frau nichts Ärgeres passieren, als daß sie einige Kilometer Fahrt in Kauf nehmen muß, um ihr Kind in maximaler Sicherheit zur Welt bringen zu können. (Abg. Minder: „Speziell, wenn sie in Ramsau oder beim Erzberg wohnt!“) Zu uns kommen sie auch aus Krakau herunter, Frau Kollegin Minder. Sie schaffen es eigentlich immer. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß uns die Patientenrechte ins Haus stehen werden. Hier werden wir zunehmend gefragt werden, ob wir alles getan haben, was einer Behandlung oder einer Versorgung nach dem Standard der modernen Medizin entspricht. Und wir werden antworten müssen, nein, leider. Rechtsverfahren in Massen und hohe Kosten werden die Folge sein. Die Hände allein sind es leider nicht mehr immer, die die optimale Versorgung gewährleisten, Herr Kollege Gennaro.

Meine Forderung beziehungsweise meine Bitte geht also dahin, daß wir dringend, und nicht erst vielleicht im Jahr 1994, den Krankenanstaltenplan aktualisieren beziehungsweise ein bedarfsgerechtes und zukunftsorientiertes medizinisches Strukturkonzept auf den Tisch legen, in Abstimmung auch mit dem Sozialplan. Ich gehe sogar so weit und stelle die Diskussion in den Raum, ob nicht vielleicht Sie, Herr Landesrat, oder auch der Vorstand der Krankenanstaltengesellschaft überlegen sollte, ob man bis zur Erstellung dieses Kon-

zeptes nicht sämtliche Baumaßnahmen stoppen sollte, um Fehlplanungen nicht realisieren zu müssen beziehungsweise nicht in Betrieb nehmen zu müssen, die später dann irreparabel sind beziehungsweise die Homogenität der Funktionalität nicht mehr gewährleisten. Denn die Gelder, die wir hier hinauswerfen, sind immerhin Gelder unserer Steuerzahler. Ich halte das nicht für einen ganz besonders verantwortungsvollen Umgang mit Allgemeingut.

Meine Damen und Herren, es gibt so etwas wie eine gemeinsame Verantwortlichkeit. Und was die Gesundheit und die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung betrifft, so sollten wir beweisen, daß wir zu sachbezogener Zusammenarbeit fähig sind. Ich bitte Sie jedenfalls darum, und ich danke Ihnen jetzt für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 19.29 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ebner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Ebner (19.30 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Es gibt hier noch ein Kapitel in diesem Rechnungshofbericht, an dem ich trotz dieser fortgeschrittenen Stunde einfach nicht vorbeigehen kann. Immerhin handelt es sich um eines der größten Förderungsprojekte der letzten und wohl auch der nächsten Jahre, nämlich um das Projekt „Eurostar“, das ja relativ ausführlich im Rechnungshofbericht behandelt ist. Wobei der Rechnungshof drinnen schreibt, daß alles angefangen hat mit einem sogenannten „Letter Agreement“ vom 5. Dezember 1989, also schon fast drei Jahre her. Was war das? Chrysler und Steyr Fahrzeugtechnik schließen sich zu „Eurostar“ zusammen. Das war der Beginn der endlosen Geschichte. Für mich ist das, was dann passiert ist, ein Paradebeispiel, wie man es eigentlich nicht machen sollte. Es wurde der Firma „Eurostar“ 33 Prozent Förderung zugesagt, wie wir alle wissen, es steht im Rechnungshofbericht drinnen, und es hat damals bereits die warnenden Stimmen gegeben, die vor einer Verletzung der sogenannten EG-Konformität, den EG-Verträgen, gewarnt haben. Auch der Rechnungshof empfiehlt – und wenn man sagt, der Bericht ist Schnee von gestern, muß man sagen, er hat das ja schon lange empfohlen –, vorher hätte man Verhandlungen führen sollen, und nicht im nachhinein jammern. Ich muß sagen, wenn heute angesichts der drohenden Strafzölle die Frau Abgeordnete Bleckmann aus unserer Fraktion eine Anfrage an die Frau Landesrätin Klasnic gestellt hat, hätte ich mich gefreut, wenn sie jetzt da gewesen wäre. Da muß ich sagen, mir persönlich ist es zuwenig – (Abg. Dr. Cortolezis: „Ich richte es ihr aus!“) Candidus Cortolezis richtet es ihr aus –, angesichts der drohenden Strafzölle die Methode „Kopf-in-den-Sand-Stecken“ zu praktizieren und zu sagen, wir brauchen ja eigentlich – das habe ich herausgehört – gar nichts zu machen, weil es wird ja eh nicht kommen, statt daß wir vorausschauende Politik betreiben und hier vorbeugend – möglicherweise kommt es ja doch, es schaut ganz danach aus – Aktivitäten setzen, was wäre, wenn Strafzölle sind. Das würde natürlich dem Werk doch einigen Schaden zufügen. Aber nach dem Rechnungshofbericht war es noch lange nicht soweit mit dem Strafzoll. Beim

Spatenstich ist noch der Iacocca eingeflogen, da wurde der Förderungsvertrag im März 1990 unterschrieben von Vranitzky, Krainer und Stingl. Und hier sagt der Rechnungshof, hier setzt seine Kritik an beim Förderungsvertrag. Ich zitiere wörtlich aus dem Rechnungshofbericht, einen Satz: „Die geförderte Unternehmung wird tatsächlich ausländisch beherrscht sein, weil Chrysler vereinbarungsgemäß den Vertrieb und die Preisgestaltung weitestgehend bestimmen kann.“ Und das, muß ich dazufügen, bei 11,5 Prozent Eigenkapital von Chrysler. Alles andere, nämlich fast 90 Prozent, meine Damen und Herren, ist österreichisches Kapital. Und dennoch muß der Rechnungshof sagen, es wird total ausländisch beherrscht sein. Was heißt denn das, durch die Preisgestaltung ausländisch beherrscht sein? Zulieferung von den amerikanischen Chrysler-Betrieben, hier kann er die Preisgestaltung machen, Abnahme der Mini-Van, so heißen die (Abg. Dr. Lopatka: „Immer die Ausländer!“), Kollege Lopatka, was kennst du dich bei Chrysler schon aus? Du kennst dich besser im Ghart-Wald aus. (Abg. Dr. Lopatka: „Genausoviel wie du – wir sind beide Beamte!“) Aber bei Mini-Van-Abnahme durch Chrysler auch hier die Preisgestaltung, das heißt, die Gefahr ist natürlich sehr groß bei dieser ausländischen Beherrschtheit, daß die Gewinne auch ins Ausland verschoben werden, und wie der Rechnungshof auch hier kritisiert, kein Risikokapital für Forschung und die Entwicklung eingesetzt werden dürfte. Das wird im Ausland sein, und so gesehen war das natürlich ein schlechter Vertrag. Ich muß sagen, Chrysler hat da ganz geschickt mit den österreichischen Politikern gespielt. Aber umgekehrt wurde „Eurostar“ doch von österreichischen Politikerstreichen oder vom Tonband übel mitgespielt, das soll man vielleicht auch einmal sagen. Ich will da keine Geschichte erzählen, sondern die Wahrheit aus meiner Sicht erzählen, wie das Verhalten des Herrn Bürgermeisters Stingl in dieser Angelegenheit war. Es war von vornherein klar, daß Emissionsprobleme auftauchen bei so einem Werk. Deshalb haben auch die Grazer Freiheitlichen die Zustimmung zur Förderung abhängig gemacht vom umweltmäßigen Stand der Technik. Dem ist auch zugestimmt worden, das Werk hat sich ausgekannt – (Abg. Gennaro: „Ein totaler Blödsinn!“) Kollege Gennaro, ich komme schon noch zu dem Problem, keine Sorge. Sparen Sie sich den Zwischenruf ein bißchen auf, es wird schon noch kommen.

Das Werk hat sich ausgekannt und hat gesagt, es ist eh klar, in Amerika müssen wir das auch so machen, die EPA verlangt das ja auch. Und bei den ersten Schwierigkeiten hat sich dann Stingl eingeschaltet und hat das Werk in dem Glauben gelassen, es geht alles leicht über die Bühne, und hat auch dem zuständigen Umweltamt die Gutachtertätigkeit entzogen, das ist eine eindeutige Kompetenzüberschreitung gewesen. „Eurostar“ hat sich dann bitte darauf verlassen und ist in die Irre geführt worden. Das muß man auch einmal deutlich sagen, das kann man ihnen gar nicht vorwerfen. (Abg. Gennaro: „Das ist ein Blödsinn!“) Das ist kein Blödsinn, Kollege Gennaro, glauben Sie mir, daß ich das weiß! (Präsident Dr. Klausner: „Kollege Gennaro, du bist ohnehin zu Wort gemeldet, lasse den Redner ausreden, es dauert nur länger!“) Sie können dann ja auf alles eingehen, aber nicht so, daß ich dann wieder hinausgehen muß, aber jedenfalls ist in zweiter Instanz dies bestätigt worden, nur allerdings, eine

Freude wird Chrysler oder „Eurostar“ damit nicht haben können mit dem Bescheid zweiter Instanz. Das weiß ich! Ich werde dir gleich aus der heutigen Zeitung etwas zitieren, auf 25.000 ist es beschränkt worden, Jahresproduktion, und in der heutigen „Kleinen Zeitung“ ist zitiert der Geschäftsführer Ewald Strasser, kaufmännischer Leiter, er sagt hier in der Zeitung, daß sie gegenwärtig bei 27.000 Kraftfahrzeugen Jahresproduktion sind. Ich muß sagen, schön für das Werk, nur genehmigungswidrig ist es, weil 25.000 genehmigt sind. Und damit hat man dem Werk sicherlich nichts Gutes getan. Ich würde jedem Politiker, der sich bei Dingen einmischen will, insbesondere dem Stingl, in sein Buch schreiben, er soll sich nicht in Dinge einmischen, von denen er eindeutig nichts versteht. Er schadet dem Werk nur vielmehr (Abg. Dr. Maitz: „Dann müßten Sie aufhören zu reden, wenn Sie das ernst nehmen!“), und er sollte hinunterschauen zum erhöhten Kamin und sollte den betrachten als den mahnenden Finger, der gegen ihn gerichtet ist. (Beifall bei der FPÖ. – 19.37 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (19.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich ein wenig mit dem Rechnungshofbericht beschäftigen, nämlich mit der Wahrnehmung der Gemeindeaufsicht. Wir haben in der Steiermark zwei Referenten für die Gemeinden, einen für die roten Bürgermeister und einen für die schwarzen und andere Bürgermeister. (Abg. Dr. Lopatka: „Blaue gibt es keine!“ – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Noch nicht!“) Und eines sage ich dir, du wirst es erleben. Aber eines sage ich euch, die Rechtsabteilung 7 ist in Wirklichkeit und dem Bericht nach keine Gemeindeaufsicht, sondern eine Bürgermeisterschutzbehörde.

Solange der Bürgermeister schwarz ist oder der Bürgermeister rot ist, ist jeder Schutz gewährleistet. Und gerade hier hat der Rechnungshofbericht gezeigt, was eigentlich sich eine Interessengemeinschaft alles antun muß, um vielleicht doch zu einer Prüfung zu kommen. Ich will jetzt gar nicht hier im einzelnen darauf eingehen, aber Tatsache ist, daß es einige kritische Punkte gegeben hat und hier ein bisserl Ping-Pong gespielt wurde. Der Rechnungshof hat es an die Gemeindeabteilung abgetreten, und da hat es wieder nicht ganz hingehaut. Der Landeshauptmann hat gesagt, er prüft das nicht, weil das ist ja eh in Ordnung. Es bestehe keine begründete Veranlassung im Hinblick auf das laufende Konzept und die laufende Kontrolle durch die Rechtsabteilung 7 und die Bezirkshauptmannschaft Leoben, obwohl es einige Dinge gegeben hat. Und dann hat es, weil es an der Kante war, eine Weisung gegeben, daß doch die finanzielle Lage der Stadtgemeinde verbessert wird. Und man hat das Ganze dann mit der Ausnahmelage in der Krisenregion begründet. Die ausgeglichene Erstellung des Voranschlags bezeichneten der Bürgermeister und die Landesregierung als vollständige Sanierung gelungen. Der Rechnungshof ist ein bisserl anderer Meinung und meint, daß die ordentliche Haushalts-

führung zumindest den Versuch erkennen lassen müßte, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen, sobald sich eine negative Entwicklung abzeichnet. Heute schaut die Geschichte etwas anders aus. Heute gibt es keinen ausgeglichenen Voranschlag oder nur einen, wenn die E-Werke verkauft werden. Ich weiß nicht, ob das gerade so in Ordnung ist, wie das in Eisenerz aussieht. Aber sind wir uns ehrlich, nehmen wir diesen Fall als Anlaß, einmal darüber nachzudenken, wie man die Dinge in der Zukunft gestalten sollte und wie man die Dinge in den Griff bekommt. Ich glaube, eine Aufsichtsbehörde muß eine Aufsichtsbehörde sein. Und wenn es Aufsichtsbeschwerden gibt, dann sind diese eben zu behandeln. Zur Zeit gibt es kein Recht auf Behandlung. Das ist einfach untragbar. Und ich glaube, daß es notwendig ist, wenn auch festgestellt wird, daß es hier unter Umständen im finanziellen Bereich Probleme gibt, daß man das auch überprüft. Die Zuweisung der Bedarfszuweisungen darf nicht nur aus politischen Gründen zum Stimmenkauf verwendet werden, sondern eines soll stattfinden: Landeshauptmann Krainer wie auch Landeshauptmannstellvertreter Schachner haben sich dazu schon geäußert und gesagt, jawohl, Entpolitisierung auf allen Linien, auch hier muß eine Entpolitisierung stattfinden. Die Gemeindeaufsicht wird ja erst interessant werden, was Sie ja wahrscheinlich in erster Linie betreiben werden – die Direktwahl des Bürgermeisters. Hier muß man überlegen, wie das in der Zukunft ausschauen wird. Und deswegen meine ich, daß wir das zum Anlaß nehmen sollten, darüber nachzudenken, wie wir die Gemeindeaufsicht in der Zukunft gestalten werden. In diesem Sinne danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 19.42 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Dörflinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dörflinger (19.42 Uhr): Der Kollege Cortolezis braucht keine Angst zu haben. Ich habe einmal versucht, nach Mitternacht zu reden, und habe die Erfahrung gemacht, daß das viel zu spät ist. Ich hoffe, daß halb acht Uhr für die Kollegen nicht zu spät ist. Ich gehe davon aus, daß das durchaus von der Kondition her zu bewerkstelligen ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Günter, du hast die Probleme gehabt, nicht wir!“) Ich habe vielleicht weniger Promille gehabt als manche unten. Ich bezeichne das nicht als Problem, sondern durchaus als Zustandsbeschreibung. (Abg. Dr. Lopatka: „Redest du von der Regierungsbank?“) Melde dich einmal! Diese Unterstellungen habt ihr schon unter die Leute gebracht. Du brauchst sie herinnen nicht zu wiederholen, sie werden deswegen nicht richtiger.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil mich die Ausführungen der Frau Kollegin Grabensberger beeindruckt haben und weil ich da in einigen Bereichen doch das Gefühl gehabt habe, daß aus der Sicht einer Medizinerin, die weiß, was tagtäglich in einem Spital passiert, die weiß, welche Probleme und Schwierigkeiten es dort gibt, sehr ernst und sehr engagiert ein Problem aufgeworfen wurde. Ich glaube, daß wir da nicht sehr weit auseinanderliegen, und ich glaube, daß wir da durchaus in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren Gelegenheit haben werden, uns zuzusagen selbst beim Schopf zu nehmen und nachzu-

schauen, wie es mit diesen oberflächlichen und grundsätzlichen gemeinsamen Ankündigungen dann steht. Ihre Bitte und Ihr Vorschlag, eine sachbezogene Zusammenarbeit in dem Bereich durchzuführen, nehmen wir gerne an und nehmen wir auch sehr konkret an, auch wenn Sie nach dieser Bitte durchaus leicht, was Ihnen nicht sehr gut liegt, in den polemischen Bereich abgegangen sind, weil ich schon davon ausgehe, daß die Entscheidungen in der Krankenanstaltengesellschaft nicht danach fallen, wer das bessere Handicap am Golfplatz hat. Und ich gehe auch davon aus, daß Entscheidungen in der Krankenanstaltengesellschaft m. b. H. nicht danach fallen, wer als erster den Herrn Landesrat erwischt, weil wir auch alle wissen, daß die grundsätzlichen Entscheidungen damals in einem Gesellschafterausschuß getroffen wurden und meines Wissens dort nicht nur Golfspieler drinsitzen und nicht nur der Gesundheitslandesrat drinsitzt. Ich glaube schon, daß hier auch aus Ihrer Sicht die bisherige Tätigkeit der Krankenanstaltengesellschaft ein bisserl zu negativ dargestellt wurde. Und ich glaube, daß da sehr wohl sehr gute Arbeit geleistet wurde, wenn auch da oder dort das eine oder andere noch zu verbessern ist und wir eben mit dieser Strukturveränderung, die gemacht wurde, genau versuchen, diese Schwachstellen auszumerzen. Und das dürfte auch gelungen sein. Worum es mir aber geht, und wir haben diese Diskussion schon beim Budget das letzte Mal geführt, und Sie haben die Standards der Spitäler angesprochen, der Kollege Bacher hat das auch gemacht, und Sie haben hier indirekt die Versorgung der steirischen Bevölkerung mit Spitälern, mit Gesundheitseinrichtungen, angesprochen. Ich höre die Botschaft wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wir sind alle noch im Banne, und wir wissen sehr genau, wie das gelaufen ist. (Abg. Dr. Cortolezis: „Was heißt das?“) Candidus, melde dich zu Wort. Du kannst ja herauskommen. Wir wissen alle, wie es abgelaufen ist, wenn es darum geht, irgendwo etwas einzusparen. Ich sage zwei Stichworte: Bezirksgerichte, und ich sage Gendarmerieposten. Überall dort, wo es konkret darum gegangen ist, hat es diese Unterstützung nicht in dem Ausmaß gegeben, wie es notwendig ist, und überall dort sind wir alle, ob rot, blau oder schwarz, auf die Palme hinaufmarschiert, haben getobt wie die Esel und haben gesagt, dieses Bezirksgericht sperren wir nicht zu. Die gleichen Vertreter sitzen 200 Kilometer entfernt in Wien im Parlament und sagen, wir müssen einsparen, einsparen, einsparen, und um das werden wir nicht herumkommen. Und es ist auch nicht so, daß irgendein Landesrat oder irgendein Spitalsmanager heute darüber entscheidet, welche Abteilung in welchem Krankenhaus ist, daß nicht ein Spitalsmanager darüber entscheidet, welches Krankenhaus wo ist, sondern es gibt einen Krankenanstaltenplan. Und in diesem Krankenanstaltenplan steht drinnen, welche Krankenhäuser betrieben werden, welche Abteilungen in welchen Krankenhäusern betrieben werden, und diesen Krankenanstaltenplan haben wir, also nicht wir, sondern unsere Vorgänger, haben Rot und Schwarz, sage ich einmal sehr vereinfacht, beschlossen.

Und man kann nicht heute hergehen, jenen Plan, den wir gemeinsam beschlossen haben, der jetzt von 1991 bis Ende 1993 gilt, so als Tohuwabohu darstellen. Ich bin aber dafür, daß wir das ändern. Das kann dann

aber auch nicht so laufen, und das möchte ich schon einmal darstellen auch, das kann dann nicht so laufen, daß der Landesrat, der dafür zuständig ist, einen Vorschlag einbringt und befindet, daß die oder die Abteilung in diesem oder jenem Spital geschlossen werden muß, und dann gibt es den großen Aufschrei von allen, die heute hier gesagt haben, tun wir einsparen, tun wir reduzieren, machen wir bessere Standards. Ich glaube das wirklich, und das versuche ich Ihnen mit dieser Wortmeldung zu vermitteln. Sie werden uns an Ihrer Seite finden, wenn es darum geht, konkret zu sagen, wo verändern wir etwas. Das kann aber nicht ein politisches Spiel werden, mit dem dann irgendwo ein Landesrat wundgeschossen wird. Und die Gefahr besteht immer. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.49 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (19.50 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Dr. Grabensberger!

Ich möchte wirklich direkt auf Ihre Ausführungen antworten, und ich möchte Sie einladen, nach Fürstenfeld zu kommen und das LKH Fürstenfeld zu besuchen. Mein Freund Maitzen ist leider nicht mehr da, weil er krank ist, aber ich glaube, daß ich hier auch seine Vorstellungen deponiere. Sie kennen die Probleme der Krankenhäuser in der Provinz, in den Bezirken draußen, ich hoffe, Sie kennen sie. Sie kommen aus Judenburg. Aber ich möchte darauf hinweisen, wie schwer es ist – und da bin ich sehr froh, daß der Herr Landesrat Dr. Strenitz immer auf unserer Seite ist, und er hat gerade vor kurzem noch in Feldbach, ich bin selber ein halber Feldbacher, aber es war dort eine Pressekonferenz, und es sind natürlich auch diese Überlegungen vorgebracht worden von Dr. Hoffmann, der dort diese neue große Geburtstation leitet. Er leitet sie hervorragend, aber Sie kennen die Begehrlichkeiten. Und natürlich kommt immer wieder heraus, Feldbach ist groß genug, um auch die Geburten von Fürstenfeld zu übernehmen. Und Hartberg wird neu gebaut, Gott sei Dank muß ich sagen. Wenn ich mir diese Überlegungen alle anschau, müßte man sich fragen, warum baut man nicht das Hartberger neu. Gott sei Dank, bauen wir Hartberg neu. Gott sei Dank erweitern wir auch Fürstenfeld, und ich sage Ihnen als Nichtmediziner, aber als einer, der unten die Entwicklung in Fürstenfeld verfolgt, Gott sei Dank steht unser Landesrat Dr. Strenitz im Gegensatz zu Ihren Ausführungen hier dazu, daß auch in Fürstenfeld diese Geburtstation erhalten bleibt. Ich möchte Ihnen nur folgendes sagen: Wir haben in Fürstenfeld das Problem gehabt, dort hängt es ja immer, es geht hier nicht nur um medizinische Fragen, die Sie vielleicht in den Vordergrund stellen, es geht hier auch um menschliche, psychologische Überlegungen und daß die Frauen im Raum Fürstenfeld, aber auch im nahen Burgenland sehr froh sind, daß sie heute in der Geburtstation Fürstenfeld ihre Kinder zur Welt bringen können. Sie werden vielleicht einwenden, da ist kein ständiger Gynäkologe dort. Ich möchte Ihnen sagen, wir haben Gott sei Dank jetzt einen Frauenarzt, den Sie vielleicht kennen, den Dr. Langer, der einen Kon-

ziliarvertrag hat. Und wir haben erfreulicherweise die Anzahl der Geburten gesteigert. Wir haben früher einen anderen Frauenarzt gehabt, zu dem die Frauen kein Vertrauen gehabt haben, und sie haben entbunden in Burgenland, in Güssing, auch in Feldbach beim Dr. Pfister zum Teil, in Graz – meine Kinder sind damals in Graz zur Welt gekommen, weil das Vertrauen zum Frauenarzt nicht da war. Und heute entbinden sie Gott sei Dank in Fürstenfeld. Es gibt Normen der Erreichbarkeit. Fürstenfeld ist von Graz ungefähr 45 Minuten entfernt, mit dem Rettungswagen ist es etwas kürzer, von Feldbach ungefähr eine halbe Stunde, ich weiß das, weil ich hie und da hinüber fahre. Ich lade Sie wirklich ein, Frau Dr. Grabensberger, machen wir uns einen Termin aus mit dem Kollegen Maitzen, Sie kommen einmal nach Fürstenfeld, wir gehen dann in eine Buschenschank oder wo immer Sie wollen oder wir laden Sie zu einem guten oststeirischen Mittagessen ein, aber vorher besuchen wir die Geburtstation Fürstenfeld, sprechen Sie mit den Frauen, die dort ihre Kinder zur Welt gebracht haben, und dann bin ich überzeugt davon, daß Sie Ihre Meinung, die Sie heute deponiert haben, die allein aus medizinischer Sicht vielleicht zu verstehen ist, ändern – akzeptieren kann ich sie nicht. Der Kollege Bacher gibt mir recht, der Lopatka sowieso. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen – jetzt bin ich beim Kollegen Dörflinger –, daß die Diskussion, einsparen dort und da, natürlich könnte man es so machen, in Graz und in Leoben und alles andere sparen wir ein, so ersparen wir sicher viele Kosten, aber was auf der Strecke bleibt, das sind die Menschen draußen, die Infrastruktur, die medizinische Betreuung und die Lebensqualität. Und da, Frau Dr. Grabensberger, muß ich Ihnen widersprechen, es tut mir leid, daß Sie hier diesen Ton, diese Argumentation in die Diskussion gebracht haben, weil ich überzeugt davon bin, daß sie falsch ist. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 19.52 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (19.52 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vielleicht zur Aufklärung, weil es in die falsche Kehle gekommen ist. Natürlich habe ich gesagt „Schnee von gestern“, und ich kann nur noch einmal herausstreichen, wenn zum Beispiel in diesem Rechnungshofbericht der Schuldendienst vom Jahr 1985 bis zum Jahr 1988 vom Rechnungshof geprüft wird, da brauche ich nur in die Runde zu schauen, so werden viele gleich nicken, das ist sicher Schnee von gestern, weil da haben wir schon einige Budgets mit Diskussionen und mit dem Wissensstand, was hier drinnen ist, darüber gebracht.

Das Zweite, auch Schnee von gestern, der Schuldendienst und der Vergleich bei den Ausgaben im Gesundheitsbereich. Wer den Bericht gelesen hat, weiß, daß im Kapitel 5 „Gesundheit“ für die Krankenhäuser, Krankenanstalten rund 93 Prozent der Ausgaben für diese Gruppe allein für die Spitäler und Krankenanstalten waren. Ich sage deshalb Schnee von gestern, weil Gott sei Dank vieles neu installiert wurde. Es gibt

eine Entpolitisierung, die Diskussionen hat es gegeben. Es ist sehr viel im Bereich der Krankenanstalten verwirklicht worden. Und daß die Diskussionen nie zu Ende sein werden, ist – glaube ich – jedem bewußt, der mit Gesundheit in irgendeiner Form zu tun hat. Da braucht man gar kein Fachmann in dem Sinne zu sein, denn eines möchte ich vorwegstellen: Der Kranke hat nur einen Wunsch, gesund zu sein. Und wenn man gesund ist und wenn man nicht unmittelbar betroffen ist, hat man viele andere Wünsche. Es ist sehr viel passiert durch die Führung des Ressorts Landesrat Dr. Strenitz.

Und Gott sei Dank kommen wir weg, und er ist immer in der Öffentlichkeit, trotz schwieriger Situation, trotz Medienberichte, trotz politischer Diskussionen, zu seinem Wort gestanden. Und da er es nicht einfach und leicht hat, wird unsere Aufgabe sein, ihn zu unterstützen, daß er die Verwirklichung seiner Vorstellung zum Wohle der leider in Krankenhäusern liegenden Patienten umsetzen kann. Und da würde ich um eure Mithilfe bitten. Das andere ist schon alles gesagt, ich will mich da nicht verbreitern. Es ist nur bedauerlich, daß diese Rechnungshofberichte im generellen – das habe ich auch am Zuhören gemerkt – nicht einmal die eigene Fraktion der Frau Dr. Karisch interessiert, aber wir haben auch nicht aufmerksam zugehört, ich schließe mich mit ein. Ein Problem, daß man so ein Paket hinkommt, und dann soll man einen Bericht in drei Minuten machen. Und deswegen habe ich gemeint, oft muß man dann selbst herauskristallisieren, was tatsächlich Schnee von gestern ist. Und ich unterstütze und unterstreiche alles, was Sie in bezug, Herr Klubobmann Vesko, der Wirtschaftsförderung gesagt haben. Ich könnte jetzt mit Stolz sagen, ich habe seit 1986 das Glück, im Landtag zu sein, die Diskussionen haben wir alle Jahre geführt. Das, was wir immer gepredigt haben, ist endlich umgesetzt worden. Wir verhandeln für ein neues Wirtschaftsförderungsgesetz. Wir haben auch teilweise ausgegliedert durch die Wirtschaftsförderungs-Ges. m. b. H. Auch hier haben wir Fortschritte erzielt. Mich wundert nur, daß die ÖVP so ruhig ist und nicht ihre Landesrätin, die sogar aus eigenen Reihen stark angegriffen ist, etwas mehr verteidigt. Aber das steht nicht mir zu zu beurteilen.

Nun zum letzten Punkt, „Eurostar“, zur Sache. Bei den freiheitlichen Kollegen muß ich noch einmal wiederholen, seit Beginn dieses Projektes war die FPÖ dagegen – Herr Kollege Ebner, wenn Sie objektiv den Rechnungshofbericht zitiert hätten, dann hätten Sie nicht aufgehört – (Abg. Dr. Ebner: „Das habe ich aufgeklärt!“), nur bei dem einen Satz, der Ihnen hineingepaßt hat, dann haben Sie aufgehört.

Sie haben aber nicht weitergelesen, daß die Subventionen, die für das „Eurostar“-Werk gewährt wurden, sicherlich nicht in der Höhe wie seinerzeit bei Steyr, bei dem BMW-Werk oder bei General Motors waren. Das steht auch ganz objektiv da drinnen, und daß man sich aus dieser Subvention natürlich auch erwartet, daß die Förderungen der Arbeitsplätze sowie auch die Situation der Qualität, der Standortvergleich standhält. Sie wissen, welche Länder sich angeboten haben um dieses Projekt. Sie wissen auch, warum die Franzosen jetzt dementsprechend, obwohl sie es bestreiten, diese bedauerliche Geschichte mit dem Schutzzoll entriert haben.

Mir ist nur bekannt, daß die Franzosen es waren, obwohl sie es bestreiten. Und auch hier hake ich gleich ein. Meine Damen und Herren! Das sind die Negativauswirkungen. Und gerade jetzt in der Diskussion, wo wir über die EG diskutieren, passiert uns das, haut uns, und das sage ich ganz offen als meine persönliche Meinung, um Welten zurück, weil die Leute sagen, Moment, hier müssen wir aufpassen, und schaut euch das an. Und dann frage ich die Herren der Wirtschaft. Wir gehen in den Osten, wir machen Betriebe drüben, wo wir genauso wissen, daß, wenn aus dem Osten irgendwo etwas in den EG-Raum kommt, auch ein Schutzzoll kommt, und es wird kassiert. Also da bin ich dabei, daß ich sage, da muß man aufpassen. Nur, wir bekennen uns, und wir haben uns bekannt, und so billig hat es sich keiner gemacht, auch in der Stadtgemeinde Graz. Und hier muß ich wirklich sagen, alle Bürgermeister, einschließlich auch des Bürgermeisterstellvertreters Dr. Weinmeister, der auch, wenn man mit ihm unter vier Augen redet, eine andere Meinung hat, weil es sind alle Auflagen erfüllt worden bei „Eurostar“, wie zum Beispiel der Kamin.

Nur, wenn man so ein Großprojekt, Herr Kollege, ich weiß nicht, ich bin kein Wirtschaftsexperte, aber es werden mich gleich ein paar belehren, derartig sabotiert, wie es die Stadt Graz und wie es von eurem Ressort gemacht worden ist (Abg. Dr. Ebner: „Das ist überhaupt nicht wahr!“), dann können Sie sich ausrechnen, um wie viele Millionen sich das Projekt verteuert. Das ist einmal eine Grundsatzgeschichte. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Vorher habt ihr groß vom Umweltschutz geredet!“) Ich sage Ihnen gleich ein konkretes Beispiel: Das Werk ist fertig, und dann steht eine Portierloge, Herr Kollege Vesko, und dann kommt man her von Ihrem Ressort der Stadtgemeinde Graz und sagt, da gibt es keine Genehmigung für diese Portierloge. Das muß weg dort unten. So laufen die Dinge. Und ich sage noch einmal, die Einladung der Geschäftsführung der Firma „Eurostar“ sollten sich alle wirklich zu Herzen nehmen und anschauen. Und ich freue mich, weil dies in mein Ressort fällt, daß wir bereits jetzt schon 800 Dienstnehmer haben, daß wir hier im Landtag beschlossen haben, die Subventionen vorzuziehen, damit die dritte Stufe des Ausbaues gemacht werden kann, so daß wir mit Jänner 500 Dienstnehmer neu aufnehmen können. Und ich habe es hier schon einmal im Haus gesagt, Sie können es nachprüfen, es sind über 3000 Vormerkungen bei „Eurostar“, die dort anfangen wollen. Das ist für Graz, für die Steiermark natürlich ein Projekt, wo wir sagen, Gott sei Dank gibt es so etwas, weil unsere wirtschaftliche Situation ist sicherlich nicht in der Form gegeben, wie man es sich wünschen würde. Und die Landesregierung hat, und das muß ich unterstreichen, für dieses Projekt die positiven Beispiele und die positive Situation herausgehoben. Tun Sie nicht immer so, als sei alles negativ. Ich will euch das ersparen, was der ÖVP bei General Motors passiert ist, wo sie immer dagegen war, und bei der Eröffnung haben sie sich dann gewundert, weil sie nicht in der ersten Reihe Platz nehmen haben können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.00 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Grabensberger.

Abg. Dr. Grabensberger (20.00 Uhr): Keine Angst, ich halte mich kurz. Aber ich bin mehrmals direkt angesprochen worden, und ich glaube, daß ich zu einigem antworten beziehungsweise richtigstellen muß. Herr Kollege Dörflinger, ich möchte nicht nur einsparen, sondern ich möchte eine effiziente medizinische Versorgung unserer steirischen Bevölkerung erreichen. Wir schließen ja jetzt schon Abteilungen über Sommermonate, über die Winterferien. So effizient ist die Versorgung wirklich nicht mehr. (Abg. Gennaro: „Strukturreform!“ - Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist durch Jahrzehnte schon geschehen!“) Wollten wir nicht einiges verbessern, und nicht, was Jahrzehnte war, fortführen? Kann ich kurz weiterreden, weil sonst hören wir überhaupt nicht auf. Daß der Krankenanstaltenplan ein Tohuwabuho ist, habe ich auch nie gesagt. Aber er ist einfach alt. Vier Jahre hat man gebraucht, bis er erstellt wurde. Seit 1991 haben wir ihn jetzt, und er gehört aktualisiert. Das ist alles, was ich sagen wollte. Sie können selbstverständlich alle alles haben. Ich will nichts zusperren. Sie müssen es nur selbst finanzieren, und Sie müssen es auch verantworten. Und zum Herrn Kollegen Wabl wegen der Geburtenstation: Ich habe ähnliches bei uns in Judenburg mitgemacht. Knittelfeld hatte auch eine Geburtenstation. Es gab große Aufregung, als man sie schließen wollte, und man hat sie geschlossen. Heute kommen die Patienten verteilt entweder nach Leoben oder Judenburg und bringen dort auch als glückliche Mütter ihre glücklichen Kinder zur Welt. Danke. (Beifall bei der ÖVP. - 20.02 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Letzter auf der Rednerliste ist der Herr Landesrat Dr. Strenitz.

Landesrat Dr. Strenitz (20.03 Uhr): Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, diese Debatte erfordert es doch, einige Dinge anzumerken beziehungsweise aufzuklären. Ich möchte mich nicht wiederholen, wenn ich sage, es ist alter Schnee, wenn wir vom Rechnungshofbericht sprechen. Er ist zum Teil auf Fakten gegründet, die bis zu zehn Jahre zurückliegen. Das ist eben das Schicksal der Rechnungshofberichte, und er ist gemacht worden über eine Zeit, die ich als die Gründerphase der Spitäler bezeichnen möchte mit all ihren Kinderkrankheiten. Wir haben diese Gründerphasen abgeschlossen, und wir haben diese Gründerphase einvernehmlich abgeschlossen. Darum wundere mich in der Atmosphäre und im Ziel einige Wortmeldungen, aber ich möchte das nicht näher kommentieren. Wir haben das große Reformpaket über die steirischen Krankenanstalten mit den Stimmen aller hier im Hohen Haus vertretenen Parteien abgeschlossen, und ich denke, es ist eine gute Basis für die weitere Arbeit. Wir haben die politische Verantwortung nicht aufgehoben. Aber wir haben sie getrennt von der betrieblichen und managementmäßigen Verantwortung. Wir haben die Ziele vorzugeben, der Vorstand hat sie umzusetzen, und wir haben zu kontrollieren, ob es so geschehen ist. Das ist der nächste Schritt. Es geht um die Zieldefinition, und es geht darum zu sagen, was wollen wir von unseren Spitälern in quantitativer Hinsicht, und was wollen wir in qualitativer Hinsicht. Und das geht auch um den Leistungsstandard unserer Spitäler, es geht um die

Qualitätssicherung, es geht auch, und das wird eine Gretchenfrage werden, um die Abstimmung des Leistungsspektrums aller unserer 21 Häuser. Es gibt einen Krankenanstaltenplan - er ist zwei Jahre alt -, schon in diesem Plan ist vorgesehen, daß die Jahre 1991 bis Ende 1993 festgeschrieben sind, daß jedoch die Spanne ab 1994 eine Orientierungshilfe darstellt, die neu zu überarbeiten ist. Es ist aber ein Irrtum, Herr Abgeordneter Bacher, wenn Sie meinen, daß man innerhalb weniger Tage oder Wochen das Leistungsspektrum von 21 Häusern und über 80 Abteilungen und Primariaten neu überarbeiten könnte. Diese Arbeit ist der Kommission, die ich jetzt unter dem Arbeitstitel Suter & Suter nenne, vorbehalten, die über meinen Antrag von der Regierung eingesetzt wurde. Dieser Kommission gehören an zwei Vorstände der KAGES, die vier Bereichsdirektoren, die Herren des Betriebsrates, der Patientenombudsmann und auch Parteienvertreter. Ich merke noch einmal an, es war leider Gottes Ihre Partei, die mit ihrer Nominierung so lange gewartet hat, daß dadurch das Unternehmen Suter & Suter auch nicht gerade beschleunigt wurde. Aber die erste Sitzung ist anberaumt, und die Unterlagen sind ausgesandt. Wir werden im nächsten Jahr Haus für Haus und Versorgungssektor um Versorgungssektor und Abteilung für Abteilung durcharbeiten, und es wird nicht immer nur Freude bereiten. Ich sage das hier auch mit aller Deutlichkeit. Es wird nicht immer nur Freude bereiten, aber es wird eines nicht passieren, wir werden das Leistungsangebot mit Sicherheit nicht kürzen. Wir werden durchaus darüber diskutieren, ob jedes Haus auch ab 1994 und in den folgenden Jahren das anbietet, was es heute anbietet. Wir werden Dinge aus Spitälern auslagern. Wir werden sie in Pflegeeinrichtungen geben, wir werden sie in den ambulatorischen Bereich geben. Wir werden aber in der Summe das Versorgungsangebot mit Sicherheit nicht verringern. Und ich möchte eines zu Ihnen, Frau Kollegin Dr. Grabensberger, sagen: Sie waren wie immer sehr charmant, und ich werde versuchen, ebenso charmant zu antworten. Liebe gnädige Frau, wenn Sie sagen, stoppen wir die Bauten. Was möchten Sie stoppen? Möchten Sie stoppen den Umbau der Neurochirurgie in Graz? Möchten Sie stoppen die Operationssäle für die Unfallchirurgie in Graz, die Bauten für die Herzwachstation, möchten Sie stoppen die Stolzalpe? Hätten Sie noch vor zwei Monaten Judenburg gestoppt? Hätten Sie das alles getan, dann wünsche ich Ihnen viel Glück, aber ich sage Ihnen, daß Sie sich im Gegensatz zu lange durchgeführten Planungsmaßnahmen und Beschlüssen befunden hätten, die von all den Vertretern hier in der Krankenanstalt, im Aufsichtsrat der KAGES und den zuständigen Gremien gefällt wurden. Sie sind überhaupt ein bißchen inkonsequent. Auf der einen Seite reden Sie vom unfallchirurgischen Konzept. Das gibt es. Es gibt das unfallchirurgische Konzept mit den Häusern in Graz, in Bruck im Bau, in Wagna geplant, in Fürstenfeld und in Judenburg. Und nun sagen Sie, wir brauchen die Pläne. Aber im gleichen Atemzug sagen Sie, na Judenburg sollte man doch vorziehen. Warum müssen wir da bis 1998 warten? Das ist ein bißchen inkonsequent. Ich will es nicht damit in Verbindung bringen, daß Sie dort Ärztin sind, daß Ihr sehr geschätzter Herr Gemahl dort auch Primarius in diesem Hause ist. Ich sage nur, wenn man Planungen will,

dann soll man sich an vorgelegte Planungen auch halten. Sie haben angeschnitten die Patientenrechte. Ich glaube, daß noch nie soviel für die Patientenrechte getan wurde wie in dieser Zeit. Wir haben eine Schiedsstelle eingerichtet, sofern es zu Prozessen käme, wir haben mit 1. Oktober eine Ombudsfrau bestellt, die allseits geschätzte Landtagsvizepräsidentin Zdarsky. Die mir unterstehende Rechtsabteilung 12 ist im Begriffe, eine Kodifikation der Patientenrechte für die Steiermark zu erarbeiten, und es sind die Herren der Krankenanstaltengesellschaft dabei, die Richtlinien über die Begleitung von Eltern von Kindern, die sich im Spital befinden, auch neu auszuarbeiten. Ich sage im D-Zugs-Tempo, weil wir an sich vom Rechnungshofbericht ausgegangen sind, das meiste ist erfüllt. Neubauten, Architektenwettbewerbe werden ausgeschrieben, leitende Posten von Herren werden ausgeschrieben, der zentrale Einkauf ist verwirklicht. Gewisse Dinge gehen nur in Schritten. Arbeitszeitgesetz, weil die Herren des Betriebsrates hier im Zuschauerraum anwesend sind. Es ist nicht möglich, von heute auf morgen 600 Dienstposten neu zu installieren, etwas, wozu wir an sich auf Grund des Arbeitszeitgesetzes verpflichtet wären. Wir tun es, Schritt für Schritt, und wir bemühen uns. Ich sage Ihnen, weil hier ein bißchen so mitschwingt, warum ist denn das alles so teuer? Weil unsere Spitäler leben von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wir haben. Und eine Zahl möchte ich doch noch hier deponieren. Wir haben im Jahr 1986 9711 Mitarbeiter gehabt, und wir haben im Jahre 1992 11.197 Mitarbeiter. Das ist eine dienstpostenplanmäßige Steigerung, die es in keinem anderen Bereich gibt, nicht bei der Bahn und nicht bei der Post und nicht in der Verwaltung, nirgendwo. Ich sage, ich stehe dazu, weil diese Dienstpostenerhöhungen den Patienten zugute kommen, weil es eine Dienstpostenerhöhung am Krankenbett ist, weil wir mehr Ärzte beschäftigen und weil wir mehr Schwestern beschäftigen.

Und ich sage, ich stehe auch zu allen Gehaltsabschlüssen, die mit der Personalvertretung über unsere Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer getroffen worden sind, so sehr sie im Einzelfall Millionen und Abermillionen gekostet haben, weil ich aus eigener Anschauung weiß, was diese Männer und Frauen Tag für Tag und Nacht für Nacht für ihre steirischen Mitbürger leisten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte schon zum Schluß kommen. Ich bin für jede Kritik zu haben und bin allen gegenüber offen. Aber ich wehre mich dagegen, wenn jemand aufsteht und sagt, das ist alles so teuer, weil da drinnen angeblich das Chaos herrsche. Die steirischen Spitäler sind wohlgeordnet und wohlgeführt, und sie können jeden Vergleich mit jeder westeuropäischen Institution auf dem Spitalswesen aushalten. Wir arbeiten auf diesem Gebiete weiter. Sie alle sind dazu sehr herzlich eingeladen. (Beifall bei der SPÖ. – 20.11 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

10. Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Landes-Hypothekenbank.

Gemäß Paragraph 14 Absatz 1 der Satzung für die Landes-Hypothekenbank werden die Mitglieder des Aufsichtsrates, die nicht nach den Bestimmungen des Arbeitsverfassungsgesetzes vom Betriebsrat entsandt werden, vom Landtag nach dem Grundsatz der Verhältniswahl auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Die Funktionsperiode der Aufsichtsratsmitglieder endet mit der Neuwahl beziehungsweise mit der neuerlichen Entsendung. Eine Wiederwahl beziehungsweise eine abermalige Entsendung ist zulässig.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 1 der Satzung, in der Fassung des Beschlusses des Steiermärkischen Landtages vom 10. April 1992, besteht der Aufsichtsrat aus dem Vorsitzenden, dem Vorsitzendenstellvertreter und nunmehr statt bisher vier aus fünf weiteren Mitgliedern sowie aus den vom Betriebsrat entsandten Mitgliedern.

Es ist daher ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrates zu wählen.

Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettels vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die nunmehr durchzuführende Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Auf Grund des mir vorliegenden Wahlvorschlages der Freiheitlichen Partei Österreichs vom 14. Oktober 1992 soll als Mitglied in den Aufsichtsrat der Landes-Hypothekenbank Steiermark Herr Univ.-Prof. DDr. Horst Wünsch gewählt werden.

Die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend. (Ende der Sitzung: 20.15 Uhr.)

